



Landtag von Baden-Württemberg

91. Sitzung

13. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 27. April 2005 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Schluss: 17:30 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	6399	5. Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Ganztagsschulen in Baden-Württemberg – Investitionsprogramm der Bundesregierung „Zukunft Bildung und Betreuung“ – Drucksachen 13/3979, 13/4197	6423
Absetzung des Tagesordnungspunktes 6	6399	Abg. Drexler SPD	6423, 6433
1. Bekanntgabe der Ministerliste	6399	Abg. Wacker CDU	6426
Ministerpräsident Oettinger	6399	Abg. Kleinmann FDP/DVP	6427
2. Bestätigung der Landesregierung	6400	Abg. Renate Rastätter GRÜNE	6429
3. Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung	6400	Ministerin Dr. Annette Schavan	6431, 6434
Minister Pfister	6400	Beschluss	6435
Minister Stächele	6400	6. a) Große Anfrage der Fraktion der FDP/DVP und Antwort der Landesregierung – Langfristige Sicherung der Leistungsfähigkeit der Verkehrsträger Straße und Schiene im Gütertransport – Drucksache 13/2413	
Minister Rech	6400	b) Antrag der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Verlagerung von Güterverkehren von der Straße auf die Schiene und Binnenwasserstraße – Drucksache 13/3321	
Ministerin Dr. Annette Schavan	6400	c) Antrag der Fraktion der CDU und Stellungnahme des Ministeriums für Umwelt und Verkehr – Ausgaben des Landes Baden-Württemberg für Schiene und Straße – Drucksache 13/3422	abgesetzt (6399)
Minister Dr. Frankenberg	6400		
Minister Dr. Goll	6400		
Minister Stratthaus	6400		
Minister Hauk	6400		
Minister Renner	6400		
Ministerin Tanja Gönner	6400		
Minister Dr. Reinhart	6400		
Staatssekretär Dr. Mehrländer	6400		
Staatsrat Dr. Beyreuther	6400		
4. Regierungserklärung des Ministerpräsidenten	6401		
Ministerpräsident Oettinger	6401		

7. a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – **Rückzug der Landesregierung aus der Förderung der erneuerbaren Energien** – Drucksache 13/2376

b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – **Aufgabe des Ziels der Landesregierung, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion zu verdoppeln** – Drucksache 13/2514 6436

Abg. Knapp SPD 6436, 6444

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU 6438

Abg. Hofer FDP/DVP 6439

Abg. Dr. Witzel GRÜNE 6441

Minister Pfister 6442

Beschluss 6445

8. a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – **Zukunft**

der Stromversorgung in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2454

b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – **Neubau eines modernen Gaskraftwerks am Standort Obrigheim** – Drucksache 13/2856

c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – **Umsetzung der Ausstiegsvereinbarung und des Atomgesetzes in Baden-Württemberg** – Drucksache 13/2537 6445

Abg. Dr. Witzel GRÜNE 6445, 6453

Abg. Schmiedel SPD 6447, 6457

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU 6449

Abg. Hofer FDP/DVP 6451

Minister Pfister 6454, 6459

Beschluss 6460

Nächste Sitzung 6460

Protokoll

über die 91. Sitzung vom 27. April 2005

Beginn: 10:03 Uhr

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, ich eröffne die 91. Sitzung des 13. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Krank gemeldet ist Frau Abg. Wonnay.

Zunächst weise ich darauf hin, dass die Fraktionen übereingekommen sind, Punkt 6 der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Wir treten dann in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

Bekanntgabe der Ministerliste

Ich erteile hierzu dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Oettinger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem mich das hohe Haus in der letzten Woche zum Ministerpräsidenten gewählt hat, gebe ich aufgrund von Artikel 46 Abs. 2 der Landesverfassung die von mir gebildete Landesregierung bekannt.

Ich habe berufen

Herrn Ernst Pfister zum Wirtschaftsminister – ihn bestelle ich zugleich zu meinem Stellvertreter –,

Herrn Willi Stächele zum Minister für den Geschäftsbereich des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten,

Herrn Heribert Rech zum Innenminister – er wird weiterhin die Aufgaben des Landesbeauftragten für Vertriebene, Flüchtlinge und Aussiedler wahrnehmen –,

Frau Dr. Annette Schavan zur Ministerin für Kultus, Jugend und Sport,

Herrn Professor Dr. Peter Frankenberg zum Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst,

Herrn Professor Dr. Ulrich Goll zum Justizminister – er wird weiterhin die Aufgaben des Ausländerbeauftragten der Landesregierung wahrnehmen –,

Herrn Gerhard Stratthaus zum Finanzminister,

Herrn Peter Hauk zum Minister für Ernährung und Ländlichen Raum,

Herrn Andreas Renner zum Minister für Arbeit und Soziales – ihn bestelle ich zugleich zum Behindertenbeauftragten der Landesregierung –,

Frau Tanja Gönner zur Umweltministerin,

Herrn Professor Dr. Wolfgang Reinhart zum Staatssekretär mit der Amtsbezeichnung Minister und zum Bevollmächtigten des Landes Baden-Württemberg beim Bund mit Stimmrecht in der Regierung,

Herrn Dr. Horst Mehrländer zum Staatssekretär im Wirtschaftsministerium mit Stimmrecht in der Regierung,

Herrn Professor Dr. Konrad Beyreuther zum ehrenamtlichen Staatsrat für Lebenswissenschaften im Staatsministerium.

Ich bitte den Landtag, die Regierung gemäß Artikel 46 Abs. 3 der Landesverfassung zu bestätigen und den Herren Staatssekretären Professor Dr. Reinhart und Dr. Mehrländer nach Artikel 45 Abs. 2 Satz 4 der Landesverfassung Stimmrecht in der Regierung zu verleihen.

Die Landesregierung wird die Zustimmung des Landtags zur Neuabgrenzung der Geschäftsbereiche der Ministerien und deren Bezeichnung als bald nach der Entscheidung des Ministerrats beantragen.

In Abstimmung mit den berufenen Regierungsmitgliedern kündige ich bereits jetzt folgende Änderungen an: Der Bereich Verkehr wird künftig vom Innenministerium betreut werden. Des Weiteren wird der Bereich Kindergarten vom Sozialministerium zum Ministerium für Kultus, Jugend und Sport übergehen. Im Gegenzug wird die Jugendarbeit beim Sozialministerium konzentriert werden.

Ferner gebe ich dem hohen Haus bekannt, dass ich im Einvernehmen mit der zuständigen Ministerin und den zuständigen Ministern folgende politische Staatssekretärinnen und Staatssekretäre ernennen werde:

Herrn Rudolf Köberle zum politischen Staatssekretär im Innenministerium,

Herrn Helmut Rau zum politischen Staatssekretär im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport – er wird weiterhin die Aufgaben des Ehrenamts- und Weiterbildungsbeauftragten der Landesregierung wahrnehmen –,

Herrn Michael Sieber zum politischen Staatssekretär im Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst,

(Ministerpräsident Oettinger)

Herrn Dieter Hillebrand zum politischen Staatssekretär im Finanzministerium,

Frau Friedlinde Gurr-Hirsch zur politischen Staatssekretärin im Ministerium für Ernährung und Ländlichen Raum,

Frau Johanna Lichy zur politischen Staatssekretärin im Ministerium für Arbeit und Soziales – sie wird weiterhin die Aufgaben der Frauenbeauftragten der Landesregierung wahrnehmen.

Ich danke Ihnen und bitte das hohe Haus um eine gute Zusammenarbeit bei unseren gemeinsamen Aufgaben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Straub: Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Bestätigung der Landesregierung

Nach Artikel 46 Abs. 3 der Landesverfassung bedarf die Regierung zur Amtsübernahme der Bestätigung durch den Landtag. Der Beschluss muss mit mehr als der Hälfte der abgegebenen Stimmen gefasst werden.

Der Herr Ministerpräsident hat soeben den Antrag auf Bestätigung der Landesregierung gestellt und gebeten, den Herren Staatssekretären Professor Dr. Reinhart und Dr. Mehrländer nach Artikel 45 Abs. 2 Satz 4 der Landesverfassung Stimmrecht in der Regierung zu verleihen.

Wer dem Antrag des Herrn Ministerpräsidenten zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das Erste war die Mehrheit. Die Landesregierung ist damit bestätigt, und den Herren Staatssekretären Professor Dr. Reinhart und Dr. Mehrländer ist gemäß Artikel 45 Abs. 2 der Landesverfassung Stimmrecht in der Regierung verliehen.

Punkt 2 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Vereidigung der Mitglieder der Landesregierung

Meine Damen und Herren, nach Artikel 48 der Landesverfassung leisten die Mitglieder der Landesregierung beim Amtsantritt den Amtseid vor dem Landtag. Dieser Amtseid hat folgenden Wortlaut:

Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden, Verfassung und Recht wahren und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werde. So wahr mir Gott helfe.

Der Eid kann auch ohne religiöse Beteuerung geleistet werden.

Meine Damen und Herren Minister, Herr Staatssekretär und Herr Staatsrat, ich bitte Sie, nacheinander in der Reihenfolge, in der ich Sie aufrufe, zu mir auf das Podium zu treten, die rechte Hand zu erheben und die Worte zu sprechen: „Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.“

(Die Anwesenden erheben sich.)

Ich darf zunächst Herrn Wirtschaftsminister Pfister bitten.

Wirtschaftsminister Pfister: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Herr Minister Stächele.

Minister des Staatsministeriums und für europäische Angelegenheiten Stächele: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Herr Minister Rech.

Innenminister Rech: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Herr Minister Professor Dr. Frankenberg.

Minister für Wissenschaft, Forschung und Kunst Dr. Frankenberg: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Herr Minister Professor Dr. Goll.

Justizminister Dr. Goll: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Herr Minister Stratthaus.

Finanzminister Stratthaus: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Herr Minister Hauk.

Minister für Ernährung und Ländlichen Raum Hauk: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Herr Minister Renner.

Minister für Arbeit und Soziales Renner: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Frau Ministerin Gönner.

Umweltministerin Tanja Gönner: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Herr Minister Professor Dr. Reinhart.

Minister und Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg beim Bund Dr. Reinhart: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

Staatssekretär Dr. Mehrländer: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

Präsident Straub: Herr Staatsrat Professor Dr. Beyreuther.

Staatsrat für Lebenswissenschaften Dr. Beyreuther: Ich schwöre es, so wahr mir Gott helfe.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Präsident Straub: Ich gratuliere Ihnen, meine Damen und Herren Minister, Herr Staatssekretär und Herr Staatsrat im Namen des ganzen Hauses sehr herzlich und wünsche Ihnen in Ihrem Amt alles Gute und viel Erfolg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Hierzu erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Ministerpräsident Oettinger: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie, dass ich meine erste Regierungserklärung mit einem persönlichen Dank beginne. Vor einer Woche wurde ich von Ihnen, den Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg, mit einer sehr großen Mehrheit zum Regierungschef gewählt. Für dieses Vertrauen möchte ich Ihnen sehr herzlich danken. Danken möchte ich auch für die vielen guten Wünsche, die mich anlässlich meiner Wahl über die Parteigrenzen hinweg erreicht haben. Ihr Vertrauen ehrt mich und ist mir eine Verpflichtung bei der Erfüllung meiner neuen Aufgaben als Ministerpräsident.

Baden-Württemberg nimmt einen Spitzenplatz unter den deutschen Ländern ein. Auf allen wesentlichen Feldern der Politik – in der Wirtschaftskraft, in der Forschung, in der Hochschul- und Bildungspolitik, in der Sicherheit – liegen wir vor anderen Ländern. Das ist nicht selbstverständlich, das kommt nicht von ungefähr, sondern das ist Ergebnis harter Arbeit der Menschen in unserem Land, aber auch Ergebnis konsequenter und zielgerichteter Politik in den letzten Jahrzehnten für Baden-Württemberg.

Wenn wir diesen Spitzenplatz im harten Wettbewerb mit anderen Regionen halten und festigen wollen, wenn wir auf dieses Fundament weiter aufbauen wollen, müssen wir uns anstrengen, müssen wir nüchtern nach vorne schauen und unseren eigenen Weg gehen – einen Weg, auf dem uns die Bürgerinnen und Bürger des Landes mit ihrer Kreativität und Leistungsbereitschaft folgen, uns aber auch mit ihrer Zuversicht und ihrer Liebe zum Land begleiten.

Wir leben in einem wunderschönen, von kultureller Vielfalt geprägten Land, in das nicht ohne Grund jedes Jahr Zigtausende von Menschen kommen, um hier zu leben, um hier zu arbeiten, um Familien zu gründen, Kinder zu erziehen, sich ausbilden zu lassen und um mit den liberalen und traditionsbewussten Menschen in Baden-Württemberg Heimat zu gestalten.

Baden-Württemberg ist keine Insel, es ist aber, wie Theodor Heuss einst gesagt hat, ein Modell deutscher Möglichkeiten. Wer hier lebt – Arbeiter und Unternehmer, Freiberufler und Angestellter –, hat Chancen und Möglichkeiten wie kaum sonst auf der Welt. Wer Baden-Württemberg zukunftsfähig halten will, muss auf die kommenden Generationen setzen, muss Bedingungen schaffen und weiterentwickeln, die familienfreundlich und kinderfreundlich sind. Wir wollen zum „Kinderland“ Deutschlands werden,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Lasotta CDU: Sehr gut!)

zu einem Land, in dem sich Familien und Kinder wohl fühlen, in dem sie ein Klima vorfinden, das Eltern Erziehung, Bildung und Betreuung erleichtert und ermöglicht, zu einem Land, in dem Familie mehr Lust als Last bedeutet und das den Ehrgeiz hat, das kinderfreundlichste Land zu sein. Es sollte als Devise nicht gelten: „Lieber kinderlos als arbeitslos“, sondern es sollte gelten, dass man Kinderwunsch und Karriere miteinander vereinbaren kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich sehe mich bei einer Politik für Kinder und Familie mit meinem Amtsvorgänger Erwin Teufel in vollem Einvernehmen. Er sagte: „Kinder sind das Beste, was wir haben“, und er hat Recht. Ich verweise auch auf unsere Landeshauptstadt, die die kinderfreundlichste Großstadt Deutschlands werden will.

(Abg. Drexler SPD: Will!)

Für die Kinder brauchen wir auch die älteren Menschen mit ihrer Lebenserfahrung, ihrer Ruhe und Gelassenheit und ihrer Vorbildfunktion. Hier kann ein Geben und Nehmen zum beiderseitigen Nutzen stattfinden. Was die Älteren mit Zugewandtheit ihren Enkeln beim Spielen und Lernen geben können und die Enkel ihren Omas und Opas an Lebensfreude, Neugierde und ehrlicher Zuneigung geben, ist durch nichts zu ersetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nach einer aktuellen Umfrage fühlt sich jeder dritte Bundesbürger von Armut bedroht. Die Menschen wissen, dass ernste Sorgen und harte Zeiten bevorstehen. Sie machen sich Sorgen um den Arbeitsplatz, Sorgen um Rente und soziale Sicherheit, Sorgen um die Ausbildung ihrer Kinder. Diese Sorgen müssen wir sehr ernst nehmen. Wir müssen ihnen mit einer Politik begegnen, die nichts beschönigt oder beschwichtigt, sondern die sich auf das Wichtige und Wesentliche konzentriert. Deshalb sage ich klar und deutlich: Ich trete nicht in einen politischen Wettlauf nach dem Motto „Wer hat die meisten Wohltaten im Angebot?“ ein. Das Einzige, was ich verspreche, ist, dass wir alles in unseren Kräften und Möglichkeiten Stehende tun wollen, um Wachstum, Wertschöpfung und Arbeitsplätze in Baden-Württemberg zu erhalten, zu sichern und zu stärken.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Arbeit ist Quelle des Wohlstands, aber sie ist noch mehr als dies. Arbeit heißt Bestätigung, Gebrauchtwerten, Lebensinhalt und Lebensperspektive. Arbeit hat mit der Würde des Menschen zu tun. Eine Gesellschaft, in der Arbeit zu einer Art Privileg und Luxusgut wird, kann nicht gedeihen, sondern sie verarmt – auch in ihrer geistigen und kulturellen Substanz.

Bundespräsident Horst Köhler hat vor einigen Wochen betont – ich zitiere –: „Wir brauchen eine politische Vorfahrtsregel für Arbeit.“ Dem schließt sich die Landesregierung von Baden-Württemberg und dem schließe ich mich persönlich ohne Einschränkung an.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Oettinger)

Um aus dieser Misere herauszukommen, gehen wir keinen einfachen Weg. Wir in Baden-Württemberg werden das allein auch nicht schaffen. Aber wir werden auf unserem eigenen Weg mutig und kraftvoll vorangehen, mit höherer Leistung, mit mehr Kreativität, mit neuen Ideen. Wir können und müssen auf allen Ebenen der Politik unseren Einfluss stärker geltend machen, damit Deutschland wieder auf die Beine kommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Unseren privaten und öffentlichen Wohlstand können wir nur behaupten, wenn wir im internationalen Wettbewerb erfolgreich sind. Wir können in diesem Wettbewerb bestehen – aber nur dann, wenn wir uns über zwei Dinge im Klaren sind:

Erstens: Baden-Württemberg wird auch in Zukunft ein Hochlohnland bleiben. Wir müssen deshalb unsere Kräfte auf hochwertige und innovative Produkte und Dienstleistungen konzentrieren. Wir müssen mindestens um so viel besser sein, wie wir teurer sind. Wir leben von Innovation, Forschung, Fortschritt und Qualität.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Und zweitens: Auf den Feldern, auf denen wir besonders gut und wettbewerbsfähig sind, müssen wir konsequent die bestehenden Wachstumsbremsen und Standortnachteile abbauen.

Dafür brauchen wir Reformen im Bund und auch im Land. Dafür brauchen wir Fleiß. Dafür brauchen wir den Mut zu Neuem. Und wir brauchen eine Kultur der Selbstständigkeit in unserer Gesellschaft insgesamt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der FDP/DVP: Sehr gut!)

Unser Land hat eine sehr gute Ausgangslage. Baden-Württemberg hat im Ländervergleich seit Jahren die niedrigste Arbeitslosigkeit, die wenigsten Insolvenzen und die meisten Patente, die besten Hochschulen und hervorragende Ergebnisse in der Schul- und Bildungspolitik.

Der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit stand in Baden-Württemberg nie im Vordergrund.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Er hat auch historisch keine Rolle gespielt. Ich will alles tun, damit dies in Baden-Württemberg so bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es gibt immer wieder durchsichtige Versuche, Fronten aufzubauen und Neid zu schüren. Jedes Heraufbeschwören ideologischer Gegensätze schadet dem Standort Baden-Württemberg und den Menschen, die hier leben. Wir wehren uns dagegen mit aller Kraft.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich danke heute in meiner ersten Regierungserklärung am Beginn meiner Amtszeit als Regierungschef allen Kräften

im Land, die zu diesem ausgezeichneten Ergebnis beigetragen haben: den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, den Unternehmen und Gewerkschaften, den Mitarbeitern im öffentlichen Dienst, Beamten, Angestellten und Arbeitern, den Wissenschaftlern und Lehrern, den Kirchen und Verbänden.

Ich danke Erwin Teufel, meinem Vorgänger im Amt. Er hat in 14 Jahren Beeindruckendes geleistet und geschaffen. Baden-Württemberg ist in diesen Jahren noch mehr zusammengewachsen. Es ist kein „Bindestrich-Land“, sondern eine starke Einheit, die in Deutschland mithalten kann.

Weitreichende Fusionen sind gelungen und wichtige Weichen wurden von ihm gestellt. Im Zentrum seiner Arbeit standen die Zukunftschancen der jungen Generation. Dies bleibt auch für mich weiterhin eine Pflicht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich sehe mich auch in der Kontinuität zu meinen Vorgängern und erinnere an die Liberalität eines Reinhold Maier, an die Solidität eines Gebhard Müller, an die Weitsicht eines Kurt Georg Kiesinger, an den Aufbruch in Wirtschaft und Wissenschaft durch Hans Filbinger, an die Dynamik Lothar Späths. Wir haben von daher in all den Jahrzehnten seit dem Zweiten Weltkrieg mit unseren Landesregierungen und Regierungschefs eine gute Entwicklung gehabt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mit der neuen Landesregierung setzen wir die bewährte Koalition von CDU und FDP/DVP fort. Diese Koalition steht für eine erfolgreiche Landespolitik. Sie steht für eine aktive Rolle Baden-Württembergs im Bund und in der Europäischen Union. Sie steht für Tradition und Fortschritt, Dynamik und Verlässlichkeit.

Baden-Württemberg ist ein Land, das sich seiner christlichen Wurzeln bewusst ist. Christlich geprägte Werte wie Freiheit, Nächstenliebe, Solidarität und Engagement gehören zu den unverzichtbaren Grundlagen unserer Gesellschaft. Dieser Staat ist wertneutral, aber nicht wertfrei. Die Kirchen leisten in unserem Land unverzichtbare Dienste: in Caritas und Diakonie, bei der Betreuung von Kindern und Senioren, als Träger von Privatschulen und in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit.

Sie konfrontieren uns mit der Frage nach dem Sinn des Lebens. Und sie erinnern uns daran, dass wir als Menschen unser Schicksal nicht allein in Händen halten. Wir werden deswegen die bestehende Praxis einer guten Partnerschaft mit den Kirchen und eines konfessionellen Religionsunterrichts in Baden-Württemberg beibehalten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir werden den bereits beschlossenen Modellversuch eines islamischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache zügig umsetzen. Die Pläne des Berliner Senats zur Einführung eines nicht bekenntnisgebundenen Lebenskundeunterrichts lehnen wir entschieden ab. Dieses Berliner Modell schafft nicht Neutralität, sondern geistige Leere.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Oettinger)

Bei uns in Baden-Württemberg wird die Religion auch in Zukunft ihren Platz im gesellschaftlichen Leben behalten. Die Landesregierung setzt auf eine gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den christlichen Kirchen und mit allen anderen Religionsgemeinschaften, die das Leben in unserem Land prägen, Menschen erfüllen und bereichern.

Meine Damen und Herren, wir begehen in diesen Tagen den 60. Jahrestag des Kriegsendes. Als erster Regierungschef unseres Landes habe ich den Zweiten Weltkrieg und die harten Nachkriegsjahre nicht mehr selbst erlebt. Ich werde immer Dankbarkeit gegenüber allen empfinden, die unser Land aufgebaut haben. Zugleich habe ich tiefen Respekt vor dem Leid der älteren Generation. Für viele von ihnen ist die schreckliche Erfahrung von Krieg, Zerstörung, Flucht und Vertreibung immer noch lebendig. Deshalb wenden wir uns gegen jede Form von Geschichtsvergessenheit und setzen uns auch weiterhin für die Vermittlung der Zeitgeschichte und für das „Zentrum gegen Vertreibungen“ in Berlin ganz konkret ein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir, auch meine Generation, bleiben in einer geschichtlichen Verantwortung, auch im neuen Jahrhundert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Seit 60 Jahren lebt Deutschland in Frieden mit seinen Nachbarn, die heute Partner und Freunde sind. Heute beteiligen sich Soldaten der deutschen Bundeswehr an friedenssichernden Missionen in aller Welt. Überdurchschnittlich viele kommen aus Standorten in Baden-Württemberg. Die Regierung ist diesen jungen Menschen, gerade unseren Landsleuten, die sich mit hohem persönlichem Risiko für den Frieden und für Menschenrechte in der Welt einsetzen, sehr verbunden.

Wir wissen auch um die Sorgen und Ängste ihrer Angehörigen. Ich möchte deswegen baldmöglichst eine Einheit aus Baden-Württemberg im Auslandseinsatz besuchen, um aufzuzeigen, dass uns dieser Einsatz wichtig ist und dass die Sicherung von Menschenrechten und Freiheit weltweit einen menschlichen, persönlichen Beitrag wert sein muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die europäische Einigung ist der Garant einer stabilen Friedensordnung. Die Osterweiterung Europas und der Europäischen Union ist die Krönung dieses Friedenswerkes. Auch in wirtschaftlicher Hinsicht wird sie auf Dauer ein richtiger und konsequenter Schritt sein.

Bei aller Zustimmung zur bisherigen Erweiterungspolitik dürfen wir uns nicht der Illusion hingeben, dass das europäische Band beliebig ausgedehnt werden kann. Vor der Aufnahme weiterer Länder in die Europäische Union muss sehr genau geprüft werden, welche Auswirkungen dies hat: auf den Arbeitsmarkt, auf die Währungsstabilität, auf die Handlungsfähigkeit der europäischen Gremien und auch auf den Charakter Europas als Werte- und Kulturgemeinschaft, die erhalten bleiben muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger steht der europäischen Idee positiv gegenüber. Aber sie hat zu Recht Sorgen vor bürokratischer Überregulierung und auch vor einem Verlust an demokratischer Kontrolle. Die neue Landesregierung wird in der Europapolitik auf eine konsequente Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips achten.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir werden die Europapolitik auch in Zukunft aktiv mitgestalten, im Ausschuss der Regionen ebenso wie im regen Kontakt mit den europäischen Einrichtungen. Ein wichtiger Brückenkopf für diese Arbeit ist unsere Vertretung in Brüssel, die erhalten und gestärkt werden wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Interesse unserer Wirtschaft werden wir alle Bestrebungen der Bundesregierung abwehren, europäische Regelungen bei ihrer Umsetzung zusätzlich zu verschärfen. Ein schlechtes Beispiel für rot-grüne Politik des „Draufsatteln“ ist das so genannte Antidiskriminierungsgesetz.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Das haben wir doch widerlegt!)

Liebe Kolleginnen, verehrte Kollegen, von allen deutschen Ländern hat Baden-Württemberg gegenwärtig mit 7,3 % die mit Abstand niedrigste Arbeitslosenquote. Aber auch diese ist zu hoch. Wir werden in den nächsten zehn Jahren nicht nur Beschäftigung für 400 000 Arbeitslose anstreben müssen. Wir brauchen darüber hinaus noch einmal rund 250 000 Arbeitsplätze für die Menschen, die aus Gründen der Demografie und durch Wanderungsbewegungen neu auf den baden-württembergischen Arbeitsmarkt kommen. Unsere Sorge gilt all diesen Mitbürgern der jetzigen und der kommenden Generationen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Reformen sind kein Selbstzweck. Sie dienen den Menschen: den 5,2 Millionen Arbeitslosen bundesweit und Millionen anderen, die um ihre Jobs bangen. Nur durch wirtschaftliches Wachstum und eine mutige Reformpolitik können wir Arbeitslosigkeit abbauen, Arbeitsplätze sichern und im Wettlauf um den besten Arbeitsmarkt bestehen.

Die Hauptwachstumsbremsen bei uns in Deutschland sind das Steuersystem, die Lohnnebenkosten sowie der arbeitsrechtliche Rahmen generell. Hier müssen wir ansetzen. Wir müssen die Produktivität in Relation zu den Kosten erhöhen.

Nach einer Studie des World Economic Forum ist das deutsche Steuersystem das weltweit ineffizienteste: 104 untersuchte Länder, Platz 104 für Deutschland, der letzte Platz. Das sagt eigentlich alles aus. Was wir brauchen, ist eine große Steuerreform, ist ein neues Steuerrecht, das diesen Namen wirklich verdient.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Vorschläge der CDU und der FDP liegen auf dem Tisch.

(Lachen und Widerspruch bei der SPD und den Grünen)

(Ministerpräsident Oettinger)

Es ist Aufgabe der Bundesregierung, zu handeln. Wir brauchen baldmöglichst – vor oder nach der Bundestagswahl – den Mut einer Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat, dies endlich zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Kretschmann GRÜNE und Carla Bregenzner SPD)

Für diese große Steuerreform, für dieses neue Steuerrecht, aber auch nur dafür, sind wir bereit, Steuervergünstigungen jeder Art zur Disposition zu stellen, zur Gegenfinanzierung anzubieten, wenn die Steuerreform diesen großen Namen auch verdient.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Dringlichen Handlungsbedarf sehen wir vor allem bei der steuerlichen Belastung von Wirtschaft und Mittelstand. Vor allem bei den Kapitalgesellschaften sind die Steuersätze im Vergleich zu hoch. Dies führt zur Verlagerung von Standorten ins Ausland und hält ausländische Unternehmer von Investitionen in Deutschland ab. Deshalb müssen die Steuersätze abgesenkt werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Wenn die Konzentration auf Wachstumschancen wieder Vorrang vor dem Bemühen um Steuervermeidung hat und wenn wieder mehr in Deutschland versteuert statt verlagert wird, dann wird das Steueraufkommen mittelfristig sogar steigen. Dadurch macht sich die Steuersenkung zum Teil selbst bezahlt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die anderen Kosten der Steuersenkung – ich denke an etwa zwei Drittel – müssen solide gegenfinanziert sein. Denn bei allen Überlegungen für eine umfassende Reform des Steuerrechts muss uns klar sein: Die öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen können in der aktuellen Lage keine Geschenke vergeben. Sie brauchen jeden Euro, den der Staat derzeit bekommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Kretschmann GRÜNE)

Bei einer Modernisierung der Unternehmensbesteuerung müssen wir besonders auf die Interessen des Mittelstands Rücksicht nehmen. Das muss gerade ein Anliegen Baden-Württembergs sein. Ein wesentlicher Teil der Unternehmen in Deutschland und in Baden-Württemberg werden als Einzelbetrieb und Personengesellschaft, als Familienunternehmen geführt. Diese Unternehmen können bislang von einer Absenkung der Körperschaftsteuer nur in geringen Teilen profitieren. Mein Ziel ist es, ökonomisch Gleiches auch steuerlich gleich zu behandeln.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Wir müssen den Personengesellschaften, den freien Berufen, den kleinen Betrieben, dem Handwerk, dem Fachhandel den Zugang zu vergleichbar geringeren Steuern eröffnen, beispielsweise in einem Optionsmodell.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Besonders wichtig für den Mittelstand ist eine Reform der Erbschaftsteuer, damit der Generationenwechsel nicht zur Aushöhlung des Eigenkapitals führt. Wenn ein Familienbetrieb an die nächste Generation weitergegeben wird, muss sichergestellt werden, dass Steuerforderungen nicht zum Verlust von Arbeitsplätzen oder sogar zur Schließung des Betriebs führen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wer den Generationenwechsel ermöglichen und Arbeitsplätze erhalten will, muss die Erbschaftsteuer absenken. Hier sage ich der Bundesregierung im Bundesrat ausdrücklich unsere Unterstützung für ein konsequentes Modell zu.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wenn Sie keine Gegenfinanzierung haben!)

Die Landesregierung tritt für eine Senkung der Lohnnebenkosten ein. Wir müssen dafür sorgen, dass der Faktor Arbeit nicht mit noch mehr Sozialbeiträgen belastet wird. Gleichzeitig müssen wir unser System der sozialen Sicherung demografiefest machen.

Lassen Sie mich dies am Beispiel der Pflegeversicherung darstellen. Heute haben wir in Baden-Württemberg etwa 180 000 Pflegebedürftige im Alter von über 60 Jahren. Innerhalb der nächsten 35 Jahre wird sich diese Zahl auf 390 000 Menschen mehr als verdoppeln. Wir werden diesen Umbruch nur bewältigen, wenn die Pflegeversicherung schrittweise auf ein Kapitaldeckungsverfahren umgestellt wird. Junge Menschen, die ins Erwerbsleben treten, sollen sich selbst versichern. Für ältere Arbeitnehmer, die schon lange in das System eingezahlt haben, muss ein Vertrauensschutz gelten. Beides ist zielführend und gerecht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Was die gesetzliche Krankenversicherung angeht, kann ich nur eines wiederholen: Wir stehen nicht für die rot-grüne Bürgerzwangsversicherung ein,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

sondern wir wollen ein gerechtes, marktwirtschaftliches, zukunftsfähiges Gesundheitsprämienmodell. Dieses Modell ist gerechter und effizienter als rot-grüne Staatsmedizin, und es setzt auf die Eigenverantwortung der Menschen, die eine Zukunft haben müssen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Baden-Württemberg ist das Land des Mittelstands. Der Mittelstand stellt zwei Drittel unserer Arbeitsplätze und 80 % der Ausbildungsplätze. Aus dem Mittelstand kommen 50 % der Wertschöpfung und insgesamt 80 % des gewerblichen Steueraufkommens. Ganz klar: Es sind nach wie vor die kleinen und mittleren Betriebe, die den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg prägen. Viele dieser mittelständischen Betriebe sind Familienunternehmen, die oft schon seit Generationen im Land verankert sind. Sie verstehen sich nicht als Wirtschaftsunternehmen, sondern sie übernehmen Verantwortung in einer aktiven Bürgergesellschaft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Oettinger)

Die Landesregierung bekennt sich auch in Zukunft zur Förderung von Mittelstand, Handwerk und Fachhandel.

(Abg. Drexler SPD: Wir auch!)

Dies ist ein entscheidendes Fundament unserer Politik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir unterstützen alle unsere Unternehmer, gleichgültig, ob sie Existenzgründer oder Nachfolger sind. Die L-Bank, die Bürgschaftsbank und die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft bieten Menschen, die den Weg in die unternehmerische Selbstständigkeit wagen, unbürokratische Finanzierungsmöglichkeiten an. Die Regierung will die Mittelstandsförderung über diese erfolgreichen Institute hinaus weiter verstärken. Dazu gehört auch eine bedarfsgerechte Kapitalausstattung der MBG.

Zur Stärkung kleiner und mittlerer Betriebe in der Expansionsphase wollen die MBG, die Sparkassen und die Landesbank Baden-Württemberg kurzfristig einen Mittelstandsfonds für Beteiligungen auflegen. Er wird ein Volumen von 50 Millionen € haben. Ein weiterer Fonds dieser Art soll auch mit den Genossenschaftsbanken im Land eingerichtet werden. Damit führen wir unsere bewährte Mittelstandspolitik fort.

Wir dürfen aber auf der anderen Seite nicht zulassen, dass öffentliche Unternehmen dem Mittelstand verstärkt Konkurrenz machen. Wenn man dem Mittelstand in den nächsten Jahren eine faire Partnerschaft anbieten will, dann ist die Austarierung zwischen öffentlichen Betrieben und Mittelstand eine Aufgabe, die im Landtag von Baden-Württemberg aktuell beraten werden muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kretschmann GRÜNE: FDP-Quatsch ist das!)

Deshalb brauchen wir eine Reform des Gemeindegewirtschaftsrechts mit einer Verschärfung der Subsidiaritätsklausel, für die alsbald ein ganz konkreter Vorschlag gemacht werden wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Regierung und die Regierungsfractionen stimmen darin überein, dass die Gemeinden außerhalb der öffentlichen Daseinsvorsorge in Zukunft nur dann neu wirtschaftlich tätig werden sollen, wenn sie nachweisbar besser als private Anbieter sind. Ausnahmen von dieser künftig geltenden Regel soll es dann geben, wenn ein kommunales Unternehmen bestimmte Tätigkeiten schon in der Gegenwart ausübt und in der Vergangenheit ausgeübt hat. Für die Zukunft und neue Tätigkeiten gilt: Vorrang für den örtlichen Mittelstand.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Unser Arbeitsmarkt braucht wieder mehr Marktqualität. Um es vorweg zu sagen: Auch in Zukunft brauchen wir soziale Absicherungen. Aber wir können uns kein Schutzniveau mehr leisten, das inzwischen so hoch ist, dass in Deutschland täglich über 1 000 Arbeitsplätze durch Verlagerung

und Insolvenz verloren gehen. Deshalb gehören alle Regelungen auf den Prüfstand: das Tarifvertragsrecht, das Betriebsverfassungsrecht ebenso wie Mitbestimmung und Kündigungsschutz. Wir bieten hier allen Partnern – den Arbeitnehmern und Gewerkschaften, den Unternehmern und Verbänden – sowie auch der Öffentlichkeit insgesamt Offenheit unserer Regierung für eine zeitgerechte Veränderung und Deregulierung bei all diesen Themen auf Bundesebene an.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mancher junge Arbeitslose oder Berufseinsteiger, der heute auf der Straße steht, hätte längst eine Anstellung gefunden, wenn die Arbeitgeber nicht den strengen Kündigungsschutz fürchten müssten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: So ist es! – Abg. Drexler SPD: Sie können doch schon jetzt jeden auf zwei Jahre befristet einstellen!)

Deswegen schlagen wir auf Bundesebene einen zeitlich befristeten Modellversuch vor. Lassen Sie uns drei Jahre lang für Berufsanfänger und Berufseinsteiger den Kündigungsschutz streichen!

(Abg. Drexler SPD: Sie können doch schon jetzt jeden auf zwei Jahre befristet einstellen! – Unruhe bei der SPD)

Wenn diese drei Jahre abgelaufen sind, ziehen wir gemeinsam Bilanz und zählen nach, ob in dieser Zeit mehr oder weniger Menschen neu in Beschäftigung gekommen sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Damit haben auch die Arbeitgeber einen Auftrag. Geben wir dem Arbeitsmarkt und den Arbeitgebern die Chance im Interesse derjenigen, die derzeit arbeitslos und ohne Perspektive sind und neu in den Arbeitsmarkt drängen.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Der Kündigungsschutz ist doch gerade erst liberalisiert worden!)

Man kann es nicht oft genug sagen: Sozial ist, was Arbeit und Arbeitsplätze schafft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Von Rechtsansprüchen allein ist noch niemand satt geworden,

(Abg. Drexler SPD: Ja, sehr schön!)

vor allem nicht, wenn man Rechtsansprüche bestehen lässt und damit immer mehr Menschen den Zutritt zum Arbeitsmarkt verwehrt.

Wir alle sind uns einig, dass Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen erste Priorität haben. Wenn das so ist, muss uns die Sicherung von Arbeitsplätzen und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Zukunft wichtiger sein, als Prinzipien in jedem Fall beharrlich zu erhalten. Marktfremde Instrumente wie Kombilöhne kommen für mich übergangsweise

(Ministerpräsident Oettinger)

in Frage, aber ich setze generell auf mehr Markt und auf mehr Anreize, damit Arbeitsplätze in Deutschland attraktiv sind und rechnerisch zu einem positiven Ergebnis führen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Hauptproblemgruppen des Arbeitsmarkts sind die wenig Qualifizierten und Personen aus dem so genannten Niedriglohnsektor. Um diese Menschen in Arbeit zu halten oder erneut in Arbeit zu bringen, müssen wir zur Not und als Übergangslösung das Experiment einer staatlichen Unterstützung von Arbeitsplätzen im Niedriglohnbereich wagen, wie es etwa das „Magdeburger Modell“ vorsieht. Dafür biete ich ausdrücklich die Mitwirkung Baden-Württembergs an.

Bei diesem Modell erstattet der Bund denjenigen Arbeitgebern, die Arbeitslosengeld-II-Empfänger in der untersten Lohngruppe einstellen, die gesamten Sozialversicherungsbeiträge, das heißt Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge. Für diese Unternehmen sinken dadurch die Arbeitskosten um 35 %; der Nettolohn des Beschäftigten bleibt davon unberührt. Damit erreichen wir, dass der Staat weniger Arbeitslose versorgen muss, dass die Zahl der Arbeitsplätze gehalten werden kann und die Person als Arbeitnehmer Entschädigung für Arbeit und nicht als Arbeitsloser Sozialhilfe bekommt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich schlage einen großflächigen Regionalversuch mit unserem Land im Westen und einem ostdeutschen Land vor. Wir fordern den Bund auf, den Weg hierfür freizumachen. Es ist allemal besser, Arbeit zu fördern, als Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit auf Dauer zu finanzieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Situation im Niedriglohnbereich wird auch dadurch erschwert, dass Arbeitnehmer aus den neuen EU-Ländern zu dort üblichen Niedriglöhnen in Deutschland beschäftigt werden. Einheimische Arbeitskräfte werden so in die Arbeitslosigkeit abgedrängt. Ich halte aber nichts davon, die EU-Dienstleistungsrichtlinie komplett zu kippen, wie dies die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament vorgeschlagen haben. Stattdessen sollten wir durch zeitlich befristete Schutzbestimmungen die Arbeitsmärkte der alten und der neuen EU-Staaten behutsam aneinander bringen, ohne dass es zu Lohndumping kommt und dadurch noch mehr Arbeitslosigkeit bei uns entsteht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das wird doch gerade gemacht!)

Vielleicht haben wir alle gemeinsam – gerade wir in Deutschland mit dem Nachbarland Polen – vor zwei, drei Jahren bei der europäischen Erweiterung die Auswirkungen auf den Standort und den Arbeitsmarkt unterschätzt. Hier nachzubessern ist besser als zu negieren, was falsch gelaufen ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr richtig!)

Die Menschen in Deutschland sind zu Reformen bereit. Sie wissen, dass wir nicht weitermachen können wie bisher. Sie

wissen auch, dass sie Einschnitte bei sich selbst hinnehmen müssen. Aber sie wollen, dass es bei Reformen gerecht zugeht. Zu diesem Ziel will ich mich bekennen: Jeder muss nach seinen Möglichkeiten einen Beitrag dazu leisten, dass unser Land wieder Rückenwind bekommt. Dazu gehört auch, dass wir nicht mit zweierlei Maß messen: Steuerhinterziehung ist für mich keinen Deut besser als Sozialmissbrauch. Wir werden beides energisch bekämpfen. Dies ist ein Beitrag zu sozialer Gerechtigkeit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

In den letzten Monaten waren Vorstandsgehälter in öffentlich-rechtlichen Einrichtungen Gegenstand einer strittigen Debatte. Vor allem in Gremien mit Zwangsmitgliedschaft haben die Vorstände eine ganz besondere Verantwortung gegenüber Mitgliedern, Beitragszahlern und der Öffentlichkeit. Wenn die Selbstverwaltungsorgane das nötige Verantwortungsbewusstsein nicht von sich aus aufbringen,

(Abg. Drexler SPD: Wer hat es genehmigt?)

werden wir uns dafür stark machen, dass die Vorstandsgehälter per Gesetz in eine gute Relation zur Besoldung von Spitzenbeamten gebracht werden. Noch setze ich auf Selbstverantwortung und Vernunft.

Wir wollen den Dialog mit allen Akteuren des Arbeitsmarkts: mit den Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften, die als Tarifpartner in besonderer Verantwortung stehen; mit den Unternehmern und Betriebsräten, die vor Ort für die Sicherheit und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen verantwortlich sind; und schließlich mit den Verbänden und Kammern, die ebenso Rahmenbedingungen setzen wie wir, der Staat. Mit allen Beteiligten möchte ich einen engen, fortlaufenden Gesprächskontakt führen, damit wir gemeinsam Strategien für mehr Arbeit und Beschäftigung in Baden-Württemberg entwickeln. Ich lade schon bald Gewerkschaften, Arbeitgeber und Kirchen zu einem ersten Gespräch dazu ein.

Wir können unseren hohen Lebensstandard nur dann halten, wenn wir innovative Produkte für den Weltmarkt entwickeln. Der Nährboden, auf dem Innovation gedeiht, ist die Wissensgesellschaft. In keinem anderen deutschen Land ist die Öffnung der Industriegesellschaft zur Wissensgesellschaft so weit fortgeschritten wie in Baden-Württemberg.

Damit aus guten Ideen noch mehr marktfähige Produkte entstehen, ist eine noch engere Verzahnung zwischen Forschung und Wirtschaft erforderlich. Um diese Aufgabe kümmert sich die Steinbeis-Stiftung. Mit über 600 Transferzentren in der ganzen Welt bringt diese Stiftung Forschungsergebnisse aus den Hochschulen in die Betriebe. Diese Vernetzung zahlt sich aus: Wir weisen deutschlandweit die meisten Patentanmeldungen auf, unsere Hochschulen werben deutschlandweit die meisten öffentlichen und privaten Fördermittel – Drittmittel genannt – ein, und auch bei den Existenzgründungen liegt Baden-Württemberg auf einem Spitzenplatz.

Neue Technologieunternehmen sind entscheidend für unsere künftige Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb wird die Landesregierung an den Programmen zur Förderung von Exis-

(Ministerpräsident Oettinger)

tenzgründungen aus dem Hochschulbereich heraus festhalten und sie zielgerichtet weiterentwickeln.

Wir werden die Vernetzung zwischen öffentlicher und industrieller Forschung weiter vorantreiben und der Wirtschaft einen direkten Zugang zum Forschungspotenzial des Landes eröffnen. Im Rahmen eines neuen „Innovationsprogramms Mittelstand“ wollen wir mittelständische Betriebe bei der Beschäftigung von Hochschulabsolventen für Forschungs- und Entwicklungsprojekte unterstützen.

Wir treiben die Bildung von Forschungsschwerpunkten voran, die gemeinsam von Hochschulen und von der Wirtschaft in Baden-Württemberg getragen werden. Wir werden Forschungseinrichtungen der Industrie die Möglichkeit geben, sich auf dem Campus der Hochschulen einzubringen und sich anzudienen.

Wir forcieren regionale Branchenschwerpunkte, so genannte Cluster. Noch in diesem Jahr werde ich die Regionen und Kreise des Landes bereisen

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

und sie bitten, ihre Stärken und ihre Möglichkeiten gezielt zu identifizieren und mit Unterstützung des Landes fortzuentwickeln. Lieber Kollege Schmiedel, keine Sorge: Der Verband Region Stuttgart ist zeitgemäß, hat meine Partnerschaft und wird im Dialog mit mir auch in den nächsten Jahren bei der Aufgabenerfüllung zukunftsfähig sein.

(Vereinzelt Beifall)

Baden-Württemberg hat eine Spitzenstellung im Gesundheitsbereich einschließlich der Biowissenschaften und der Medizintechnik, in der Umwelt- und Energietechnik, bei den optischen Technologien sowie auf dem Sektor „Informationstechnologie, Software und Medien“. Im Mittelpunkt der künftigen Förderung werden auch die neuen Materialien sowie die Lebenswissenschaften als Querschnittsdisziplin stehen.

Wir brauchen einen verantwortlichen Umgang mit der Biotechnologie und mit der grünen Gentechnik. Wir werden die Risiken, aber auch die Chancen und Möglichkeiten dieser Techniken unvoreingenommen und ohne Ideologie sorgfältig abwägen und daraus Folgerungen für den Wirtschafts- und Arbeitsmarkt Baden-Württemberg ziehen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mit der Zukunftsoffensive IV wird das Land noch in diesem Jahr mehr als 150 Millionen € in den Grundlagenbereich, in die anwendungsnahe Forschung, in den Ausbau eines Forschungsnetzwerks zwischen Unternehmen, Hochschulen und Instituten im Land investieren.

Baden-Württemberg verfügt über hervorragende Hochschulen und Berufsakademien. In allen deutschlandweiten Leistungsvergleichen belegen sie vordere Plätze.

Mit der Hochschulreform haben wir in Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern das modernste Hochschulrecht. Die Leitbilder unserer Hochschule von morgen heißen: mehr Autonomie, mehr Eigenverantwortung, mehr Wettbewerb, mehr Leistungsorientierung. Maßstab für unsere Hochschulen ist der internationale Wettbewerb.

Hochschulen, die diesem Anspruch genügen wollen, brauchen eine angemessene Ausstattung. Ergänzend zur Grundfinanzierung und zu den Drittmitteln brauchen sie auch das Recht, Studiengebühren zu erheben. Die Landesregierung wird noch im September eine umfassende Konzeption für die Einführung von Studiengebühren vorlegen und dem Landtag die Möglichkeit geben, darüber sachgerecht zu debattieren.

Pro Semester wollen wir Studiengebühren von 500 € ermöglichen. Die Einnahmen aus diesen Gebühren gehen unmittelbar und zweckgebunden an die Hochschulen im Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sie sind ausschließlich für die Verbesserung von Lehre und Studium bestimmt.

Niemand darf durch Studiengebühren von einem Studium abgehalten werden.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Frommer Wunsch!)

Um die Gebühren bezahlen zu können, hat jeder Studierende Anspruch auf ein Darlehen, das er erst dann zurückzahlen muss, wenn er nach dem Abschluss des Studiums ein bestimmtes Einkommen erreicht.

Gegen die Einführung von Studiengebühren wird oft der Vorwurf erhoben, sie seien unsozial.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Aber ist der derzeitige Zustand denn gerechter? Ist es gerecht, wenn die Krankenschwester mit ihren Steuern und der Facharbeiter mit seinen Steuern das Studium ihres künftigen Chefarztes oder Geschäftsführers finanzieren?

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wäre es nicht gerechter, wenn Akademiker einen kleinen Teil ihres erheblichen Einkommensvorsprungs, den sie durch ein Studium erzielen, als Beitrag für eine bessere Lehre für ihre Kinder in den Hochschulen in Baden-Württemberg einbringen? Ich glaube, dass dies ein sozial gerechter und wissenschaftlich sinnvoller Weg ist.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Landesregierung wird die Erhebung von Studiengebühren nicht zum Anlass nehmen, die Förderbeträge für die Hochschulen zu senken.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Die Botschaft hör' ich wohl!)

Ende 2006 läuft der so genannte Solidarpakt aus. Für die Zeit danach wird das Land mit den Hochschulen mehrjährige Verträge abschließen und damit vor Einführung und Erhebung der Studiengebühr das Fundament, die staatlichen Mittel, für zahlreiche Jahre festigen, damit Vertrauen in die zweckgebundene und damit verstärkte Förderung der Lehre durch die Gebühren in Baden-Württemberg entstehen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Oettinger)

Bildung und Wissenschaft sind eine Gemeinschaftsaufgabe der Gesamtgesellschaft. Deshalb bin ich dankbar dafür, dass auch private Geldgeber an der Hochschulfinanzierung mitwirken. Jüngstes Beispiel: Künzelsau. Mit einem Betrag in Höhe von 10 Millionen € in Form einer Stiftung hat Reinhold Würth die Fachhochschule Heilbronn-Künzelsau auf Dauer gestärkt. Ich danke ihm und ermuntere andere Unternehmen und Unternehmer, Bürger in Baden-Württemberg, im Rahmen ihrer Möglichkeiten mit großen und kleinen Beiträgen eine Förderkultur zu entwickeln, mit der die Gesellschaft unser tertiäres Bildungswesen in Ergänzung der Haushaltsförderung auf Dauer stabilisieren und stärken kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Nach wie vor gibt es bei uns zu wenige Professorinnen, weibliche Dozentinnen an den Hochschulen im Land. Die Landesregierung wird deshalb die Maßnahmen der Frauenförderung im Wissenschaftsbereich weiterentwickeln.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Ah ja?)

Ein besonderes Anliegen ist mir dabei die Verbesserung der Vereinbarkeit am Hochschulort von Familie, Kindererziehung einerseits und Beruf in der Wissenschaft andererseits.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Hätten Sie schon längst tun können! Alle Anträge abgelehnt!)

Baden-Württemberg ist ein hervorragender Medienstandort. Wir werden alles tun, damit das auch in Zukunft so bleibt. Mit dem Südwestrundfunk verfügen wir über den zweitgrößten Sender innerhalb der ARD. Der SWR macht ein erfolgreiches Hörfunk- und Fernsehprogramm und trägt in hohem Maße zur Identität Baden-Württembergs bei.

Wir stehen neben dem SWR zum dualen System. Die private Hörfunk- und Fernsehlandschaft leistet lokal, regional und landesweit einen wichtigen Beitrag zur Medienvielfalt und zur Meinungsppluralität.

Mit der Filmakademie in Ludwigsburg und der Popakademie in Mannheim haben wir Ausbildungseinrichtungen, die bundesweit ihresgleichen suchen. Wir werden beide Akademien in engem Dialog mit der Film- und Musikbranche weiterentwickeln. Darüber hinaus werden wir in Ludwigsburg eine Akademie für Darstellende Kunst gründen, in der Schauspieler für Film und Bühne in Kooperation mit anderen staatlichen Einrichtungen eine gute Ausbildung für morgen bekommen. All dies stärkt den Medienstandort Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Neben der Forschungsförderung und dem Technologietransfer gehört auch die Wirtschaftsförderung zu den Aufgaben, bei denen Land und Kommunen einen wichtigen Beitrag leisten müssen. Im Zentrum muss die Beratung und Betreuung der baden-württembergischen Betriebe stehen: bei Investitionen an den Standorten im Land, zur Sicherung von Arbeitsplätzen sowie bei der Erschließung ausländischer Exportmärkte.

Mit entscheidend für das Wachstum sind die günstigen Finanzierungsbedingungen, die wir halten wollen. Baden-Württemberg ist zu einem der wichtigsten Finanzplätze Deutschlands geworden. Dies war nicht immer so. Wir haben unsere Position in den letzten Jahren nachhaltig gestärkt. Die Landesbank Baden-Württemberg ist die ertragsstärkste und größte Landesbank. Die Stuttgarter Börse ist die Nummer 2 in Deutschland. Über 50 % aller Bausparfinanzierungen entfallen auf Bausparkassen aus Baden-Württemberg.

Das dreigliedrige Bankensystem mit privaten Volksbanken, privaten Geschäftsbanken und öffentlich-rechtlichen Sparkassen in der Landesbank entspricht in seiner Vielfalt, Struktur und Stärke genau den Anforderungen und der Nachfrage unseres Mittelstands. Deswegen halten wir an diesen drei Säulen auch in der Landespolitik der nächsten Jahre fest.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Baden-Württemberg ist eines der am stärksten belasteten Transitländer Europas. Die Kosten für Erhaltung und Ausbau der Straßen übersteigen seit Jahren die zur Verfügung stehenden Mittel bei weitem, und zwar im Bund und zum Teil auch im Land. Die Folgen kennt jeder: Staus, Verspätungen, Stop-and-go-Verkehr, Ortsdurchfahrten ohne Lebensqualität, unvollendete Fernstraßen vor allem im südlichen Landesteil.

Bei Autobahnen und Bundesstraßen sind in Baden-Württemberg aktuell rund 30 Neu- und Ausbauprojekte mit einem Investitionsvolumen von über 1 Milliarde € planfestgestellt. Wenn wir diese Projekte auch nur annähernd abarbeiten wollten, müssten wir vom Bund pro Jahr 330 Millionen € bekommen. Der Bund stellt aber nur 170 Millionen € bereit.

(Zuruf des Abg. Zeller SPD)

Die vom Bundeskanzler im März 2005 angekündigten Mittelaufstockungen nehmen wir an, aber sie reichen noch nicht einmal aus, um frühere Kürzungen im Bundesverkehrshaushalt auszugleichen. Trotzdem und gerade deswegen bin ich bereit, aktiv an Lösungen mitzuarbeiten, die den Erhalt und den bedarfsgerechten Ausbau der Bundesautobahnen und Bundesstraßen in Baden-Württemberg für die Wirtschaft und die Arbeitswelt von morgen zum Ziel haben müssen.

Dabei darf es keine Denkverbote geben. In einem ersten Schritt fordern wir den Bund dazu auf, für weitere Strecken wie zum Beispiel den dringend erforderlichen Ausbau der A 8 von Gruibingen bis Hohenstadt auf der Schwäbischen Alb und im weiteren Verlauf auf der Albhochfläche bis Ulm eine private Finanzierung zu ermöglichen.

Der zweite Albaufstieg ist bereits seit Jahren für eine mautfinanzierte Lösung vorgesehen. Aber getan hat sich bisher wenig. Auch der dreispurige Ausbau der A 6 als zentrale Ost-West-Achse muss rasch vorangetrieben werden. Hier bietet sich wie auf der A 5 zwischen Baden-Baden und Offenburg eine Finanzierung nach dem A-Modell an, bei dem die private Vorfinanzierung aus der Verrechnung mit den Einnahmen aus der Lkw-Maut gedeckt werden kann.

(Ministerpräsident Oettinger)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Ich will generell sagen: Baden-Württemberg ist zu allen sinnvollen Modellen einer privaten Finanzträgerschaft und eines privaten Betriebs von Autobahnen bereit. Ich will, dass öffentlich-private Partnerschaft im Hochbau und im staatlichen Tiefbau bei Autobahnen diesen Standort in den nächsten Jahren stärkt und dass die notwendige Finanzierung gelingen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Langfristig werden wir die Finanzierung des Bundesfernstraßenbaus auf ein nutzerbezogenes Modell umstellen müssen. Ich glaube, dass deswegen zusätzlich zur Lkw-Maut mittelfristig über die Einführung einer Vignette und langfristig über die Einführung einer Pkw-Maut nachgedacht werden kann.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Der Weg, der mit der Lkw-Maut begonnen wurde, muss konsequent fortgesetzt werden. Aber es muss ganz konkrete Bedingungen geben, die ich nennen will:

Erstens: Die Maut muss klappen – finanzrechtlich, technisch –, und sie muss zweckgebunden sein. Die daraus erzielten Einnahmen dürfen nicht im Bundeshaushalt versickern, sondern müssen direkt in den Straßenbau, am besten an privatrechtliche Betreibergesellschaften gehen.

Zweitens: Wenn wir von den Autofahrern eine Gebühr verlangen, dann müssen wir sie bei der Mineralölsteuer – bei Diesel und Benzin – entlasten, und dann ist auch die Kfz-Steuer nicht mehr zeitgemäß.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kretschmann GRÜNE: Woher kommt dann mehr Geld für mehr Straßen? – Abg. Drexler SPD: Woher kommt dann mehr Geld?)

– Mehr Geld kommt erstens, Herr Kollege Kretschmann, von den ausländischen Pkw-Fahrern – 20 % in Baden-Württemberg –, die derzeit auswärts tanken, durchfahren und in Baden-Württemberg keinen Euro entrichten, aber unsere Straßen benutzen.

(Beifall des Abg. Alfred Haas CDU)

Zum Zweiten räume ich offen ein: Auch vom deutschen Autofahrer wird unter dem Strich – weg mit der Kraftfahrzeugsteuer, weniger Mineralölsteuer, aber Maut – etwas mehr abzuverlangt sein. Das bezahlt der Autofahrer, wenn er weiß, dass dadurch das Straßennetz in Baden-Württemberg leistungsfähig gemacht wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wer gleicht dann die Mineralölsteuer aus? – Gegenruf des Abg. Mappus CDU: Das hat er doch gerade gesagt!)

Der öffentliche Nahverkehr spielt für die Mobilität in Baden-Württemberg eine wichtige Rolle. Es gilt in den nächsten Jahren, den bundesweiten Spitzenplatz Baden-Württembergs auf diesem Gebiet zu halten. Wir wollen die knappen

Mittel effizient einsetzen. Wir werden die Verkehrsverbünde im Land weiter vernetzen. Wir setzen auf Kooperation zwischen den Kommunen und unseren mittelständischen Busunternehmen, die zu erhalten sind.

Stuttgart 21 und die Neubaustrecke Wendlingen–Ulm sind von entscheidender Bedeutung für die Einbindung Baden-Württembergs in das europäische Hochgeschwindigkeitsnetz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Rauschender Beifall!)

Das Gleiche gilt für die Achse Paris–Straßburg–Karlsruhe–München, für die Strecke Mannheim–Frankfurt, die Einbindung des Mannheimer Hauptbahnhofs in das Netz sowie den weiteren Ausbau der Verbindung Karlsruhe–Basel. Ich setze mich in den nächsten Monaten gegenüber Bahn und Bund mit allem Nachdruck, gestärkt durch gute Argumente, für den Ausbau dieses Netzes in Baden-Württemberg ein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Standortpolitik ist auch die Energiepolitik. Die Strompreise in Deutschland sind, europaweit gesehen, viel zu hoch. Das schadet unserer Wirtschaft, und das merkt auch der Privathaushalt. Verantwortlich dafür ist vor allem die Bundesregierung,

(Widerspruch und Lachen bei der SPD)

die mit der Ökosteuern einen ideologischen und falschen Weg eingeschlagen hat.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Deshalb sind in Baden-Württemberg die Strompreise so hoch?)

Wir wollen die großen Energieversorger im Land halten.

(Zuruf von der SPD)

Wir wollen Baden-Württemberg als Kraftwerksstandort für die Zukunft sichern.

(Zuruf von der SPD: Durch neue Kernkraftwerke?)

Nachdem die OEW auf unsere Bitte hin die Parität bei der Energie Baden-Württemberg gehalten hat – dies unterstützen wir mit Nachdruck –, bleibt der Einfluss im Land für die Entwicklung von Kraftwerken im Land groß genug. Dadurch erreichen wir, dass Baden-Württemberg Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Steuerkraft in der Energiewirtschaft in starkem Maße in allen Landesteilen behalten kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich bin zur Sicherung des Energiestandorts Baden-Württemberg auch bereit, mit den Energieversorgern über den Wasserpennig zu verhandeln.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Was heißt das?)

Möglicherweise müssen wir den Wasserpennig

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Erhöhen!)

(Ministerpräsident Oettinger)

bei den Kraftwerken senken, wenn dadurch in den nächsten Jahren verlässlich Standortsicherung und Investitionen – Beispiel Mannheim – entstehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Drexler und Stickelberger SPD)

Die Regierung bekennt sich zum Energiemix und zu erneuerbaren Energien. Bis 2010 wollen wir ihren Anteil an der Stromerzeugung gegenüber dem Stand von 1997 verdoppeln. Ein Förderschwerpunkt wird dabei die Geothermie sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Der von der rot-grünen Bundesregierung verordnete Atomausstieg stellt eine schwere Belastung für unsere Energielandschaft dar. Der Verzicht auf die Nutzung der Kernkraft macht den Bau von Kohle- und Gaskraftwerken erforderlich. Das heißt: mehr Kohlendioxid, mehr Luftschadstoffe, mehr Treibhauseffekt.

(Abg. Drexler SPD: Man muss halt insgesamt was machen!)

Ein Ausstieg aus dem Ausstieg wäre der beste Beitrag zum Klimaschutz in Deutschland und weltweit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Widerspruch bei der SPD)

Durch eine Verlängerung der Laufzeiten unserer sicheren Kernkraftwerke könnten wir finanziellen und zeitlichen Spielraum gewinnen, um in Zukunft verstärkt nicht zu Kohle und Gas, sondern gleich zu regenerativen Energien zu wechseln.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Machen Sie das doch jetzt schon! – Abg. Capezzuto SPD: Wo geht es da vorwärts?)

Meine sehr geehrten Damen, meine Herren, die Familie wird auch in Zukunft das Fundament unserer Gesellschaft sein – als Quelle von Geborgenheit, als Ort von Lernerfahrungen, als Vermittlungsort von Werten und Kultur. „Bei uns haben Familien Vorfahrt“ – dieses Motto gilt auch weiterhin in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Politik für Familien und Kinder ist eine Aufgabe, die alle Ebenen der Politik gleichermaßen betrifft: den Bund, das Land, die Gemeinden und die Kräfte der Gesellschaft insgesamt. Deshalb hat die Landesregierung schon vor Jahren das Projekt „Kommunale Familienpolitik“ auf den Weg gebracht. Unser Ziel ist eine Familienpolitik der kurzen Wege: lokale Netzwerke, wohnortnahe Hilfen, familienfreundliche Infrastruktur, Betriebe, die familienfreundlich sind. Diese Aufgaben werden am besten vor Ort, in den Kommunen und Betrieben, gelöst.

Aber wir wollen nicht beim Erreichten stehen bleiben. Wir werden unsere Familienpolitik konzeptionell fortentwi-

ckeln. Ich rege an, eine Stiftung „Kinderland Baden-Württemberg“ zu gründen.

(Abg. Drexler SPD: Noch eine? Die haben wir doch jetzt schon! – Abg. Ursula Haußmann SPD: So eine Stiftung gibt es doch schon!)

Ihr Ziel soll es sein, durch programmatische Projektförderung den Stellenwert von Familien und Kindern in unserer Gesellschaft zu stärken. Sie kann damit die Stiftung „Familie in Not“ ergänzen. Dieses biete ich dem Landtag von Baden-Württemberg gern an.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

Erklärtes Ziel unserer Politik für Familien ist es, Eltern zu helfen und sie zu entlasten, damit Familie eine Quelle von Freude und Lebenssinn ist, damit Kinder unbeschwert und sicher aufwachsen können, damit Familien in unserer Gesellschaft wieder stärker Geltung erlangen, als dies heute der Fall ist.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich Familienleben gewandelt hat. Die Zahl der Alleinerziehenden nimmt zu. Die Zahl der Kinder geht zurück. Das ist die Realität. Man muss dies nicht unbedingt gut finden, aber wir müssen uns dem stellen. Wir werden Konzepte entwickeln, die der veränderten Lebenswirklichkeit von Mann und Frau und von Familien in Baden-Württemberg gerecht werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Viele gut ausgebildete Frauen zögern mit der Entscheidung für ein Kind, weil sie Sorge haben, dass Familie und Beruf nicht vereinbar sind.

(Unruhe bei der SPD – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Viele Familien können auf ein zweites Arbeitseinkommen nicht verzichten. Diesen Frauen und ihren Familien wollen wir helfen. Ein Schlüssel zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der Ausbau der Betreuung für Kinder aller Altersgruppen. Wer Familien entwickeln und stärken will, muss sie entlasten. Dies wird in Zukunft verstärkt unsere Politik sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Lebhafter Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zurufe von der SPD: Bravo! – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Ich bin für Zustimmung, für Beifall und für Stimmen auch von Ihnen jederzeit dankbar – letzte Woche und auch heute.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Jetzt wollen wir Taten sehen! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Eltern brauchen Wahlfreiheit. Sie entscheiden, ob sie ihre Kinder selbst betreuen oder ob sie sie ergänzend von anderen betreuen lassen wollen. Wir müssen auch die Benachteiligungen derjenigen Familien ausgleichen, die in den ersten Lebensjahren des Kindes keine außerhäusliche Betreu-

(Ministerpräsident Oettinger)

ung in Anspruch nehmen. Mit dem Landeserziehungsgeld unterstützen wir gerade die Wahlfreiheit sozial schwacher Familien in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, Bildung und Betreuung sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Bildung ist Voraussetzung für Arbeit, eine Quelle für Innovation, Qualität und Fortschritt. In die Köpfe der Menschen zu investieren heißt, in die Zukunft zu investieren. Dies werden wir tun. Weil Bildung und Betreuung zusammengehören, streben wir eine stärkere Verknüpfung von Betreuung und Schule an.

(Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Ich beabsichtige, die Zuständigkeit für die Kindergärten und die vorschulische Bildung auf das Kultusministerium zu übertragen. Im Gegenzug bündeln wir die Aufgaben im Bereich der Jugendarbeit beim Sozialministerium.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Wenn wir Bildung und Betreuung als die entscheidende Aufgabe der nächsten Jahre ansehen, brauchen wir eine Aufgabenpartnerschaft von Land, Kommunen, Kirchen und freien Trägern und die Elternarbeit. Dies neu zu justieren wird der Schwerpunkt unserer Arbeit in der Zeit bis zur Landtagswahl in Baden-Württemberg sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Im Grundsatz trägt das Land Verantwortung für die Bildung, und die Kommunen tragen Verantwortung für die Betreuung. Doch die Grenzen sind fließend. Schon im Mai werden wir uns mit den kommunalen Landesverbänden treffen. Mir geht es um die Übereinstimmung beim Konzept, bei der Aufgabenträgerschaft und bei der Finanzierung. Ich will eine faire Kosten- und Aufgabenteilung. Ich will gegen die Kommunen nicht vor Gericht ziehen und von ihnen nicht vor Gericht gezogen werden. Wir wollen das Beste für unsere Kinder. Meine Devise heißt: enge Kooperation zwischen Schulen, Kindergärten und Betreuungskräften vor Ort, Klarheit und Verlässlichkeit bei der Finanzierung auf Landesebene. Ich strebe einen Pakt zwischen Land und Kommunen noch in den nächsten Monaten an.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Ursula Haußmann SPD: Was heißt das konkret?)

– Ich komme darauf.

Mit dem Konzept „Kinderfreundliches Baden-Württemberg“ hat das Land bereits einen wichtigen Beitrag zum bedarfsgerechten Ausbau der Kleinkindbetreuung in Kindergärten, Krippen und durch Tagesmütter erreicht. Doch wir sind längst noch nicht am Ziel. Wir wollen weitermachen und sicherstellen, dass in den Kommunen die notwendige Feststellung des Bedarfs und der Ausbaustufen für die Kleinkindbetreuung entsprechend den bundesgesetzlichen Vorgaben erfolgen kann.

Wir wollen in Abstimmung mit den Kommunen und den Kirchen das Kindergartengesetz entsprechend anpassen. Wir werden uns nochmals mit den Kindergärten und Einrichtungen mit gemeindeübergreifendem Einzugsgebiet be-

fassen. Ich setze noch immer eine einvernehmliche Lösung voraus.

(Abg. Drexler SPD: Dazu haben wir alles gesagt!)

Wir wollen erreichen, dass Betreuungsangebote im Kindergartenalter, die ortsübergreifend sind – von Kirchen oder von Betrieben getragen, Waldkindergärten, Waldorfkinder-gärten –, auch in Zukunft die gleiche Bedeutung behalten. Hier stehen die Kommunen in der Verantwortung. Nötigenfalls handelt das Land. Wir warten hier noch einige Zeit ab.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen des Abg. Drexler SPD – Zuruf des Abg. Fischer SPD)

Die bisherige Regierung hat vor einigen Wochen ein Programm zur vorschulischen Sprachförderung auf den Weg gebracht. Dieses Sprachförderprogramm leistet einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Schulreife unserer Kinder – vor allem von Kindern, die aus dem Ausland kommen. Für alle Kinder insgesamt ist dies ein wichtiges Angebot. Wir werden das Programm in den nächsten Wochen umsetzen und beobachten, wie die Reaktion darauf ist.

Darüber hinaus möchte ich eine breite Debatte über den Bildungsauftrag des Kindergartens anstoßen.

(Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Der Kindergarten ist nicht nur für die Betreuung da. Zu seinen Aufgaben gehört es – in Zukunft verstärkt – auch, die Kinder frühzeitig an die Anforderungen der Schule heranzuführen. Wie dies geschehen soll, werden wir im „Orientierungsrahmen für Bildung und Erziehung“ festlegen, der im Sommer dieses Jahres vorgelegt wird.

Unter der Überschrift „Konzept ‚Schulreifes Kind‘“ möchte ich folgenden Gedanken hier einbringen, der debattiert werden muss: Alle Kinder nehmen im letzten Jahr – so mein Vorschlag – vor dem Schuleintritt ein besonderes pädagogisches Angebot wahr, das sich auf die Erlangung der Schulreife ausrichten soll. Dieses pädagogische Angebot umfasst etwa acht Wochenstunden und soll von den örtlichen Kindergärten in Kooperation mit den Grundschulen umgesetzt werden. Da die Teilnahme an diesen acht Stunden pro Woche verpflichtend sein soll, müssen auch die Kinder an diesem Programm teilnehmen, die ansonsten keinen Kindergarten besuchen. Ich glaube, dass diese acht Stunden ziel-führend sind, wenn es um die Schulreife aller Kinder am ersten Schultag in Baden-Württemberg geht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Die acht Wochenstunden sollen zum Teil von den Erziehungs-kräften der Kindergärten, zum Teil auch von Grund-schullehrerinnen und Grundschullehrern erbracht werden. Durch diese personelle Verzahnung hätten wir für die Kinder den großen Vorteil erreicht, dass sie spielerisch und lo-gisch an die Schule herangeführt werden. Dieses schlage ich hiermit ausdrücklich vor.

Den Eltern dürfen durch dieses Konzept keine Kosten ent-stehen. Deswegen werden wir in den nächsten Jahren für das Konzept „Schulreifes Kind“ Ressourcen aus dem Schul-

(Ministerpräsident Oettinger)

bereich bereitstellen, die aufgrund der sinkenden Kinderzahlen in den nächsten Jahren hier im Land Baden-Württemberg zur Verfügung stehen. Wir werden das Konzept „Schulreifes Kind“ ausarbeiten, mit den kommunalen Landesverbänden besprechen und eine breite Diskussion mit Kirchen, Verbänden, der Elternschaft und auch mit Ihnen hier im Landtag führen. Wir wollen dadurch erreichen, dass die Erlangung der Schulreife unserer Kinder in den nächsten Jahren ein Schwerpunkt unserer Arbeit sein kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Auch in der Schule, in jeder Schulart, für jedes Alter, brauchen wir verstärkt Angebote zur Ganztagsbetreuung. Der erste wichtige Schritt war die Schaffung von Ganztagschulen in sozialen Brennpunkten. Das haben wir erreicht. Diese Entscheidung war richtig. Zwischenzeitlich bauen wir über die Brennpunktschulen hinaus das Angebot schrittweise aus. Es geht uns darum – –

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Mit Geld vom Bund! Mit Geld von der Bundesregierung!)

– Kein Problem, Frau Kollegin, kein Problem. Zu wenig Geld? Falsch gerechnet in Berlin!

(Abg. Drexler SPD: Falsch gerechnet? Sie wollten das Geld vom Bund doch gar nicht nehmen! – Unruhe bei der SPD – Zurufe von der SPD)

Aber das Geld ist in Baden-Württemberg sinnvoll eingesetzt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Für die nächsten Jahre geht es darum, ein flächendeckendes, bedarfsorientiertes Angebot an Ganztagschulen zu schaffen und die Ganztagschule konzeptionell weiterzuentwickeln. Dies wird Schritt für Schritt im Rahmen der Haushalte die Aufgabe der nächsten Jahre sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Schule, Bildung und Betreuung – das sind nicht nur Aufgaben des Staates, sondern Aufgaben der gesamten Gesellschaft. Unser Ziel ist es dabei – bei einer Ganztagschule als Angebot im Land an die Eltern entsprechend der Nachfrage, wobei Wahlfreiheit bestehen muss –, Vereine, Verbände und Kirchen in die Ganztagsbetreuung zu integrieren.

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

An vielen Schulen geschieht das schon heute. Wir wollen unsere Schulen für engagierte Bürgerinnen und Bürger noch viel weiter öffnen. Sie sollen nach einer entsprechenden Schulung und Qualifizierung als „Jugendbegleiter“ in der Ganztagsbetreuung mitarbeiten können. Ich setze auf Hauptamt und qualifiziertes Ehrenamt. Ich baue auf die Jugend-, Vereins- und Verbandsarbeit, auf die Kirchen, die in der Schule ein wichtiger Faktor für die Erziehung, die Bildung, die Betreuung, die Freizeitgestaltung der Jugend sein können. Dies wird unser Konzept sein. Dieses Angebot mache ich jedem Verein vor Ort, jedem Verband landesweit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir bekommen so eine neue Qualität der Integration von Schule und Gesellschaft. Von einer „Entprofessionalisierung der Betreuung“ kann dabei keine Rede sein. Im Gegenteil, wer als Übungsleiter im Sport junge Menschen zu Leistungen anspornt, ihnen schon heute Freude und Disziplin vermittelt, wer als Gruppenleiter im kirchlichen Bereich Kinder und Jugendliche zur Reflexion über ihr Leben anregt, wer als Musiker eine Band auf die Beine stellt und aus 50 Einzelstimmen einen Chor formt – wer all das kann, der hat mit Sicherheit auch die nötige Befähigung und das Talent, um als „Jugendbegleiter“ in der Ganztagschule Partner der Lehrerin, des Lehrers und des Schulleiters zu sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Der Staat und die Schulen wären schlecht beraten, wenn wir diese Talente in der Mitte unserer Gesellschaft nicht nutzen und fördern und in der Schule zu einem Faktor und Partner machen würden.

In unserem Land gibt es auch viele rüstige Jungsenioren, Väter und Mütter, die sich mit ihrem Können, mit ihrer Lebenserfahrung, ihrer Liebe zu Kindern, ihrer Persönlichkeit in schulische Projekte einbringen wollen.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wir laden alle, Jung und Alt, Frauen und Männer, zur Mitwirkung bei der Betreuung in der Schule als Partner des Lehrers in der Zukunft ein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Carla Bregenzer SPD: Dann könnt ihr ja die Pädagogischen Hochschulen schließen!)

Unsere neuen Ganztagschulen sind offene Angebotsschulen. Das heißt, die Teilnahme an der Ganztagsbetreuung an diesen Schulen ist keine Pflicht. Wir werden die Freizeit junger Menschen nicht verstaatlichen, wir werden sie auch nicht ganztags verschulen. Wir bieten uns dem an, der Entlastung braucht.

(Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Wir wollen nicht die Zwangsganztagschule, wir wollen die Ganztagschule als offenes Angebot, über dessen Nutzung die Familie für sich selber entscheiden muss.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Unsere Ganztagschulen haben einen hohen pädagogischen Anspruch. Deshalb werden wir den Menschen, die hier mitwirken sollen, eine entsprechende Schulung anbieten. Im Sport gibt es schon jetzt den Übungsleiterschein, für den man sich qualifizieren muss. Es gibt im Verbandswesen Akademien, Sportschulen und anderes. Wir wollen für jeden, der in der Schule mitwirkt, als Bildungsvoraussetzung den „Qualipass“. Erst dann kann er als „Jugendbegleiter“ in der Schule ein Faktor sein.

Bei der Honorierung dieser „Jugendbegleiter“ werden wir uns an der Übungsleiterpauschale des Sports orientieren. Hier kann man mit einem überschaubaren Betrag im Haushalt erreichen, dass viele tausend Menschen im Land qualifiziert, engagiert, mit Verstand und Herz Partner der Lehrer

(Ministerpräsident Oettinger)

für die Bildung und Betreuung unserer Kinder von morgen sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut! – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist „Schavansinn“!)

Wir planen, mit den Verbänden des Ehrenamts Rahmenvereinbarungen abzuschließen. Ich habe mit dem DGB gesprochen, ich spreche mit den Kirchen, ich habe mit dem Landessportbund und den Sportbünden gesprochen, ich habe mit NABU und BUND gesprochen, dem Schwäbischen Albverein und dem Schwarzwaldverein – alles Verbände, die Sie kennen und hoffentlich auch schätzen. Diese sind bereit, mit uns in diesem Jahr einen Rahmenvertrag auszuhandeln. Wenn Sie dagegen sind, dann bringen Sie ein Misstrauensvotum gegen die gute Jugendarbeit dieser Verbände, die mitwirken wollen, zum Ausdruck. Wir öffnen die Schulen für die gute Ehrenamtsarbeit in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD – Abg. Carla Bregenzer SPD: Das ist alles Unsinn, was Sie da verbraten!)

Unabhängig von diesem neuen Ganztagschulkonzept werden wir auch weiter unsere Brennpunktschulen in Ganztagsform entsprechend dem Bedarf ausbauen. In vielen Schulen und Gemeinden des Landes herrscht derzeit große Enttäuschung über die Umsetzung des IZBB Ihrer Regierung in Berlin.

(Abg. Braun SPD: Ihr habt doch vereinbart, die Umsetzung auszusetzen!)

Das Volumen der Anträge aus Baden-Württemberg übersteigt die vom Bund bereitgestellten Mittel bei weitem.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich sage in aller Klarheit: Als Landesregierung lassen wir uns nicht für die Fehlkalkulation der Bundesregierung verantwortlich machen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: „Fehlkalkulation“! Übles Geschwätz! – Abg. Herrmann CDU: Die SPD kann nicht rechnen! Das haben wir schon immer gewusst! – Abg. Drexler SPD: Wir haben immer gedacht, Sie hätten die Zuständigkeit!)

Dass Sozialdemokraten nicht rechnen können, war mir schon bekannt. Das hat sich heute erneut gezeigt.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das ist Unsinn, was Sie hier von sich geben! Bildung kommt zum Bund! – Unruhe)

Was wir jetzt brauchen, ist eine Lösung im Interesse der Kinder und ihrer Eltern und auch im Interesse der Kommunen im Land.

(Abg. Drexler SPD: Da wird sich der Bund in der Föderalismusdebatte freuen!)

Nachdem der Bund mit seinem Programm vor Ort so hohe Erwartungen geweckt hat, muss er sie auch erfüllen und Mittel nachlegen.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben sie doch umgesetzt! – Weitere Zurufe)

Wir bitten den Bund nachhaltig, mehr Mittel für Baden-Württemberg bereitzustellen

(Abg. Drexler SPD: Wie kommt denn der Bund dazu?)

und gegebenenfalls von anderen Ländern umzuschichten, die Mittel nicht abgerufen haben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Alle Mittel fließen ab! Schöner Föderalismus! – Abg. Braun SPD: 14 Jahre nichts tun und dann den Mund aufmachen! – Gegenrufe von der CDU: Ach! – Abg. Drexler SPD: Wir müssen eine ganz neue Föderalismusdebatte führen: Bildung kommt zum Bund! Tolle Sache! – Anhaltende Unruhe)

Wenn der Bund aber mit seinem Programm die geweckten Erwartungen nicht erfüllt, wird das Land nicht allein den schwarzen Peter nach Berlin schieben,

(Abg. Drexler SPD: Sie machen es aber!)

sondern dann werden wir mit den Kommunen verhandeln, ob durch Umschichtung innerhalb des KIF möglicherweise mit geringerem Fördersatz Stück für Stück die Bedienung der Anträge durch Landesmittel in den nächsten Jahren möglich wird.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Vorschlag von uns liegt auf dem Tisch! – Weitere Zurufe – Abg. Seimetz CDU: Die Opposition ist eine armselige Truppe! – Lachen bei der SPD und den Grünen)

Meine Damen und Herren, wir stehen mit unseren Schulen in allen nationalen Vergleichen hervorragend da. Die Grundschul-Lese-Untersuchung, IGLU genannt, und die Regionalauswertung von PISA zeigen, wie wichtig eine Evaluierung von Bildungsstandards und eine nachhaltige Lernkultur sind.

Für mich ist auch die musische Bildung unserer Kinder und Jugendlichen wichtig. Kreativität, Spontaneität, emotionale Intelligenz, Sozialkompetenz sind neben Faktenwissen wesentliche Faktoren für die Entwicklung der Kinder zur Erwachsenenpersönlichkeit.

Unsere besondere Sorge gilt der Hauptschule. Was wir brauchen, ist eine stärkere Profilierung des Berufsbildes des Hauptschullehrers. Bei der beruflichen Bildung bekennen wir uns zu den bewährten Formen des dualen Systems, das wir beibehalten und weiterentwickeln wollen. Wir wollen die Hauptschule stärken; wir werden die Berufsschule stärken. Dies ist ein Schwerpunkt unserer Politik der nächsten Jahre.

(Zurufe von der SPD, u. a. der Abg. Ursula Haußmann – Abg. Kretschmann GRÜNE: Das sagt ihr seit 30 Jahren, und es funktioniert nicht!)

(Ministerpräsident Oettinger)

Die Landesregierung sieht Privatschulen als Partner im Bildungsauftrag. Wir wollen die Privatschulen in den nächsten Jahren sichern helfen. Wir werden das bisherige Zuschussmodell durch ein Bruttokostenmodell ablösen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich strebe an, in den nächsten Haushaltsjahren die Landesfördermittel Stück für Stück auf etwa 80 % der tatsächlichen Kosten anzuheben.

(Abg. Drexler SPD: Das ist das letzte Mal schon versprochen worden!)

Die entsprechende Novelle wird noch in diesem Jahr im Landtag zu beraten und zu beschließen sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Erfolge in der Bildungspolitik haben viele Ursachen. Ich möchte heute eine besonders herausstellen: unsere engagierten Pädagogen, die Lehrerinnen und Lehrer in allen Schulen in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das ist richtig!)

Ohne ihre Leistung wären die Einführung der Fremdsprache ab Klasse 1, die Verkürzung des Wegs zum Abitur und die Einführung neuer Bildungspläne nicht so schnell und so gut möglich gewesen. Die Lehrer haben gerade in Jahren der Reformen unseren Respekt, unsere Unterstützung, unseren Dank verdient.

(Beifall bei der CDU, der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

Wir haben auf steigende Schülerzahlen reagiert und in den letzten 14 Jahren und für weitere zwei Jahre über 11 500 neue Lehrerstellen in Baden-Württemberg geschaffen. Kein anderes Land hat die Zahl der Pädagogen vergleichbar stark wie wir aufgebaut. Dies war ein Kraftakt für die Unterrichtsversorgung, um den uns andere Länder beneiden, der aber richtig und angemessen war.

Genauso angemessen werden wir in den nächsten Jahren, im nächsten Jahrzehnt Konsequenzen aus den rückläufigen Schülerzahlen ziehen und Stück für Stück auch Lehrerstellen abbauen müssen. Allerdings werden nicht alle frei werdenden Lehrerstellen eingespart; ein Teil der Mittel wird für den Ausbau von Ganztagschulen und die Stärkung des vorschulischen Bereichs in Baden-Württemberg eingesetzt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Capezuto SPD: Weiß das Frau Schavan auch schon? – Heiterkeit bei der SPD)

Zur Entlastung der Schulleitungen und der Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben werden wir im Rahmen eines Modellversuchs so genannte Schulassistenten einsetzen. Wenn man die Schule pädagogisch stärken und dem Schulleiter ermöglichen will, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren, ist der Schulassistent als Management in der Schule – in großen Schulen – ein Beitrag zu guter Schulführung und sparsam ohnedies.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Die Landesregierung steht für einen schlanken, zugleich aber starken Staat. Wir dulden keine Parallelgesellschaften. Bei uns haben Extremisten keine Chance. Die Bürger wollen Sicherheit, und danach handeln wir. Baden-Württemberg gehört seit Jahren zu den sichersten Ländern Deutschlands, und wir werden durch gute Polizeiarbeit, durch starke Gesetze und konsequente Politik alles tun, damit dies auch in Zukunft ein Markenzeichen Baden-Württembergs bleibt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir haben uns noch nie von einer Multikultieuphorie einlullen lassen. Wir haben klare Regeln. Wer auf Dauer bei uns leben will, muss die Grundregeln des Grundgesetzes und auch aller anderen Gesetze sowie die Grundsätze von Nachbarschaft akzeptieren. Dazu gehören die Achtung der Grundrechte, die Achtung der Menschenrechte, die Befolgung der geltenden Gesetze von Land und Bund, die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie der Respekt vor der Religion des anderen und aller Mitbürger.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Dazu gehören auch das Erlernen der deutschen Sprache und die Bereitschaft zur Integration.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Wer diese Grundregeln beachten will, ist künftiger Mitbürger und Nachbar von uns. Wer aber gegen diese Grundregeln sträflich vorgeht und sie nicht einhalten will, hat kein dauerhaftes Aufenthaltsrecht in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Wir haben Respekt vor der Kultur und den Glaubensüberzeugungen eines jeden Menschen, der friedlich bei uns leben will. Wir haben Respekt vor jeder Religion. Aber wir werden nicht akzeptieren, dass Religion für Extremismus missbraucht werden kann. Wir dulden bei uns keine Gewalttäter und Hassprediger. Wir gehen konsequent gegen diesen Missstand vor.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

Deshalb liegt ein Schwerpunkt der Arbeit unserer Sicherheitsbehörden in der Bekämpfung des islamistischen Terrors bei uns.

(Abg. Drexler SPD: Wo? Aber doch nicht im Haushalt! Ihr habt doch die ganzen Mittel dafür im Haushalt gestrichen! – Abg. Junginger SPD: Abgelehnt haben Sie es!)

Auch in Zukunft werden Polizei und Verfassungsschutz diesen Gruppen mit einem hohen Fahndungsdruck begegnen. Unser Land darf kein Ruheraum und kein Aktionsfeld für Extremisten sein.

(Beifall bei der CDU)

(Ministerpräsident Oettinger)

Nötigenfalls stocken wir die Stellen bei der Polizei in den nächsten Jahren entsprechend auf.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Auch bei der Jugendkriminalität werden wir nicht wegschauen. Die Regierung wird dafür sorgen, dass Jugendliche die Folgen eines Rechtsverstößes frühzeitig zu spüren bekommen. Die Strafe muss der Tat auf dem Fuße folgen. Dies gilt für jeden Täter, auch wenn er jugendlich ist.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir setzen uns für eine Erhöhung der Höchststrafe im Jugendstrafrecht auf 15 Jahre ein. Ebenso wollen wir die Anwendung des Erwachsenenstrafrechts auf Heranwachsende. Bei schwersten Straftaten muss auch die Anwendung einer Sicherungsverwahrung gegen Jugendliche und Heranwachsende möglich sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Die Bekämpfung der häuslichen Gewalt, ein guter Opferchutz, konsequentes Handeln gegen Rechtsextremismus und Bekämpfung von Straßenkriminalität sind weitere Schwerpunkte unserer Sicherheitsarbeit.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, die Spätaussiedler, die zu uns kamen und kommen, waren in der großen Mehrzahl fleißig und ehrgeizig.

(Zurufe von der SPD: Waren?)

Die meisten haben sich rasch integriert und sind heute eine wertvolle Bereicherung unserer Gesellschaft in Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ebenso wie für die erste Aussiedlergeneration gilt dies auch für diejenigen, die in den letzten Jahren zu uns gekommen sind. Trotzdem ist es offenkundig, dass in dieser Gruppe, die im letzten Jahrzehnt, in den letzten Jahren zu uns kam, das Bildungsniveau und die Bereitschaft, Deutsch zu lernen, wesentlich niedriger sind als in den früheren Jahren. Erschwert wird die Integration dieser Menschen oft auch durch die Ansiedlung in großen geschlossenen Siedlungen. Diese Faktoren haben mit dazu beigetragen, dass die Kriminalität unter jugendlichen Spätaussiedlern in einzelnen Landesteilen zu einem ernst zu nehmenden Problem geworden ist.

Die Landesregierung sieht dieser Entwicklung nicht tatenlos zu. Wir werden unsere Integrationsangebote und -bemühungen verstärken. Aber Integration ist keine Einbahnstraße. Es gibt auch eine Bringschuld der Zuwanderer. Wo Integration und Prävention nichts fruchten, setzen wir verstärkt auf die Durchsetzung des Rechts durch die Polizei.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

In der polizeilichen Brennpunktarbeit hat sich der Einsatz spezieller Jugendsachbearbeiter bewährt. Ich will dafür sorgen, dass die Polizei in den nächsten Jahren im Rahmen ih-

rer Personaleinsatzplanung und durch Streckung von Stellenstreichungen mehr Jugendsachbearbeiter zur Bekämpfung von Ausländervergehen und -verbrechen in den Brennpunkten bereitstellen kann.

Meine Damen und Herren, unsere Polizeibeamten leisten hervorragende Arbeit für die Sicherheit im Land,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der SPD)

und dies unter schwieriger werdenden Bedingungen.

Ich danke der Polizei. Sie hat mein Vertrauen, sie hat unser Vertrauen. Die Polizeiarbeit wird auch in Zukunft ein starkes Stück Baden-Württembergs sein.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wir wollen aber die Polizeiarbeit noch stärker operativ ausrichten. Das heißt konkret: Entlastung von Verwaltungsaufgaben,

(Abg. Fischer SPD: 20 % Effizienzrendite! – Gegenruf des Abg. Alfred Haas CDU: Quatsch!)

mehr Zeit für die Arbeit am Fall, mehr Präsenz vor Ort. Dies setzt voraus, dass die Strukturen weiter verschlankt werden, Doppelstrukturen abgebaut werden und – entsprechend dem Grundsatz der Verwaltungsreform – die Verantwortung, so gut es geht, auf die unterste bzw. untere Ebene verlagert wird. Wir müssen mit der Polizei, die wir haben, die Sicherheit für den Bürger noch effektiver gewährleisten. Angesichts der schwierigen Haushaltslage kann dieser Wunsch genannt werden, aber die Bereitstellung von mehr Stellen zu diesem Zweck ist nicht finanzierbar. Deswegen müssen wir alles dafür tun, dass die Polizeiarbeit aus dem Haushalt heraus weiter gestärkt werden kann.

Ich sage der Polizei: Wir werden in den nächsten Jahren die Mittel für die Polizeiarbeit nicht kürzen. Innere Sicherheit und Polizei bleiben bei der Haushaltspolitik, bei der Haushaltssanierung der nächsten Jahre weitgehend außen vor.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Drexler SPD: Das ist auch vor einem halben Jahr gesagt worden, und es ist nichts passiert!)

Damit bieten wir der Polizei einen „Pakt für ein sicheres Baden-Württemberg“ an. Konkret heißt das, dass die Mittel für eine leistungsgerechte Personalentwicklung und für Schwerpunkte der Kriminalitätsbekämpfung durch eigene Reformen, durch Umbau zu erwirtschaften sind. Ein Abbau der Mittel für die Polizei wird nicht die Politik meiner Regierung sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Die Landesregierung will ab dem nächsten Jahr nach Art eines „atmenden Stellenplans“ schrittweise eine verlässliche Karriereentwicklung im Polizeibereich ermöglichen. Damit wollen wir – haushaltsneutral – weg von starren Stellenplänen und hin zu einer berechenbaren und leistungsgerechten Beförderungsmöglichkeit sowie einer durchschnittlichen Beförderungszeit kommen. Wir werden dort beginnen,

(Ministerpräsident Oettinger)

wo es am nötigsten ist: bei den Polizeibeamten des mittleren Dienstes.

Darüber hinaus will ich vorschlagen, dass noch in diesem Jahr beschlossen wird, dass das W-8-Programm in der nächsten Wahlperiode fortgeführt und der Stellenanteil des gehobenen Dienstes entsprechend erhöht wird und damit der Aufstieg vom mittleren in den gehobenen Dienst auch in den nächsten Jahren ein Angebot für die junge Generation der Polizeibeamtinnen und -beamten bleibt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/
DVP)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, in der Ausländerpolitik wird die Regierung auch künftig eine zweigleisige Strategie fahren: Wir fördern und fordern die Integration derjenigen Ausländer und Zuwanderer, die legal und auf Dauer bei uns sind.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wir alle – das Land, die Gemeinden und die Gesellschaft – müssen unsere Bemühungen um Integration weiter erhöhen.

Baden-Württemberg war immer und ist ein weltoffenes Land. Wir haben in den letzten Jahrzehnten bewiesen, dass wir integrationsbereit und -fähig sind: Viele Hunderttausend Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler sowie Gastarbeiter sind Einwohner und Bürger Baden-Württembergs geworden, haben bei uns eine neue Heimat gefunden. Sie sind Nachbarn und Partner in Baden-Württemberg.

Auch in Zukunft gilt: Wer legal zu uns kommt, wer unsere Grundwerte und die Gesetze ebenso achtet, wer bereit ist, unsere Sprache zu lernen, ist willkommen. Er ist ein Beitrag dazu, dass Baden-Württemberg Zukunft bekommt.

(Beifall der Abg. Dr. Noll und Beate Fauser FDP/
DVP – Abg. Junginger SPD zu Abg. Dr. Noll FDP/
DVP: Sind Sie ein Claqueur?)

Gleichzeitig wird die Regierung ihre bisherige Linie beibehalten und alle ausreisepflichtigen Ausländer, abgelehnten Asylbewerber und andere konsequent und zügig abschieben. Dies gilt zuallererst dann, wenn Interessen der Sicherheit unserer Bürger berührt sind. An dieser Politik wird auch die neue Härtefallkommission nichts ändern. Wir haben ein Aufenthaltsrecht und Gastrecht für jeden, der rechtmäßig da ist. Wir sind ein Rechtsstaat. Wer nicht auf Dauer dableiben darf, hat auch nicht vorübergehend ein längeres Aufenthaltsrecht.

(Abg. Kretschmann GRÜNE: Was hat dann die Härtefallkommission für einen Sinn? – Zuruf der Abg. Theresia Bauer GRÜNE – Zurufe von der SPD)

Es ist vor allem auch unserer Initiative zu verdanken, dass das Zuwanderungsgesetz jetzt die entsprechenden Maßnahmen für ein schärferes Instrumentarium zur Beendigung des Aufenthalts von Ausländern enthält. Wir werden diese Möglichkeiten nutzen. Schleuser, Sicherheitsgefährder und Hassprediger bekommen konsequent den Rechtsstaat zu spüren und werden abgeschoben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Sollten diese Instrumente nicht ausreichen, wollen wir weitere Maßnahmen ergreifen und einfordern, zum Beispiel die Einrichtung von Ausreisezentren, in denen ausreisepflichtigen Ausländern ein zentraler Ort geboten wird, um ihr Untertauchen zu verhindern,

(Lachen der Abg. Theresia Bauer GRÜNE)

oder die Einführung einer Beugehaft, wenn Ausländer ihrer Mitwirkungspflicht nicht gerecht werden und zum Beispiel ihr Pass verloren geht.

(Unruhe bei der SPD)

Wenn gefährliche Extremisten aus zwingenden Gründen nicht abgeschoben werden können, ist auch die Prüfung der Sicherungshaft in Baden-Württemberg eine Möglichkeit.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, die öffentlichen Haushalte in Deutschland – auch der in Baden-Württemberg – haben seit Jahrzehnten über ihre Verhältnisse gelebt. Die wichtigste Verbesserung, die wir für die Zukunft zu leisten haben, wird in den nächsten Jahren die Reduzierung der Neuverschuldung sein. Das Ziel eines ausgeglichenen Haushalts ohne Neuverschuldung darf nicht aufgegeben werden. Das sind wir den Bürgerinnen und Bürgern und in besonderem Maße unseren Kindern schuldig. Dies bleibt ein Auftrag im gesamten Jahrzehnt, das vor uns liegt. Dazu bekenne ich mich. Dies wird die Politik von CDU und FDP/DVP in diesem und im nächsten Jahr sowie in den nächsten Jahren in Baden-Württemberg sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Leider sind die Bedingungen dafür nicht günstig. Gestern haben die sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute in ihrem Frühjahrgutachten die Prognosen der Bundesregierung für das Wachstum deutlich nach unten korrigiert. Während die Bundesregierung noch immer von 1,6 % Wachstum in diesem Jahr ausgeht, gehen die Erwartungen der Fachleute auf 0,7 % zurück. 0,7 % Wachstum bedeuten den letzten Platz in Europa, einen hinteren Platz weltweit. 0,7 % Wachstum führen dazu, dass die Zahl der Arbeitsplätze nicht steigt, sondern sinkt. 0,7 % Wachstum führen dazu, dass die Steuereinnahmen in diesem Jahr nicht dem entsprechen, was der Haushalt im Plan vorgesehen hat.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Deswegen brauchen wir Wachstumspolitik. Ohne Wachstum unserer Wirtschaft bekommen wir in den nächsten Jahren die Sanierung unserer Haushalte mit Sicherheit nicht in den Griff.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Christoph Palmer CDU: Ohne Schröder!)

Bei einer ersten Berechnung wird diese Wachstumsprognose von 0,7 % allein in diesem Jahr für Baden-Württemberg Steuermindereinnahmen von über 160 Millionen € verursachen. Wir werden das Ergebnis der Steuerschätzung im Mai abwarten müssen. Möglicherweise werden wir gleich danach über eine restriktive Haushaltsführung entscheiden. Ich schließe eine Haushaltssperre und Teilsperren von För-

(Ministerpräsident Oettinger)

derprogrammen im Juni als Möglichkeiten für den Haushaltsvollzug in Baden-Württemberg ausdrücklich nicht aus, sondern schlage sie als Option, als sinnvolle Instrumente vor.

Auf keinen Fall entstehen neue Spielräume. Unser Ziel bleibt, im Haushaltsvollzug 2005 und 2006 weitere Steuerzufälle ohne neue Schulden zu kompensieren.

Mittelfristig werden wir den Standardabbau, den Aufgabenabbau und die Aufgabenkritik fortführen. Nur dann entsteht der Spielraum, um den Stellenabbau bei den Beamten und Behörden im Land möglich zu machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich baue darauf, dass die Politik der nächsten Jahre mit weniger werdenden Schulden auskommt und das Ziel der Nullnettoneuverschuldung nicht aufgegeben, sondern in unserer Generation noch erreicht wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Birzele SPD: Was ist das für ein Zeitraum?)

– Der Zeitraum geht etwas über Ihre Generation hinaus, Herr Kollege.

(Heiterkeit bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Dann müssen Sie aber lange leben! Dann gehen Sie von 90 Jahren bei sich aus, oder wie?)

Genauso unerlässlich ist eine Betrachtung und wirksame Reform des Länderfinanzausgleichs. Seit 55 Jahren zahlt Baden-Württemberg ein. Wir haben mehr als 50 Milliarden € an andere Länder gezahlt. Ohne diese Zahlungen wäre Baden-Württemberg heute schuldenfrei. Aber trotz dieses Transfers stehen die Empfängerländer in ihrer Struktur heute nicht besser da.

Wir werden im kommenden Jahr die Auswirkungen des neuen Finanzausgleichs sorgfältig bewerten. Wir wollen alle finanzverfassungsrechtlichen Ansatzpunkte prüfen. Wir werden bei anderen Ländern Partner suchen. Auf dieser Grundlage wird Ende 2006 zu entscheiden sein, ob wir mit einer erneuten Klage nach Karlsruhe gehen. Es kann nicht angehen, dass einige Länder vom Bund mehr Geld verlangen, zum Beispiel Bremen, Saarland, Berlin,

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

und dass Baden-Württemberg mehr denn je zahlt und damit das Leistungsprinzip und die Gerechtigkeit gegenüber den Bürgern weiterhin verletzt werden. Diese Prüfung sage ich Ihnen für das nächste Jahr ausdrücklich zu.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Wer hat denn die Regelung gemacht?)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich auch ein offenes Wort zur Vergütung und Altersversorgung von Regierungsmitgliedern im Lande sagen. Was die aktiven Amtsbezüge angeht, werden wir in Baden-Württemberg unserem Ruf der besonderen Sparsamkeit in vorbildhafter Form gerecht: Bei der Höhe der aktiven Bezüge liegen unsere Minister und Staatssekretäre im Vergleich zu den Ministern und Staatsse-

ekretären in den übrigen Flächenländern in Westdeutschland auf dem letzten, sparsamsten Platz. Und auch bei der Mindestamtszeit, also der Amtszeit, bis ein Ruhegehaltsanspruch entsteht, legt kein Land einen strengeren Maßstab und längeren Zeitraum an als wir. Dennoch sehe ich Reformbedarf. Wir sollten gemeinsam überlegen, ob es nicht sinnvoll ist, in Zukunft die Ruhegehälter abzusenken und gleichzeitig die Aktivbezüge zu erhöhen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich glaube, dass der Bürger in Anbetracht der Gehälter in der freien Wirtschaft bereit wäre, dem Minister, dem Staatssekretär, der 14 Stunden pro Tag arbeitet, in den aktiven Jahren mehr zu geben, wenn als Gegenleistung dafür der Ruhegehaltsanspruch entsprechend abgesenkt wird.

(Abg. Drexler SPD: Das haben Sie doch vor zwei Monaten abgelehnt!)

– Herr Kollege Drexler, die Erhöhung der Aktivbezüge haben Sie noch nie vorgeschlagen, weil Sie wissen, dass Sie nie in einer Regierung in Baden-Württemberg sein werden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sie haben alles abgelehnt! Sie haben sogar die Anrechnung von Privateinkünften abgelehnt!)

Bei diesem Thema sollte es aber keinen Streit zwischen den Parteien geben. Deswegen kündige ich an, dass ich dieses Thema in die Ministerpräsidentenkonferenz bringen werde.

(Abg. Drexler SPD: Ach so!)

Ich werde Herrn Steinbrück und seinen Nachfolger, Herrn Beck und seinen Nachfolger, Herrn Wulff und andere ausdrücklich darum bitten, darüber nachzudenken, ob es in Zukunft nicht zumutbar ist, in allen Regierungen im bundesweiten Maßstab einerseits die Vergütung in den aktiven Jahren um 10 bis 20 % zu erhöhen und andererseits den Ruhegehaltsanspruch abzusenken und zeitlich zu verzögern sowie den Ministern mehr Eigenverantwortung zu geben.

(Abg. Drexler SPD: Das kann Baden-Württemberg alleine regeln! Das ist der Föderalismus!)

Das entspricht der Erwartung der Bürger. Machen Sie mit! Überlegen Sie, ob dies auch Ihre Zustimmung finden kann.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Wir können das in Baden-Württemberg sofort machen! Da machen Sie aber nicht mit! Wir sind ein eigenständiges Land!)

Die Regierung steht der Privatisierung von Landesbeteiligungen positiv gegenüber. Wer Beteiligungen verkaufen will, muss wissen, dass ein Sparschwein nur einmal geschlachtet werden kann. Deswegen kommen Verkaufsmaßnahmen nur dann in Betracht, wenn dies strukturpolitisch und ordnungspolitisch sinnvoll erscheint und ein nachhaltiger Nutzen für das Land entsteht.

Konkret prüfen wir derzeit, ob wir die Beteiligung des Landes an der Staatsanzeiger für Baden-Württemberg GmbH,

(Ministerpräsident Oettinger)

die Beteiligung an den Schwäbischen Hüttenwerken und andere Beteiligungen verkaufen. Dabei muss klar sein: Der Auftrag muss weiter erfüllt werden. Arbeitsplätze im Land sind ein hohes Gebot.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Die Landesregierung treibt nicht nur den Verkauf von Beteiligungen voran, wir streben auch Privatisierungskonzepte in der Verwaltung an. PPP ist kein Fremdwort bei uns.

(Beifall des Abg. Theurer FDP/DVP)

Im Rahmen eines Pilotprojekts werden wir die Verwertung von landeseigenen Immobilien an private Gesellschaften übertragen. Auch hier hat Wirtschaftlichkeit hohe Priorität. Wir werden die Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken in vollem Umfang zur Senkung der Nettoneuverschuldung verwenden.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

In diesem Zusammenhang werden wir auch prüfen, ob Effizienzgewinne im Bereich des Landesbetriebs „Vermögen und Bau Baden-Württemberg“ und ein entsprechender Stellenabbau möglich sind.

Wir haben im Justizbereich die Absicht, das Amt des Gerichtsvollziehers in einen privatbürgerlichen Beruf zu überführen. Zur Zukunft der Notariate in Baden-Württemberg warten wir das Urteil des Europäischen Gerichtshofs ab und werden dann in einer kleinen Arbeitsgruppe mit den Notarvertretern im Land prüfen, mit welchem Notarprofil, mit welchem Notarberuf Baden-Württemberg europatäglich in die Zukunft geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der öffentliche Dienst in Baden-Württemberg leistet hervorragende Arbeit und verdient unseren Respekt. Ein Beispiel: Baden-Württemberg weist bundesweit die geringste Richterdichte auf, hat dennoch die kürzesten Verfahrensdauern und nimmt bei der Erledigung von Fällen einen Spitzenplatz in Deutschland ein.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Jawohl!)

Das heißt, wir haben gute und fleißige Richter, gute Justizangestellte, gute Staatsanwälte. Ich setze auch in Zukunft auf eine schlanke, effiziente und kompetente Justiz in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Generell: Unsere Mitarbeiter haben in den letzten Jahren bei Einschnitten mitgemacht und damit einen Beitrag zur Konsolidierung des Haushalts geleistet. Für das künftige Miteinander von Beschäftigten und Landesregierung sind mir zwei Dinge wichtig: Vertrauen und Dialog.

Erstens: Dialog heißt für mich, dass von mir das Gespräch mit allen Beschäftigten im Land, ihren Vertretungen und den Gewerkschaften gesucht wird.

Zweitens: Vertrauen heißt, dass auch neuen Modellen der Arbeitszeitgestaltung, die in der Wirtschaft schon bestehen, im öffentlichen Dienst eine Chance gegeben werden muss. Ziel muss es sein, durch intelligente Arbeitszeitmodelle vor allem Frauen die Chance zu bieten, Kinderbetreuung und Berufstätigkeit auch bei den Behörden des Landes besser zu vereinbaren.

Drittens: Gute Arbeit verdient auch eine leistungsgerechte Bezahlung. Wir müssen im Dialog mit dem Beamtenbund und den Gewerkschaften Lösungen finden, die den Haushalt nicht belasten und die dennoch Anreize bringen, sodass gute Arbeit von guten Beamten besser als bisher belohnt wird und dadurch die Arbeit insgesamt gestärkt werden kann.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Viertens: Zur Offenheit gehört auch Ehrlichkeit. Das gilt zum Beispiel beim Thema „Altersvorsorge im öffentlichen Dienst“. Private Eigenvorsorge wird für alle Bürger – auch für Beamte – immer wichtiger. Die Landesregierung wird deswegen prüfen, ob die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei der Förderung der privaten Altersvorsorge nicht die gleichen Möglichkeiten erhalten sollten, wie sie in der Wirtschaft, im privaten Bereich schon derzeit bestehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen uns in Deutschland endlich wieder auf die Grundzüge unserer bundesstaatlichen Ordnung zurückbesinnen: Vorfahrt für kleine Einheiten, Aufbau des Staates von unten nach oben, klare Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten für alle Entscheidungsebenen von der Gemeinde bis zur Europäischen Union.

Der Bund hat mehr und mehr Kompetenzen an sich gezogen und die Länder entmündigt.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Das war schon der Beitrag der großen Koalition. Ich schließe bei dieser Veränderung, bei dieser Verschlechterung meine Partei in den letzten Jahrzehnten ausdrücklich ein.

Die Föderalismusreform ist im ersten Anlauf gescheitert, weil der Bund den Ländern mehr Freiheit zur Eigengestaltung verweigert hat und in der Bildungsplanung verstärkt mitbestimmen will. Dagegen müssen sich die Länder wehren, auch und gerade im Interesse des hohen Hauses, des Parlaments, der Landtage bundesweit. Baden-Württemberg steht für einen neuen Anlauf in diesem Jahr bereit.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Weiß Herr Koch das auch schon? – Zurufe von der SPD)

Aber die Grundbedingung, Kollege Drexler und Kollege Kretschmann, muss sein, dass der Bund nicht mehr in der Bundespolitik

(Abg. Drexler SPD: Bildungspolitik!)

– nicht mehr in der Bundespolitik – über Bildung und Betreuung mitreden will, sondern sich aus der Bildungsplanung etwas zurückzieht.

(Ministerpräsident Oettinger)

(Abg. Schmiedel SPD: Aber das Geld soll er zuschießen! – Abg. Drexler SPD: Aber Geld soll er zur Verfügung stellen!)

Die Kultuskompetenz ist der Schlüssel dafür, dass die Föderalismusreform in Deutschland gelingen kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir werden die Leistungsfähigkeit unserer Kommunen auch in Zukunft wahren. Wir benötigen eine grundlegende Neuordnung der Gemeindefinanzen auf Bundesebene, und wir tragen weiter für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung Verantwortung. Dies kann nur durch einen grundlegenden Systemwechsel erreicht werden. Aus meiner Sicht wäre es richtig, die Städte und Gemeinden nicht nur an der Einkommensteuer, sondern auch an der Körperschaftsteuer zu beteiligen und dazu den Kommunen ein Zuschlagsrecht zu geben.

(Abg. Drexler SPD: Das wird aber teuer!)

Damit könnte die Gewerbeertragsteuer, die nicht mehr zeitgemäß ist, abgeschafft werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Bravo!)

Ein solcher Systemwechsel, der die Steuerbelastung der Bürger nicht erhöhen darf,

(Abg. Drexler SPD: Ja was denn dann?)

wird die Eigenverantwortung der Kommunen stärken und ihre Einnahmen, die derzeit viel zu stark von der Konjunktur abhängig sind, stabilisieren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

In eine Gemeindefinanzreform müssen aber auch die Ausgabenseite und die Aufgabenseite einbezogen werden. Vor allem gilt es, die Dynamik bei den Sozialleistungen zu begrenzen, die eine zu schwere Hypothek und Belastung für die Kommunen geworden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Weiterhin, meine Damen und Herren, werden wir uns dagegen wehren, dass Berlin und Brüssel unseren Kommunen ständig neue Aufgaben aufbürden, ohne die notwendigen Finanzmittel dafür bereitzustellen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD, u. a. des Abg. Junginger)

Wer Aufgaben schafft, wer Pflichten erstellt, muss auch die dafür notwendigen Mittel bringen. Ansonsten handelt er ungerecht und nicht partnerschaftlich.

(Abg. Birzele SPD: Das ist aber Kompetenz des Landes! Es ist Verpflichtung des Landes! – Weitere Zurufe von der SPD)

Es ist mir ein Anliegen, die bewährte Finanzpartnerschaft zwischen Land und Kommunen zu erhalten. Die Zeiten sind

hart. Sie verlangen von Land und Kommunen schmerzhaft Einschränkungen. Ich sage den Kommunen zu, gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden nach verträglichen Lösungen zu suchen. Eine faire finanzielle Behandlung wird auch in Zukunft das Ziel unserer Politik sein.

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren, die Landtage haben nicht nur an den Bund und an die EU legislative Aufgaben verloren oder abgegeben, sondern sie haben auch an die Exekutive Aufgaben abgegeben, die eigentlich Landtagsangelegenheiten sind. Wer Landesgesetze betrachtet, wird erkennen, dass die Zahl der Ermächtigungen für Verordnungen und Erlasse zu hoch ist. Hier müssen wir für klare Verhältnisse sorgen. Die Regierung verfolgt das Ziel, die Rechtsetzung wieder verstärkt im Landtag zu bündeln.

Eine Reihe von Verordnungsermächtigungen beruhen auf Bundesgesetz, zum Beispiel dem Gaststätten- und dem Landenschlussgesetz. Wir setzen uns dafür ein, dass auch diese Regelungskompetenz dem Landesgesetzgeber übertragen wird. Ich biete dem Landtag noch in diesem Jahr an, in einem ersten Paket einige Landesgesetze daraufhin zu prüfen, ob Verordnungsermächtigungen zurückgenommen und die Inhalte in das Gesetz übertragen werden können, damit die vollständige Regelung Landtagsangelegenheit wird und nicht zum Teil Minister- und Regierungsangelegenheit ist. Dadurch erreichen wir mit eigenen Mitteln eine Stärkung des Parlaments.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen)

Verehrte Kolleginnen, liebe Kollegen, stabiles Wachstum entsteht aus der Verbindung von Bewährtem und Neuem. Das gilt in der Natur, und das gilt genauso für meine Vorstellungen von Nachhaltigkeit in der Wirtschaft insgesamt. Der Schutz von Umwelt und Natur ist kein Selbstzweck, sondern als „weicher“ Standortfaktor wichtig. Baden-Württemberg ist geprägt von reicher Vielfalt natürlicher Lebensräume. Diese Vielfalt werden wir bewahren und erhalten.

Mein besonderer Dank gilt den Natur- und Umweltverbänden, die zur Pflege und zum Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen einen ebensolchen Beitrag leisten wie die, die als Eigentümer und Pächter für die Landbewirtschaftung verantwortlich tätig sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Zurzeit arbeiten wir an einer Novelle zum Landesnaturschutzgesetz. Wir wollen ein modernes, effektives und bürgerfreundliches Naturschutzgesetz schaffen. Auch hier gilt: Wir setzen um, was umgesetzt werden muss. Wir wollen unser hohes Schutzniveau nicht senken. Aber eine zusätzliche Verschärfung über die Vorgaben von Brüssel und Berlin hinaus kann nicht die Politik der nächsten Jahre in Baden-Württemberg sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir wollen auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Münsingen ein Biosphärenreservat, ein Biosphärengebiet in Baden-Württemberg entstehen lassen. Solche Gebiete sind keine Landschaftsmuseen. Ihr Grundgedanke heißt: Schutz der Kulturlandschaft durch schonende Nutzung. Neben dem

(Ministerpräsident Oettinger)

Erhalt der Natur haben Biosphärengebiete die Aufgabe, den Tourismus und die Umweltbildung anzuregen und die regionale Wirtschaft zu fördern. Dies wollen wir in Münsingen für die Region der Alb in den nächsten Jahren ausdrücklich tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Natur ist ein wertvolles Kapital für den Tourismus, der immerhin 8 % des Bruttoinlandsprodukts von Baden-Württemberg erwirtschaftet. Tourismus, Hotel- und Gastronomiegewerbe machen 8 % unserer Wirtschaft aus. Wir werden den Tourismus auch in Zukunft stärken, indem wir neue Zielgruppen erschließen. Ich denke an junge Leute, die von einem Urlaub nicht nur Erholung, sondern auch Sport, Spaß und Action erwarten.

Wir schlagen vor, aus den regulären Tourismusinvestitionsmitteln in Höhe von 5 Millionen € innovative Angebote des „jungen Tourismus“ für unsere Kinder zu entwickeln, damit sie nicht unbedingt eine Flugreise in den Süden unternehmen müssen, sondern auch in Baden-Württemberg einen Action-, Fun- und Erlebnisurlaub verbringen können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Kiefl CDU: Bravo!)

Meine Damen und Herren, 2006 ist unsere Landeshauptstadt und ist Baden-Württemberg Gastgeber des größten Sportereignisses des Jahres: der Fußballweltmeisterschaft. Unser Land wird sich bei diesem Anlass nicht nur als perfekter Ausrichter, sondern auch als hochkarätige Wirtschafts-, Tourismus- und Kulturregion präsentieren. Zusammen mit der Stadt Stuttgart, mit Vertretern des Sports, mit anderen Städten und mit Vertretern der Wirtschaft wird die Regierung eine Steuerungsgruppe bilden, die dieses Großereignis koordiniert und dafür sorgt, dass sich Stuttgart und Baden-Württemberg den Gästen aus der ganzen Welt, die im nächsten Jahr hier sind oder die uns über die Fernsehbilder sehen, als Erlebnisland, Wirtschaftsland und Tourismusland und als gastfreundliches Land bestens präsentieren können. Dies ist eine einmalige Chance für Stuttgart und Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, zu den drängenden Fragen im Umweltbereich gehört die Feinstaubproblematik, die aktuell in der Diskussion steht. Wir nehmen das Thema sehr ernst. Ich halte nichts davon, eine Debatte über die Höhe des von der EU festgesetzten Grenzwerts zu führen.

(Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das ist ein Fortschritt! – Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Wer in Brüssel das Rad zurückdrehen will, handelt, glaube ich, ohne große Chancen, und er handelt nicht vor Ort.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Das hat Erwin Teufel anders gemacht!)

Dies wird nicht unsere Politik sein. Stattdessen wollen wir eine konsequente Reduktionsstrategie entwickeln. Es geht darum, den Feinstaubanteil in der Luft mittelfristig und dau-

erhaft zu verringern. Unser Ministerium für Umwelt erarbeitet zurzeit ein entsprechendes Maßnahmenpaket. Die Vorarbeiten sind weitgehend abgeschlossen. In den nächsten Wochen werden wir entscheiden, mit welchen Maßnahmen wir rasch und wirksam eine Minderung bei den Feinstaubwerten erzielen können: im Verkehr, in den Haushalten und auch in der Industrie.

Dabei werden wir neben verkehrslenkenden Maßnahmen auch Verbesserungen bei der Fahrzeugflotte, Angebotsausweitungen im ÖPNV, eine Verbesserung der Straßenreinigung sowie Maßnahmen zur Nachrüstung prüfen. Auch in Industrie und Gewerbe kann emissionsbegrenzende Technik eingesetzt werden. Technologie statt Verbote,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

nicht Ideologie, sondern moderne Methoden, die technisch möglich sind, wird die Politik in Baden-Württemberg zugunsten der Gesundheit unserer Menschen verfolgen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, auch in einem weiteren Punkt bleibt die Politik in Baden-Württemberg klar: In der Frage der Fluglärmbelastung durch den Flughafen Zürich-Kloten halten wir an unserer bisherigen Position fest. Wir wollen eine faire und gleichmäßige Verteilung der Fluglärmbelastung auf die gesamte Umgebung des Flughafens und nicht eine überproportionale Belastung des Südens von Baden-Württemberg.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, unser Land ist geprägt von einer besonders abwechslungsreichen Kulturlandschaft. Diese Vielfalt von Feldern, Wiesen und Wäldern unterscheidet uns von vielen anderen Regionen europaweit. Das ist ein Standortvorteil für unser Land. Es ist besonders wichtig, dass sich die Menschen bei uns wohl fühlen, dass sie in der Kulturlandschaft einen Ausgleich finden, dass sie unsere heimischen Spezialitäten genießen können. Kultur und Kulinarisches bleiben eine Stärke Baden-Württembergs.

Die Regierung bekennt sich zu unserer bäuerlichen, umweltgerechten Landwirtschaft, zu einer flächendeckenden und standortangepassten Landwirtschaft mit entwicklungsfähigen Familienbetrieben. Wir sagen Ja zu einer wettbewerbsfähigen Land- und Forstwirtschaft. Wir sagen Ja zur heimischen Produktion von Lebensmitteln, Ja zu Holz aus unseren Wäldern, Ja zur Pflege und Offenhaltung unserer Kulturlandschaft.

Unsere Landwirte und Forstwirte, Gärtner, Weingärtner und Winzer bewirtschaften unser Land besser und günstiger, als ein staatlich bestellter Landschaftspfleger das könnte. Durch unsere Familienbetriebe haben wir im Grunde genommen wenig Staat und viel Markt.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Aber sie stehen europaweit in einem harten Wettbewerb. Die Agrarreform bringt neue Herausforderungen. Brüssel und Berlin regieren immer stärker in die Höfe hinein. Wir dürfen es nicht zulassen, dass bei uns Felder brachliegen,

(Ministerpräsident Oettinger)

Wiesen zuwachsen. Wir wollen auch in Zukunft, dass jeder Ackerboden, jede Wiese und jeder Wald in Baden-Württemberg durch Familienbetriebe bewirtschaftet werden. Dies wird auch die Grundvoraussetzung für die Steuerung unserer Programme für die zweite Einkommenssäule sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg ist ein starkes Land. Wir kennen die Grundlagen unseres Erfolgs. Sie heißen Arbeit, Fleiß, Ideenreichtum und Selbstständigkeit. Sie gelten im Ballungsraum genauso wie auf dem Land, in Baden genauso wie in Württemberg, in der Industrie und Hochtechnologie genauso wie im Handwerk, in der Dienstleistung und in der Landwirtschaft.

Unsere ländlichen Räume sind ein starkes Stück Baden-Württembergs. Das soll auch in Zukunft so bleiben. Deswegen fördert die Regierung gemeinsam mit den Kommunen das Wohnen und Arbeiten im ländlichen Raum. Die neue Regierung weiß sich den Menschen im ländlichen Raum genauso verpflichtet wie den Bürgern in den Städten und Ballungsräumen Baden-Württembergs. Wir lassen keine Region des Landes im Stich.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Und dies gilt aktuell auch für die Gemeinden im Land, aus denen sich die Bundeswehr zurückziehen muss. Hier ist der Bund in der Pflicht. Aber das Land soll einen Beitrag dazu leisten, dass Konversion auch in Baden-Württemberg in jeder Standortgemeinde Zukunft ermöglicht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

In den großen Städten, Stuttgart, Mannheim, Karlsruhe, Freiburg und anderen, gibt es eine Vielfalt von Milieus und Lebensgefühlen. Diese Verschiedenheit ist nicht frei von Konflikten, aber sie stellt auch eine Bereicherung dar. Wir plädieren für ein Miteinander von Jung und Alt, von Ausländisch und Deutsch. Auch die Ballungsräume werden in der Regierung in den nächsten Jahren einen fairen Partner sehen.

Schließlich brauchen wir in den Städten eine spezielle Sicherheitsarchitektur. Wir wollen noch stärker Prävention: Kommune, Polizei, die Einrichtungen vor Ort. Wir wollen, dass auch die Großstadt ein sicherer Ort für Bürger, für Jung und Alt in den nächsten Jahren bleibt.

Besondere Beachtung verdienen das Thema „Wohnen im Alter“ und der Pflegeheimbau. Wir werden den Bau von Pflegeheimen noch so lange unterstützen, wie es Nachholbedarf gibt, steigen aber mittelfristig aus der Förderung aus, weil der Markt die entsprechenden Angebote genauso anbieten wird.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, nach mehr als 50 Jahren steht fest: Baden-Württemberg ist ein Musterbeispiel für eine gelungene Länderneugliederung. Wie in jeder guten Ehe gibt es auch da Spannungen: zwischen Baden und Württemberg,

zwischen Nord und Süd. Aber die Gesamtbilanz ist eindeutig positiv. Wir setzen auf eine ausgewogene Entwicklung aller Landesteile, was ich am Beispiel von Investitionen, bei der Landesplanung angefangen, begründen kann.

In Karlsruhe und Mannheim investieren wir jeweils rund 35 Millionen € in große Bauprojekte. Wir fördern Mannheim beim Stadtjubiläum im Jahr 2007 und sanieren die Stadt mit. Ich will mich für Karlsruhe dafür einsetzen, dass die Erweiterung des Generallandesarchivs und der Ausbau der Musikhochschule noch in den nächsten beiden Jahren geplant und begonnen werden können.

In Freiburg wenden wir 31 Millionen € für Baumaßnahmen auf. Den Schwerpunkt bildet die Universität. Auch in Stuttgart steht der Bereich der Universität im Mittelpunkt. In Stuttgart werden 30 Millionen € investiert. In Ulm wird der Neubau der Chirurgie mit knapp 30 Millionen € unser Schwerpunkt sein.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

All dies zeigt, dass die Städte in Eigenverantwortung sind. Aber dort, wo es um große Maßnahmen und Landeseinrichtungen geht, wird das Land seinen Aufgaben trotz knapper Kassen in den nächsten Jahren gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Zu einer ausgewogenen Entwicklung gehört auch eine Vernetzung über die Grenzen hinweg. Entlang der Rheinschiene werden wir die Europäische Metropolregion Oberrhein in Stufen entwickeln, zunächst Mannheim. Aber auch Karlsruhe und Freiburg, der Raum bis nach Basel gehören angebunden. Ich sehe in der Metropolregion, der zweiten in Baden-Württemberg, eine Chance für das Land. Aber Karlsruhe und Freiburg gehören hinzu. Auf Dauer darf nicht Mannheim allein in der zweiten Region sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das Bild unseres Landes in der Öffentlichkeit wird nicht nur von Erfolgen der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Bildung geprägt, sondern Millionen von Bürgerinnen und Bürgern sind es, die unentgeltlich für das Gemeinwesen und ihre Mitmenschen stehen. Diesen aktiven Mitbürgern gilt unser Dank. Wir wollen noch mehr aktive Bürgergesellschaft als Leitbild für Baden-Württemberg erreichen. Baden-Württemberg muss weiter eine aktive Bürgergesellschaft mit viel Ehrenamt sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

40 % unserer Einwohner arbeiten ehrenamtlich mit. Das ist deutscher Rekord.

(Abg. Capezzuto SPD: 50 % Sportförderung dafür gekürzt! – Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Capezzuto ist noch da! – Abg. Capezzuto SPD: Auch ein Dank! Das ist der Dank!)

– Sie wissen, Herr Kollege, dass jeder Übungsleiter in Baden-Württemberg eine Pauschale bekommt

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

(Ministerpräsident Oettinger)

und dass Baden-Württemberg den Ländervergleich auch im Bereich des Sports hervorragend besteht.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt ja gar nicht!)

Spitzensport und Breitensport stehen im Land gut da. Dies hat mit Sportvereinen, Kommunen und auch der Landespolitik zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

110 000 Menschen arbeiten bei der freiwilligen Feuerwehr, 40 000 arbeiten beim Sport. Denken Sie an Chöre, Theatergruppen, die kirchlichen Bereiche, die sozialen Dienste. Hier leisten Laien hochkompetente Arbeit. Ohne diese Arbeit wäre unser Land ärmer und kälter. Ich möchte allen Bürgern danken, die auf diese Weise für sich Freizeit gestalten, anderen Menschen helfen, Gemeinschaft stiften. Hier ist die Stärke unseres Landes, hier ist Baden-Württemberg stark.

Aus dem breiten Spektrum des Ehrenamts will ich heute nur einen stellvertretend herausgreifen, der im wahrsten Sinne die Menschen bewegt: Der Sport ist mit Abstand die größte Bürgerbewegung Baden-Württembergs. Auch der Sport ist von Einschnitten nicht verschont geblieben, das stimmt.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Aber wir werden dafür sorgen, dass der Sport auch in Zukunft Planungssicherheit bekommt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Deswegen greife ich die Idee zu einem „Solidarpakt Sport“ als Teil unserer Partnerschaft im Haushalt des Landes auf. Ich werde mich bald mit den Sportbünden und dem Landessportverband an einen Tisch setzen, um zu besprechen, wie man in der mittelfristigen Planung feste Zusagen machen kann, damit der Sport weiß, mit welchen Landesgeldern er bauen, planen und Sportarbeit vor Ort finanzieren kann.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Was ist mit der Strukturveränderung? – Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Capezzuto, geh einen Cappuccino trinken! – Gegenruf des Abg. Capezzuto SPD: Das passt euch nicht!)

Zu einer aktiven Bürgergesellschaft gehören auch Betriebe, die sich für das Gemeinwohl einsetzen: durch Spenden, durch Sponsoring, durch Mäzenatentum, durch Freistellung von Mitarbeitern, durch Ermutigung. Diese Corporate Citizenship von Betrieben ist in Baden-Württemberg stark ausgeprägt.

Ich setze darauf, dass unsere Unternehmen bereit sind, dem Land zu helfen, wenn es um Kunst und Kultur, wenn es um Lebensqualität geht. Ich danke allen Betrieben, die jetzt schon bereit sind, im Rahmen ihrer finanziellen Möglichkeiten etwas für den Kulturstandort Baden-Württemberg zu tun.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Kunst und Kultur haben drei Standbeine: den Staat, die Kommune, die Eigeneinnahmen der Kultur selbst. Private Mittel kommen hinzu. Wie viel Kunst und Kultur durch Private gewinnen können, zeigen herausragende Beispiele in Baden-Württemberg: die Kunsthalle Würth in Schwäbisch Hall, die Sammlung Frieder Burda in Baden-Baden, die Sammlung Weishaupt in Ulm, das Museum für Neue Kunst in Karlsruhe.

Ich biete allen Sammlern und Unternehmern im Lande an: Bleiben Sie hier, öffnen Sie sich für unsere Mitbürger! Das Land steht als Partner für Kunst, für eine Partnerschaft zwischen öffentlicher Hand und privaten Mäzenen auch in den nächsten Jahren gerne bereit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Um den Kunstschaaffenden und Kunstsammlern einen Marktplatz zu bieten, kündige ich an, noch in dieser Periode einen Kunst- und Kulturkongress der Landesregierung durchführen, auf dem wir bilanzieren, wo wir stehen, auf dem wir besprechen, wo die zukünftigen Leuchttürme für Kultur in Baden-Württemberg stehen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zu den Faktoren, die das Leben in Baden-Württemberg beeinflussen, gehört auch der demografische Wandel. In keinem anderen deutschen Land ist die Lebenserwartung der Menschen so hoch wie bei uns. Das ist erfreulich und spricht für die Gesundheitsbildung der Menschen und die hohe Lebensqualität im Land.

Die Regierung versteht die Politik für und mit älteren Menschen als Aufgabe aller Fachbereiche. Wir werden das Aktionsprogramm „Ältere Generation im Mittelpunkt“ weiter ausbauen.

Seniorenpolitik darf nicht nur eine Politik für Senioren sein, sie muss auch als Politik mit Senioren gestaltet werden. Unsere Gesellschaft kann auf die Kompetenzen, Fähigkeiten und Erfahrungen älterer Menschen nicht verzichten.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir müssen das Miteinander der Generationen stärken – innerhalb, aber auch außerhalb der Familie. Gerade auf diesem Gebiet liegen große Potenziale. Eine menschliche Gesellschaft braucht beides: rüstige Ältere, die Erfahrungen haben und Fähigkeiten einbringen, junge Menschen, die ehrenamtlich in der Pflege und Betreuung der Älteren mitarbeiten. Bei der Pflege und Betreuung müssen Haupt- und Ehrenamtliche auf gleicher Augenhöhe aktiv sein. Ich setze auf Ehrenamt bei der Pflege der Alten und auf Ehrenamt der Alten, damit die Gesellschaft ihre Erfahrungen nutzt und erfolgreich lebt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, ich habe in den beiden Stunden deutlich gemacht, was mir am Beginn meiner Amtszeit besonders wichtig ist:

Erstens: Stärkung des Standorts Baden-Württemberg für den globalen Wettbewerb.

Zweitens: Ausbau von Bildung und Betreuung nach Bedarf.

Drittens: Profilierung Baden-Württembergs als europäisches Innovationszentrum.

(Ministerpräsident Oettinger)

Viertens: Entwicklung eines schlanken und zugleich starken Staates.

Fünftens: Schutz der Umwelt.

Sechstens: eine Politik für ganz Baden-Württemberg für jede Region.

Last, not least: eine aktive Bürgergesellschaft, die die Menschen anzieht, den Staat entlastet und unserem Menschenbild entspricht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Lassen Sie uns gemeinsam an den besten Lösungen für Baden-Württemberg arbeiten. Lassen Sie uns im Interesse der Menschen im Land einen fairen Wettbewerb der Ideen führen.

Ich lade alle Bürger, die Kirchen, die Verbände, die Gewerkschaften, die Wirtschaft, alle gesellschaftlichen Gruppen zu einem vorbehaltlosen konstruktiven, kritischen Dialog ein, wohin der Weg Baden-Württembergs ökonomisch, kulturell und sozial führen soll.

Viele haben in den letzten Wochen Gespräche mit mir geführt. Ich habe Zuschriften, Vorschläge und Ideen erhalten, für die ich dankbar bin. Die Beteiligung der Mitbürger an der parlamentarischen Arbeit ist wichtig. Das Parlament ist keine geschlossene Einrichtung. Die Regierung ist auf den Rat der Bürger angewiesen. Ich baue darauf, dass die Bürger befähigt und willens sind, mich, die Regierung und das Parlament auch in Zukunft zu beraten.

Lamentieren, meine Damen und Herren, macht krank. Die vorhandenen Probleme mit Zuversicht und Tatkraft anzugehen bringt gesundes Selbstvertrauen, eine Steigerung der Leistungsfähigkeit, Gestaltungskraft und Perspektive für unser Land und weckt die großen Potenziale, die es hier gibt.

Baden-Württemberg ist ein großartiges Land mit fleißigen und innovationsfreudigen Bürgerinnen und Bürgern. Baden-Württemberg ist ein starkes und schönes Land. Baden-Württemberg ist ein Land voller Chancen, Ideen und Möglichkeiten.

Die Chancen zu nutzen und das Land weiter vorn zu halten und noch weiter nach vorn zu bringen, ist und bleibt mein oberstes Ziel. Als Regierungschef bin ich für alle Menschen in Baden-Württemberg da. Ich werde gesprächsbereit auf alle zugehen, wo immer die Möglichkeit besteht. Ich will mich mit meiner ganzen Kraft und allem, was mir gegeben ist, dafür einsetzen, dass unser wunderbares Land in den nächsten Jahren eine gute Regierung hat. Wir arbeiten für unsere Kinder und die nachfolgenden Generationen.

Tatkraft und Selbstvertrauen in schwieriger Zeit, Arbeit schaffen, Sicherheit geben, Heimat bewahren – das verspreche ich, und dafür trete ich an.

Vielen Dank.

(Anhaltender starker Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: „Alter Wein in neuen Schläuchen“ ist das Motto!)

Präsident Straub: Meine Damen und Herren, die Aussprache zur Regierungserklärung erfolgt morgen um 9:30 Uhr.

Ich unterbreche hiermit die Sitzung; Fortsetzung um 14:30 Uhr.

(Unterbrechung der Sitzung 12:22 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 14:30 Uhr)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 5** auf:

Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport – Ganztagschulen in Baden-Württemberg – Investitionsprogramm der Bundesregierung „Zukunft Bildung und Betreuung“ – Drucksachen 13/3979, 13/4197

Das Präsidium hat als Redezeiten für die Begründung fünf Minuten und für die Aussprache fünf Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erhält Herr Abg. Drexler.

(Abg. Wieser CDU: Was, der Drexler selber?)

Abg. Drexler SPD: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mir überlegt: Bei dieser Aktuellen Debatte muss man ja auf das eingehen, was der Ministerpräsident heute Morgen zu dem Thema Ganztagschule gesagt hat.

(Abg. Wieser CDU: Herr Präsident, Herr Zeller will sprechen!)

Ich muss sagen: Das, was hier der Herr Ministerpräsident von sich gegeben hat, stößt ja jeden anständigen Föderalisten vor den Kopf. Darauf gehe ich nachher noch einmal ein.

(Abg. Capezzuto SPD: Wo ist die Frau Ministerin? – Abg. Dr. Caroli SPD: Bei allem Feiern, das geht zu weit! – Abg. Braun SPD: Wo ist denn die Ministerin? – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Da ist doch der Staatssekretär!)

– Dann stellt doch den Antrag.

(Zurufe von der SPD)

Das kann doch ich nicht machen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Drexler, Sie haben ja das Wort.

Abg. Drexler SPD: Herr Präsident, dann stelle ich den Antrag, die zuständige Ministerin in den Plenarsaal zu zitieren, und bitte um sofortige Abstimmung.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Absolute Mehrheit!)

Stellv. Präsident Birzele: Ich lasse über diesen Antrag zur Geschäftsordnung abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe!

(Abg. Wacker CDU: Deutlich abgelehnt! – Ministerin Dr. Annette Schavan betritt den Plenarsaal. – Unruhe)

– Der Antrag ist angenommen. Die Frau Ministerin ist aber bereits erschienen.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Abg. Drexler SPD: Das finde ich schön, dass die Frau Ministerin unserem Wunsch folgt und in vorauseilendem Gehorsam schon in den Saal kommt. Recht herzlichen Dank!

(Abg. Wintruff SPD: Sie wurde herbeizitiert! – Abg. Capezzuto SPD: Sie ist ganz außer Atem!)

Ich brauche nicht mehr viel über die Erfolgsgeschichte des Programms „Zukunft Bildung und Betreuung“ zu erzählen. Wir haben vom Bund insgesamt 528 Millionen € für die Wahrnehmung einer Landesaufgabe geschenkt bekommen. Wir haben in der Zwischenzeit – –

(Abg. Wieser CDU: Was heißt „geschenkt bekommen“?)

– Natürlich geschenkt bekommen. Das ist geschenkt, weil der Bund für diese Aufgabe nicht zuständig ist, Herr Kollege Wieser. Er hat hier überhaupt keine Zuständigkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Blenke CDU: Warum macht er es dann? – Abg. Seimetz CDU: Es ist eine Veruntreuung von Steuergeldern, wenn er nicht zuständig ist und es trotzdem macht!)

Der Bund war der Auffassung, dass Ganztagschulen in Deutschland nicht so vertreten sind, wie sie es sein sollten. Deswegen hat er dieses Angebot im Volumen von 4 Milliarden € gemacht, und diese 4 Milliarden € sind verteilt worden.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Wieser: Hat der Bund Geld übrig? – Gegenruf des Abg. Wintruff SPD: Blasen Sie sich nicht so auf! Bretten wurde auch geschenkt!)

Nachdem die Kultusministerin – –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Drexler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Wieser?

Abg. Drexler SPD: Ja, natürlich, wenn sie auf die Redezeit nicht angerechnet wird.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Abg. Wieser.

Abg. Wieser CDU: Herr Kollege, da Sie das Wort „geschenkt“ benutzt haben, frage ich: Wer hat es denn geschenkt? Die Bürger? Und hat der Bund Geld übrig, um es zu verschenken?

Abg. Drexler SPD: Der Bund hätte mit dem Geld auch etwas anderes machen können.

(Abg. Wieser CDU: Das meine ich auch!)

– Ja, das hätte er jederzeit machen können.

(Abg. Wieser CDU: Er hätte Schulden tilgen können!)

– Nein, er hätte alles Mögliche – –

(Abg. Wintruff SPD zu Abg. Wieser CDU: Bretten! Herr Kollege, Bretten! Wie wäre das gewesen? – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Stottern Sie doch nicht, wenn Sie mit mir reden! – Gegenruf des Abg. Wintruff SPD: Millionen!)

– Kollege, willst du vorkommen und reden?

(Abg. Braun SPD: Einigen Sie sich doch, verdammt noch mal!)

Willst du da vorne reden?

(Unruhe bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Ruhe und darum, weniger Zwischenrufe zu machen. Dann kann der Redner ungestört zu Wort kommen.

Abg. Drexler SPD: Ich will noch einmal sagen: Der Bund hat 528 Millionen € zur Verfügung gestellt. Davon hat das Land seine Eliteschule mit 10 Millionen € bezahlt; das hätte das Land ja selber bezahlen müssen. Das Land hat von dieser Summe die Umstellungen der Gymnasien auf G 8 bezahlt; das hätte das Land eigentlich alleine zahlen müssen und hätte natürlich über die Schulbauförderung alles selber finanzieren müssen. 528 Millionen €!

Wie war das denn am Anfang? Die Frau Ministerin wollte das Geld gar nicht.

(Abg. Schmiedel SPD: Ablehnen wollte sie! – Abg. Capezzuto SPD: Sie ist auch keine Schwäbin!)

Die Frau Ministerin hat von einem „Gag aus Berlin“ gesprochen

(Abg. Dr. Caroli SPD: Das steht im Protokoll!)

und hat dann noch gedacht, dass es vielleicht ganz gut wäre, wenn man bei der Vergabe das Windhundverfahren einführen würde. Im Übrigen ist Baden-Württemberg das einzige Bundesland, das das Windhundverfahren angewendet hat.

(Abg. Wacker CDU: Stimmt nicht!)

– Ja, ja. Da kommen wir nachher drauf.

(Abg. Wacker CDU: Da kommen wir drauf! – Abg. Schebesta CDU: Hoffentlich wird das richtig gestellt!)

Baden-Württemberg ist das einzige Bundesland, das dieses Verfahren angewendet hat. Beim Windhundverfahren, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen die Ausgangsvorausset-

(Drexler)

zungen gleich sein. Die waren aber in Baden-Württemberg nicht gleich.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Göschel SPD: Das ist das Problem!)

Das ist auch ganz klar. Die Privatschulen hatten selbstverständlich Ausbaupläne in der Tasche, weil es schon private Ganztagschulen gab. Das ist klar.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Es gab Städte, die sich das schon früher überlegt hatten,

(Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

und es gab größere Städte, die gesagt haben, sie wollten alle Schulen gemeinsam einbeziehen.

(Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

Deswegen ist dieses Windhundverfahren völlig falsch gewesen.

(Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

Es gab andere Länder wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen, die gesagt haben: Grundschulen und Hauptschulen. Das wäre ja vernünftig gewesen.

(Abg. Schebesta CDU: Hätten Sie es vorgeschlagen!)

– Wir haben hier einmal darüber diskutiert. Da waren Sie vielleicht nicht dabei. – Es gab andere Länder, die nicht 90 %, sondern 70 % gewährt haben. Warum sind Sie denn da nicht draufgekommen? Ich will es Ihnen sagen: weil Sie alle diese permanente Behauptung, es gebe keinen Bedarf, so im Kopf hatten, dass Sie überhaupt nicht draufkommen konnten, dass 900 Schulen einen Antrag hätten stellen können. Das ist das Problem.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Zuruf des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Sie von der CDU haben die Wirklichkeit in Baden-Württemberg nicht zur Kenntnis genommen. Das ist der Punkt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Schebesta CDU: Haben Sie es vorgeschlagen?)

Jetzt, liebe Kolleginnen und Kollegen, kommt der Ministerpräsident und fordert Geld vom Bund. So etwas hätte Herr Teufel nicht gemacht:

(Abg. Wieser CDU: Was, Herr Teufel wird von Ihnen gelobt?)

sich auf der einen Seite als Föderalist hinzustellen und zu fordern, der Bund solle sich aus dem Bildungsbereich heraushalten, zu erklären,

(Abg. Kiefl CDU: Ja, natürlich!)

der Bund habe in der Bildung nichts zu sagen – dafür sind wir auch –, aber auf der anderen Seite dem Bund zu sagen: „Jetzt gib doch wenigstens noch Geld, damit wir unsere Bildungsaufgaben erledigen können.“ Das ist ja nun wirklich die tollste Geschichte.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Kiefl CDU)

Das Schönste ist dann: Sie fordern den Bund auf, uns die Mittel zur Verfügung zu stellen, die in anderen Ländern nicht gebraucht werden.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Das geht verfassungsmäßig gar nicht. Denn es ist eindeutig klar, dass Mittel, die in anderen Ländern nicht gebraucht werden, in den Haushalt zurückfließen. Wenn der Bund etwas Neues macht, dann muss er mit allen Bundesländern wieder reden. Wenn ein Bundesland davon etwas nicht will, erhalten statt 15 eben nur 14 Länder Mittel. Aber die Vorstellung, die der Ministerpräsident hier formuliert hat, ist überhaupt nicht realisierbar. Wenn der Bund einem einzigen Land Geld für irgendetwas geben würde, was Ländersache wäre, wäre der Ministerpräsident als Erster dagegen.

(Abg. Blenke CDU: Die Aussprache über die Regierungserklärung ist morgen!)

Sie tischen den Baden-Württembergern Unwahrheiten auf. Sie behaupten, der Bund würde kein Programm machen. Der Bund hat immer erklärt, er gebe 528 Millionen € für Baden-Württemberg. Das war ein Geschenk. Mehr gibt es nicht.

(Abg. Wieser CDU: Geschenk! Wenn ich das Wort schon höre, geht mir ein Knopf auf! Das ist doch ein Skandal! Bürgergeld vergeben Sie, keine Geschenke!)

– Regen Sie sich doch jetzt nicht so auf! Es war ein Geschenk.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU – Gegenrufe von der SPD)

Er hätte die 4 Milliarden € des gesamten IZBB-Programms auch für etwas anderes ausgeben können. Er hätte die 4 Milliarden € auch in die Rente stecken können. Das hat er nicht gemacht, weil er die Ganztagschulen fördern wollte.

Dass Sie sich so aufregen, freut mich ja. Klar ist: Sie stehen mit der überwiegenden Mehrheit der Oberbürgermeister nicht im Einklang. Die Oberbürgermeister wollen ein Landesprogramm. Der neue Minister für Arbeit und Soziales hat als Vorsitzender der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU ein Landesprogramm gefordert.

(Abg. Kiefl CDU: Teure Falle!)

Die Oberbürgermeister und der Städtetag haben sich auch entsprechend geäußert. Ich werde Ihnen nachher in der zweiten Runde noch einige Briefe vorlesen, wie sich manche Landesteile von der Landesregierung benachteiligt fühlen, weil das Verfahren völlig falsch war

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

und dazu geeignet ist, Unterschiede im Land zu zementieren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Wacker.

(Abg. Blenke CDU: Zeig's ihnen!)

Abg. Wacker CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann anhand von präzisen Fakten belegen, dass die Vorwürfe, die Sie, Herr Drexler, gegen die Landesregierung erhoben haben, von A bis Z unbegründet sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei der SPD – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich darf einfach anhand von einigen Tatsachen darlegen, wie sich das IZBB-Programm in Baden-Württemberg entwickelt hat.

(Zuruf des Abg. Capezzuto SPD)

Zunächst einmal war immer Bestandteil der Debatte, dass sich das Land Baden-Württemberg niemals geweigert hat, Geld vom Bund anzunehmen.

(Lachen bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Was? – Abg. Fischer SPD: Sehr lange! Sehr lange haben Sie sich geweigert!)

– Zuhören! – Aber die Position der Landesregierung und auch die Position der CDU-Fraktion war die, dass wir gesagt haben: Es kann nicht sein, dass der Bund in Form eines Impulsprogramms in die Länderhoheit eingreift. Stattdessen haben wir gefordert, die Kommunen über die Umsatzsteuerumlage zu stärken, um dadurch flexiblere Möglichkeiten der Handhabung zu schaffen.

(Unruhe)

Das wäre kein Verstoß gegen den Föderalismus gewesen.

(Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, die Förderkriterien und die Vergabekriterien bezüglich der Umsetzung des IZBB-Programms in Baden-Württemberg waren allen Beteiligten von Anfang an bekannt. Seit Juni 2003, als die Vergabekriterien mit den kommunalen Landesverbänden abgestimmt worden waren, wurden die Kommunen regelmäßig informiert. Man hat sich auf ein kommunalfreundliches Vergabesystem verständigt, weil es um die Handhabung von Bundesmitteln ging.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das glauben Sie?)

Vor Ort kann am besten über den Bedarf entschieden werden. Es steht dem Land eben nicht zu, präzise Vergabekriterien zu definieren. Vielmehr sind die Kommunen im Einvernehmen mit den Schulen am besten in der Lage, unbürokratisch und bedarfsgerecht Anträge einzureichen.

(Beifall des Abg. Rau CDU – Zuruf der Abg. Carla Bregenzer SPD)

Da Investitionen in den Schulhausbau eine originäre kommunale Aufgabe sind, steht es dem Land nicht zu, diesbezüglich Vorgaben zu definieren.

(Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte nun – Herr Kollege Drexler, Sie haben ja andere Bundesländer zitiert – einige Beispiele aus unseren benachbarten Bundesländern nennen; wenn wir mehr Zeit hätten, würde ich gerne Beispiele aus allen Bundesländern aufführen. Rheinland-Pfalz fördert nur die 300 genehmigten Ganztagschulen im Land Rheinland-Pfalz. Das heißt, Träger von anderen Schulen, die auch Raumbedarf haben und auch gerne ausbauen möchten, haben nicht die Chance, Anträge einzureichen.

(Abg. Drexler SPD: Wie viele Hundert sind das denn? – Weitere Zurufe von der SPD)

Das ist eine Ungleichbehandlung. Bei uns hingegen hatten alle Kommunen die Möglichkeit, solche Anträge einzureichen.

Neben anderen Bundesländern, Herr Drexler, hat auch Bayern die Mittel nach dem so genannten Windhundverfahren vergeben. In Bayern wie auch in anderen Bundesländern gibt es eine deutliche Überzeichnung des zustehenden Betrags. Das heißt, die Problemlage ist ähnlich, wie wir sie im Moment in Baden-Württemberg haben.

(Zuruf von der SPD: In Bayern!)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Wacker, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wintruff?

Abg. Wacker CDU: Nein. 1 Minute 50 Sekunden, die ich noch zur Verfügung habe, sind eine knappe Zeit, Herr Präsident.

(Zurufe von der SPD)

Deswegen möchte ich nun die Fakten nennen, die Sie bitte in Ihre Erwiderung mit einbeziehen.

In Hessen ist keine Überzeichnung möglich. Warum? Weil die Schulträger dort nach Schülerzahlen Geld erhalten haben. Das ist ein sehr bürokratisches Verfahren. Dort gibt es sozusagen Kontingente. Ich möchte Ihnen eine Stellungnahme des Hessischen Städtetags zu dem Verfahren in Hessen zitieren:

Vielleicht können Sie von Hessen lernen, bildet Hessen doch das Schlusslicht beim Abruf der Mittel aus Berlin. Der bürokratische Aufwand für das Antrags- und Prüfungsverfahren ist so immens, dass die 31 Schulträger in Hessen nur einen Bruchteil der Gelder genehmigt erhalten haben, geschweige denn Gelder nach Baufortschritt ausgezahlt wurden.

(Zuruf von der SPD: Wer regiert denn da? – Weitere Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, dieser Beweis belegt: Wenn wir ein anderes Vergabeverfahren genehmigt hätten, wäre es bürokratischer gewesen, wäre es zeitintensiver gewesen, wären weniger Mittel abgerufen worden, und am Ende hätte es ebenfalls über 300 Anträge gegeben, die nicht zum Zuge gekommen wären. Insoweit ist dieses Verfahren, wenn auch jetzt viele Antragsteller auf der Strecke bleiben, im Vergleich zu den bürokratischen Verfahren in anderen Bundesländern gerecht und fair angelegt.

(Wacker)

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf von der SPD: Gerechtfertigt? Wissen das die Leute in Weilheim? – Weitere Zurufe)

Des Weiteren hört man immer wieder,

(Abg. Wintruff SPD: Kann ich jetzt meine Frage stellen?)

dass es Regierungspräsidien gibt, die bevorzugt wurden. Als Beispiel nenne ich den Regierungsbezirk Tübingen. Dazu möchte ich Folgendes sagen: Sie wissen, dass gerade von Ihren Parteifreunden in Tübingen von Anfang an sehr intensiv für das Programm geworben wurde. Warum? Weil auch Sie wie viele Kommunen, der Städtetag und das Land Baden-Württemberg davon ausgegangen sind, dass die Mittel von Baden-Württemberg möglicherweise nicht in vollem Umfang abgerufen wurden. Tatsache ist, dass es im Jahr 2003 und gerade im Jahr 2004 zu einem Ansturm von Anträgen kam. Das war weder für die Städte noch für das Land, noch für die Antragsteller absehbar. Deswegen bleiben Sie bitte in diesem Punkt fair!

(Widerspruch bei der SPD)

Zur Informationspolitik nur wenige Sätze: Seit Mai 2003 legt der Städtetag in regelmäßigen Rundschreiben – bisher waren es über 30 Rundschreiben – genaue Informationen vor. Die Städte waren im Detail informiert. Selbst der Städtetag hat in seinem Rundschreiben vom 6. November 2003 ein ausdrückliches Lob an die Landesregierung zum Ausdruck gebracht, in dem die gute, vertrauensvolle und unbürokratische Zusammenarbeit hervorgehoben wurde. Mit einem Schreiben vom 11. April 2005 an die Mitgliedsstädte schrieb der Hauptgeschäftsführer des Städtetags an die Oberbürgermeister und Bürgermeister der Mitgliedsstädte, dass an diesem Vergabeverfahren kein Weg vorbeigeführt und dass es keine vernünftige Alternative gegeben habe.

Meine Damen und Herren, durch dieses Programm des Bundes wurden Begehrlichkeiten geweckt. Das verwundert nicht, wenn eine 90-prozentige Finanzierungszusage seitens des Bundes erteilt wird. Dieser Ansturm war nicht erkennbar. Das ist ähnlich wie bei einem Sonderangebot bei Aldi. Wenn man weiß, es gibt bei Aldi ein Sonderangebot, dann muss man sich eben montags und donnerstags früh an den Eingang stellen, um rechtzeitig an das Sonderangebot zu kommen.

Die Maßgaben waren bekannt, die Informationen lagen vor. Da es sich hier um ein Bundesprogramm handelt und da der Bund die Begehrlichkeiten geweckt hat,

(Lachen bei der SPD)

hat nun der Bund auch die Aufgabe, nach Ablauf des Programms, nach 2007 für die Begehrlichkeiten, die er geweckt hat, geradezustehen.

(Zurufe von der SPD)

Ich hoffe, dass Sie im Sinne einer sachlichen Diskussion zumindest einige wenige Fakten anerkennen.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Reichardt CDU: Das war eine starke Rede! – Abg. Wintruff SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Wintruff, wenn ein Redner keine Zwischenfragen zulässt und auch nach Überziehen – –

(Abg. Wintruff SPD: Herr Wacker, Sie haben doch gesagt: „am Ende“! – Zurufe der Abg. Wieser und Wacker CDU)

– Herr Wacker, Sie haben das Rednerpult ja schon verlassen. Im Übrigen haben Sie Ihre Redezeit um zwei Minuten überzogen.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Dr. Caroli: Peinliches Verhalten!)

Herr Abg. Kleinmann.

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen wir uns hier nicht von irgendwelchen Emotionen tragen, wenn es um das Thema Ganztagschulen geht. Lassen wir uns vielmehr tragen von der Pädagogik und der Notwendigkeit, solche Ganztagsrichtungen an Schulen in unserem Land flächendeckend einzurichten.

(Abg. Capezzuto SPD: Aha!)

Ich gebe gern zu, Herr Drexler, dass vor neun Jahren, als ich in dieses Parlament kam, das Thema Ganztagschulen von vielen noch als ein Tabu behandelt worden ist.

(Abg. Zimmermann CDU: Die sind aber nicht gescheiter geworden! – Zurufe der Abg. Teßmer und Fischer SPD)

– Langsam, Herr Kollege Fischer.

Es ist aber ein Prozess in Gang gesetzt worden, der damit anfing, dass man sagte: Ganztagsbetreuung, Ganztagschulen brennpunktorientiert. Dabei war an Hauptschulen mit einem hohen Migrantenanteil gedacht. Inzwischen sind wir dabei, Ganztagsbetreuung, Ganztagschulen zum einen flächendeckend und zum anderen, Kollege Wintruff, sogar schulartübergreifend anzudenken. Auch Gymnasien – sprich G 9, G 8 – bieten sich geradezu an. Wir haben inzwischen auch 20 Grundschulen, die schon eine Ganztagsbetreuung haben. Die Einrichtung von Ganztagschulen konzentriert sich also nicht mehr nur auf Brennpunkte.

(Abg. Teßmer SPD: Was wollen Sie damit sagen?)

Meine Damen und Herren, ich habe damals, als dieses Programm der Bundesregierung, das IZBB, aufgelegt worden ist, gesagt: Wenn daran keine pädagogischen Bedingungen geknüpft sind, weil wir ja – Herr Drexler hat sich ja dazu bekannt – die Kulturhoheit des Landes hervorheben wollen,

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

sind wir bereit, das Geld zu nehmen. Ich bin Schwabe; ich nehme das Geld gern an.

(Abg. Fischer SPD: Und jetzt wollen Sie noch mehr!)

(Kleinmann)

Man muss allerdings auch sagen, wenn Frau Haußmann hier schon interveniert, dass dieses Geld lediglich für Investitionen gedacht war.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es!)

Das heißt aber, Frau Haußmann: Die Folgekosten haben die Kommunen und das Land zu tragen. Natürlich muss man auch für die entsprechenden Lehrer aufkommen.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD – Gegenruf der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

– Bei aller Güte und Freundlichkeit: Ich bin auch finanzpolitischer Sprecher meiner Fraktion. Der Bund sagt: „Ihr bekommt Geld, aber nur für Investitionen; für den Rest der Finanzierung kommt ihr selbst auf.“ Unseren Haushalt möchte ich aber schon noch selbst gestalten und nicht fremdgestalten lassen. Aber ich habe ja gesagt: Wir nehmen das Geld an. Wir sind auch bereit, als Land für die Konsequenzen finanziell mit aufzukommen. Wir haben das auch den Kommunen aufgetragen.

(Zuruf der Abg. Renate Rastätter GRÜNE)

Meine Damen und Herren, noch einmal grundsätzlich: Ganztagschulen müssen flächendeckend eingerichtet werden. Das heißt nicht, dass jede Schule eine Ganztagschule würde. Aber jeder Schüler und jede Schülerin, die an eine solche Einrichtung gehen möchten, sollten im Umkreis von 10 bis 15 Kilometern die Möglichkeit dazu haben.

Ich habe schon von „schulartübergreifend“ gesprochen. Ich betone: Die Ganztagschulpädagogik ist nicht mit der Pädagogik der herkömmlichen Schulen zu vergleichen. Kollege Zeller hat darauf ja schon immer hingewiesen.

Ich bin auch der Meinung, wir sollten es zunächst einmal bei einer offenen Ganztagschule belassen, wobei die gebundene Ganztagschule, wie sie vor kurzem einmal auf einem Bildungskongress der FDP vorgestellt worden ist – das war eine Grund-, Haupt- und Werkrealschule in Aalen –,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Zum Thema! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Herr Kleinmann ist mitten im Thema!)

auch ihre Reize hat, weil man dann die Kerncurricula anders verteilen kann, nämlich auf den ganzen Bereich. Man muss darüber noch nachdenken. Auch hier ist im Moment alles noch im Fluss.

Das bei uns praktizierte Windhundverfahren ist in besonderer Weise in die Kritik geraten. Vor dem Hintergrund der regional ungleichen Verteilung der Aufnahme in das Förderprogramm habe ich dafür Verständnis. Ob und in welcher Weise hierbei unterschiedliches Verwaltungshandeln der Oberschulämter bzw. nun der Regierungspräsidien ausschlaggebend war – in unserer Fraktion sind da einige kritische Stimmen laut geworden –, bedarf aber aus meiner Sicht der Klärung. Sollten hierdurch Chancen ungleich verteilt worden sein, könnte dies nicht hingenommen werden.

Grundsätzlich habe ich jedoch keine Einwände gegen ein Verfahren, das die Schulen und Schulträger begünstigt, die das Thema Ganztagschule nicht erst in dem Augenblick entdeckt haben, in dem hierzu Fördermittel des Bundes in Aussicht gestellt worden sind.

(Beifall der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP)

Ich bin also für das Windhundverfahren; das war korrekt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Das habe ich auch mit Herrn Halder schon besprochen. Entweder man ist bereit und macht da mit, und dann kommt man auch zum Zuge, oder man ist nicht bereit. Wer zu lange gewartet hat, der hat eben zu lange gewartet

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Mit wem haben Sie gesprochen?)

und hat jetzt das Nachsehen.

Meine Damen und Herren –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Herr Kollege Kleinmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Wintruff?

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ja, selbstverständlich.

(Zurufe, u. a.: Na endlich! – Abg. Wacker CDU: Jetzt darf er die Frage stellen, die er an mich richten wollte!)

Aber ziehen Sie das bitte nicht von meiner Redezeit ab.

Abg. Wintruff SPD: Herr Kollege, ich möchte Sie fragen, ob nicht der Beweis für diese ungerechte Verteilung bereits damit geführt ist, dass der Regierungsbezirk Karlsruhe mit 9,4 % der Mittel abgespeist wurde, obwohl ihm im Verhältnis zu seiner Größe 23,2 % zustünden.

(Abg. Rau CDU: Wer keine Anträge gestellt hat, kann auch nichts kriegen! – Gegenrufe von der SPD: Das ist doch falsch, was Sie da sagen!)

Der Bürgermeister von Eberbach – er gehört übrigens der CDU an – hat dann auch wie folgt argumentiert

(Abg. Wieser CDU: Frage! Das ist doch keine Lese-stunde! – Weitere Zurufe von der CDU: Frage! – Unruhe)

– Herr Kollege, ich zitiere –

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich zu beruhigen. Herr Kollege Wintruff hat eine Frage gestellt.

(Abg. Wieser CDU: Das ist doch keine Frage!)

Das ist Ihnen vielleicht entgangen, Herr Kollege Wieser.

Abg. Wintruff SPD: Ja. – Ich zitiere den Bürgermeister von Eberbach:

Tatsächlich sieht es eher danach aus, dass dadurch insbesondere die nordbadischen Städte und Gemeinden systematisch benachteiligt wurden.

Was sagen Sie dazu, Herr Kollege?

(Abg. Wacker CDU: Jetzt hör auf! Stimmt doch nicht! – Weitere Zurufe und Unruhe)

Abg. Kleinmann FDP/DVP: Verehrter Herr Kollege, ich habe eben ausgeführt – ich weiß nicht, ob Sie das richtig verstanden haben oder nicht –,

(Abg. Kiefl CDU: Nein!)

ob und, wenn ja, in welcher Weise hierbei unterschiedliches Verwaltungshandeln der Oberschulämter bzw. der Regierungspräsidien den Ausschlag gegeben hat. Das bedarf auch aus meiner Sicht der Klärung.

(Abg. Wintruff SPD: Ich habe es Ihnen jetzt erklärt! – Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP: Dann sollte er sich mit dem Regierungspräsidenten in Verbindung setzen!)

Da erkläre ich mich gerne mit Ihnen einverstanden. Nur muss ich sagen: Bitte schön, Herr Drexler hat vorhin doch auch schon erwähnt, dass es ideologische Hemmnisse beim Thema „Einführung von Ganztagschulen“ gab.

(Abg. Teßmer SPD: Bei Ihnen, ja! – Abg. Stickelberger SPD: Bei wem gab es die?)

– Bei uns nicht. – Aber das ist nun egal.

(Abg. Teßmer SPD: In Ihrem Lager! – Weitere Zurufe und Unruhe)

Wir haben diesen Prozess beschleunigt. Er läuft, und er läuft weiter, und es läuft doch ganz gut. Wenn nun der Bund Mittel zur Verfügung stellt, Herr Kollege Wintruff

(Abg. Wintruff SPD: Fertig!)

– nein –, und es Schulen gibt, die sich schon lange solche Gedanken gemacht haben und sagen: „Wir beantragen das schleunigst“, dann kann man die doch zuerst bedienen. Warum denn nicht? Das finde ich gut.

(Abg. Wintruff SPD: Ungleiche Behandlung!)

– Ja, ich weiß, dass Sie alles planen wollen, auch das, was nicht zu planen ist.

(Widerspruch bei der SPD – Oh-Rufe von der SPD)

In diesem Fall ist nichts zu planen.

(Zurufe)

Meine Damen und Herren, es bleibt noch zu erwähnen – ich bin aufgrund der langen Zwischenrede schon eine Minute und 51 Sekunden über der Zeit –: Die FDP/DVP ist der Meinung, dass der Weg, den wir jetzt eingeschlagen haben, weitergegangen werden soll.

(Abg. Drexler SPD: Welcher?)

Im Übrigen: Bevor Ihr Programm IZBB aufgelegt worden ist – wir haben das ja gerne angenommen –, gab es bereits doppelt so viele Ganztagschulen in Baden-Württemberg als in der Zeit, als Sie regierten, nämlich von 1992 bis 1996.

(Abg. Fischer SPD: Jetzt kommt wieder der alte Spruch!)

– Ja, lieber Herr Kollege Fischer, das ist so. Sie haben ja nicht eine einzige Ganztagschule durchgesetzt,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Das waren doch nicht Ihre!)

während wir die Zahl der Ganztagschulen von ursprünglich 70 ab 1996 auf insgesamt 140 verdoppelt haben.

(Abg. Teßmer SPD: Sie persönlich, ja! – Abg. Wieser CDU: Dank der FDP/DVP!)

Das muss man doch einmal sagen. Den Weg werden wir weitergehen. Der Ministerpräsident hat hierzu in seiner heutigen Regierungserklärung Aussagen gemacht, die wir voll und ganz unterstützen

(Abg. Drexler SPD: Welche Aussagen hat er gemacht? Dass er nichts macht!)

und die in wünschenswerter Klarheit zeigen, dass die Schaffung von Ganztagschulen in Baden-Württemberg etwas anderes und mehr ist als lediglich die Umsetzung des Investitionsprogramms der Bundesregierung. Auch für die Ganztagsangebote, die aufgrund des IZBB-Programms zusätzlich entstanden sind, wird das Land über kurz oder lang zusätzliche personelle Ressourcen zur Verfügung stellen müssen.

Ich sehe nicht, dass wir dies problemlos mit einem Haushalt – auch nicht allein mit dem kommenden Doppelhaushalt – schultern können. Aber wir werden in den nächsten fünf bis zehn Jahren flächendeckend Ganztagschulen, und zwar in allen Schularten, bekommen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut, Herr Kollege! – Weitere Zurufe)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Rastätter.

(Abg. Wieser CDU: Oje! Sie haben aber nur fünf Minuten Zeit!)

Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dank des Bundesprogramms IZBB sind wir einen riesigen Schritt hin zum Ziel, unsere Schulen zu Lern- und Lebensräumen auszubauen, die Bildungschancen von Kindern zu verbessern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in unserem Bundesland zu erreichen, vorangekommen. Dieser erfolgreiche Weg muss jetzt fortgesetzt werden.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Akuter Handlungsbedarf besteht für weitere Investitionen und bei der Finanzierung des pädagogischen Personals.

Der Bedarf in Baden-Württemberg geht – das zeigt die letzte Antragsrunde – weit über 528 Millionen € hinaus. Aber die Angriffe, die der Ministerpräsident heute Morgen vorgebracht hat – „Fehlkalkulation des Bundes“, „Bund hat falsch gerechnet“ –, sind doch völlig absurd und grotesk.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wacker CDU: Über die Umsatzsteuer hätten Sie das machen sollen!)

(Renate Rastätter)

Das ist doch ein reines Ablenkungsmanöver, um zu verschleiern, dass an der jetzt entstandenen Schieflage in Baden-Württemberg bei der Verteilung der Mittel einzig und allein die Landesregierung und Kultusministerin Schavan schuld sind.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Rückert CDU: Das ist grotesk!)

Der Bund hat von Anfang an klargestellt, dass es sich wegen des gewaltigen Bedarfs an Ganztagschulen, der bundesweit besteht, um eine reine Anschubfinanzierung handelt.

(Abg. Zimmermann CDU: Bei 90 % sagen Sie „Anschub“! Das ist ja Wahnsinn!)

Der Bund hat doch – das wäre völlig absurd – niemals gesagt: „Wir bezahlen jetzt in einem Bundesland in den nächsten Jahren den weiteren Ausbau aller Ganztagschulen.“ Deshalb sage ich: Sie allein tragen die Schuld daran, dass jetzt eine Schieflage entstanden ist und dass wir keinen ausgewogenen Ausbau von Ganztagschulen bekommen, dass viele Großstädte benachteiligt sind und dass vor allem der gesamte badische Landesteil benachteiligt wird.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Alfred Haas CDU: Wie hätten Sie es denn gemacht? – Abg. Wacker CDU: Da haben Sie zu wenig Werbung gemacht!)

Die Mittel hätten wesentlich effektiver eingesetzt werden können.

(Abg. Alfred Haas CDU: Zum Beispiel?)

An vielen Schulen haben wir eine Überausstattung, während andere Kommunen und Schulen leer ausgehen. Es wäre an Ihnen gewesen, Kriterien festzulegen, nach denen Schulen und Kommunen im Land flächendeckend und ausgewogen Mittel erhalten könnten. Aber Sie waren beratungsresistent. Wir Grünen haben 2003 ein anderes Verfahren beantragt; wir haben es auch 2004 beantragt. Dass es jetzt so gekommen ist, haben nur Sie zu verantworten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Wacker CDU: Das ist doch gar nicht wahr!)

Herr Kollege Wacker, Sie haben auf andere Bundesländer verwiesen.

(Abg. Wacker CDU: Ja!)

Ich möchte das Vorbild Bayern nennen. Bayern hat sich – was auch wir für Baden-Württemberg beantragt, was Sie aber abgelehnt haben – an den restlichen 10 % Investitionskosten beteiligt. Andere Länder wie Nordrhein-Westfalen haben sich zu 60 % an den Mitteln für das pädagogische Personal beteiligt. Nur Baden-Württemberg hat sich nicht beteiligt. Damit haben Sie Ihre originäre Landesaufgabe bis jetzt überhaupt nicht wahrgenommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Beim Ausbau von Ganztagschulen geht es um die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse der Familien im

Land. Es geht um gleiche Bildungschancen. Es geht um Standortfaktoren für die Kommunen. Deshalb sind Sie jetzt in der Pflicht, mit einem Landes-IZBB dafür zu sorgen, dass im Hinblick auf den Ausbau von Ganztagschulen gleichwertige Lebensverhältnisse gewährleistet werden.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Drexler SPD)

Wir fordern erstens ein Sofortprogramm im Umfang von 100 Millionen € aus der Zukunftsoffensive IV. Damit könnte Ministerpräsident Oettinger zeigen, wo er Prioritäten setzt: Ob er sie dort setzt, wo es um Chancengleichheit und verbesserte Bildungsangebote für Kinder geht, oder ob er Gelder in ein Projekt steckt, das Ministerpräsident Teufel noch schnell auf den Weg gebracht hat, um sich sein eigenes Denkmal zu setzen.

Wir sagen: Ganztagschulen sollten ganz klar Priorität haben. Wenn Herr Ministerpräsident Oettinger den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen in allen Schularten fordert, dann sage ich: Herr Ministerpräsident, lösen Sie diesen Anspruch auch bitte ein. Anspruch und Realität dürfen nicht weit auseinander klaffen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Wir brauchen in den nächsten Jahren außerdem ein ausreichendes Volumen an Schulbaufördermitteln, damit dieses ausgewogene Verhältnis in Baden-Württemberg auch über einen längeren Zeitraum hinweg erreicht werden kann.

(Zuruf des Abg. Röhm CDU)

Dazu müssen auch mit den kommunalen Landesverbänden Verhandlungen geführt werden; das ist ganz klar.

Drittens brauchen wir eine verbindliche Zusage für die Finanzierung des pädagogischen Personals.

Vage, unverbindliche Ankündigungen reichen nicht aus. Vor allem geht es bei der Ganztagschule – das möchte ich Ihnen mit auf den Weg geben, Herr Ministerpräsident Oettinger – nicht darum, den Vormittag mit verdichtetem Unterricht beizubehalten und lediglich interessante Nachmittagsangebote zu ermöglichen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Das wurde ja schon gesagt!)

Es geht vielmehr um ein neues Bildungskonzept, bei dem Lernen an der Schule, auch soziales Lernen, in einem rhythmisierten Ablauf über den Tag verteilt werden kann – entspannter und stressfreier für alle Beteiligten.

(Zuruf des Abg. Wacker CDU)

Und es geht darum, ein Modell zu bekommen, bei dem die Möglichkeit, eine Ganztagschule zu besuchen, nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängt. Das heißt, sie darf kein Schulgeld kosten.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, klar ist, Ministerpräsident Oettinger hat sich festgelegt. Er hat sich dazu bekannt, dass er

(Renate Rastätter)

den flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen in Baden-Württemberg will.

(Abg. Röhm CDU: Und bedarfsgerecht, hat er gesagt!)

Das ist ein Fortschritt. Das ist vor allem ein Fortschritt bei einer Fraktion, die bislang eine Ganztagschule als Freiheitsberaubung für die Schüler bewertet hat.

(Beifall bei den Grünen)

Ich stelle auch fest, dass die Bremser nach wie vor in der Fraktion sitzen

(Abg. Capezzuto SPD: Es sind 64 Bremser!)

und schon heute der neue Fraktionsvorsitzende vor einem flächendeckenden Ausbau warnt. Wir sehen, wir müssen sie weiter antreiben. Wir müssen am Ball bleiben.

(Abg. Wacker CDU: Bedarfsgerecht sagen wir!)

Es ist längst noch nicht so, dass beim Ausbau der Ganztagschulen die Entwicklung in trockenen Tüchern ist.

Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! 10 % aller Ganztagschulen in Deutschland stehen in Baden-Württemberg. Das sagt die Statistik der Kultusministerkonferenz.

(Abg. Alfred Haas CDU: Das muss man wiederholen!)

Das zeigt, dass diese Landesregierung von niemandem angetrieben werden muss, keine Nachhilfe braucht, sondern auf diesem Fundament kontinuierlich, nachhaltig, pädagogisch überzeugend weiterentwickeln wird.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir entwickeln das anhand von drei Kriterien weiter und – das hat die Regierungserklärung heute Morgen gezeigt – mit drei Instrumenten. Die Kriterien, die auch zukünftig gelten:

Erstens: Wir setzen Prioritäten. Ganztägige schulische Angebote werden auch in Zukunft vor allem da geschaffen, wo sie für die Schülerinnen und Schüler am besten sind. Das nennen wir sozialen Brennpunkt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Göschel SPD: Also in Südwürttemberg!)

Zweitens: Quer durch alle Schularten, quer durch alle Altersgruppen gilt –

(Abg. Walter GRÜNE: Was gilt jetzt? Das von heute Morgen, oder? – Abg. Schmid SPD: Wann ist Vergangenheit, und wann ist Zukunft?)

– Wenn Sie jetzt bis zum Ende zuhören, bekommen Sie Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zusammen. Aber Sie müssen bis zum Ende zuhören.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Also, quer durch alle Schularten gilt für uns: Hinter jedem Standort, an dem eine Ganztagschule entsteht, gibt es auch ein überzeugendes pädagogisches Angebot, weil wir wollen, dass auch in zehn Jahren die pädagogisch qualitativ besten Schulen in Baden-Württemberg stehen und nirgends sonst.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Drittens: Man kann es drehen und wenden, wie man will – wir werden in den nächsten elf Monaten bis zum 26. März des kommenden Jahres genügend Gelegenheit haben, heftig und leidenschaftlich zu streiten –: Ich werde bei jeder Veranstaltung sagen: Weiterentwicklung geht nur im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Kommunen und des Landes.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Und wenn Sie dann die 400 Millionen € versprechen, freue ich mich auf jede Veranstaltung mit Ihnen.

(Abg. Drexler SPD: 200 Millionen!)

Da geht es um Glaubwürdigkeit. Da geht es um Nachhaltigkeit. Dann wollen wir mal sehen, wie wir uns am Abend des 26. März 2006 fühlen, Sie und wir!

(Abg. Drexler SPD: Fühlen ist nicht die Frage! Wie die Stimmen aussehen! Fühlen ist eine zweite Geschichte!)

Drei Instrumente sind heute Morgen noch einmal deutlich geworden. Erstens: Der Ministerpräsident hat gesagt: In den Zeiten, in denen die Schülerzahlen zurückgehen, werden wir Lehrstellen zur Verfügung haben, die einen k.w.-Vermerk tragen, also abgebaut werden sollen. Ein Teil dieser Stellen wird – gegebenenfalls über die Umwandlung in Mittel – den Schulen für den Ganztagsbetrieb zur Verfügung gestellt werden können. Die Landesregierung wird für die kommende Legislaturperiode ein entsprechendes Konzept dafür entwickeln, wie dieser Prozess der Weiterentwicklung mit zusätzlichen Lehrerwochenstunden möglich wird.

Zweites Instrument – heute Morgen genannt –: der „Jugendbegleiter“, die Öffnung der Schule – Frau Rastätter nennt das immer die Weiterentwicklung der Schule zum Lebensraum –

(Abg. Alfred Haas CDU: Das heißt, alles andere ist kein Lebensraum, nur die Schule ist Lebensraum?)

für diejenigen um die Schule herum – Vereine, Verbände, Kirchen, Sport –, die mit ihren Angeboten in den Schulen einen Teil des Konzepts mittragen, nicht allein und nicht ausschließlich – auch das ist heute Morgen deutlich geworden –, aber als einen Teil guter Verbindungen zwischen Schule und außerschulischem Lebenswelten.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Und drittens ist im Hinblick auf die Baumaßnahmen deutlich geworden, dass wir mit den kommunalen Landesverbänden über Umschichtungen im KIF, die gegebenenfalls weitere Baumaßnahmen möglich machen, verhandeln werden.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Das werden die drei Kriterien und die drei Instrumente sein. Ich bin ganz gewiss: Auch in sechs Jahren, am Ende der nächsten Legislaturperiode, werden in keinem Land in Deutschland so viele Ganztagschulen stehen wie in Baden-Württemberg – qualitativ gut entwickelt, vernünftig ausgestaltet, bedarfsorientiert,

(Abg. Röhm CDU: Genau!)

nicht einfach Mode und Trend, sondern nachhaltige Entwicklung.

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zum IZBB. Ja, Herr Drexler, es ist wahr: Ich war skeptisch.

(Abg. Drexler SPD: Vorsichtig formuliert! „Gag“!)

– Ich könnte es drastischer formulieren. „Suppenküchenprogramm“ habe ich gesagt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sie waren dagegen!)

– Ja; dazu stehe ich auch. Ich stehe auch dazu, dass es besser gewesen wäre, vor allem angesichts der Föderalismusreformdiskussion,

(Abg. Wacker CDU: Umsatzsteuer!)

über eine andere Verteilung von Punkten der Umsatzsteuer zu sprechen.

(Abg. Wacker CDU: So ist es!)

Es ist doch ein Treppenwitz, dass auf der einen Seite alle – auch in diesem Haus – sagen:

(Abg. Zeller SPD: Sie haben doch den Bedarf bestritten! Darum geht es!)

Abbau von Gemeinschaftsaufgaben, Aufbau des Staates von unten nach oben, Föderalismusdiskussion.

(Abg. Zeller SPD: Sie lenken ab!)

– Ich lenke überhaupt nicht ab.

(Abg. Zeller SPD: Doch! Sie haben den Bedarf bestritten!)

Ich bin mitten im Thema, Herr Zeller.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Sie haben gesagt: „keine Ganztagschulen“!)

Herr Drexler hat ja selbst gerade gesagt, der Bund sei nicht zuständig und deshalb sei es ein Geschenk.

(Abg. Zeller SPD: Sie haben den Bedarf bestritten!)

Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Es wäre besser gewesen – aber dann wäre es kein Geschenk gewesen, sondern eine vernünftige Verteilung zwischen Bund und Ländern –, wenn das Thema Umsatzsteuer geregelt worden wäre.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fischer SPD: Der Punkt ist, dass Sie es abgelehnt haben! – Weitere Zurufe von der SPD)

– Jetzt seien Sie doch nicht so nervös! – Wenn die Föderalismusdiskussion ernst gemeint ist, braucht es andere Instrumente, braucht es nicht mehr Gemeinschaftsaufgaben und braucht es vor allen Dingen nicht Programme, die ein kleines Segment betreffen

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

und den Rest des Projekts völlig außen vor lassen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Das wird am Ende dazu führen – das zeigt sich schon jetzt –, dass finanzschwache Länder und finanzschwache Kommunen natürlich sehr viel weniger davon profitieren als die finanzstarken. Auch das ist eine Frage der Gerechtigkeit, die da entstanden ist.

(Abg. Zeller SPD: Die Behauptung stimmt nicht!)

Jetzt finde ich es besonders interessant, dass Sie anfangen, über das Verfahren zu schimpfen, über andere Bundesländer reden.

(Abg. Margot Queitsch SPD: So wie Oberbürgermeister der CDU!)

Ich kann Ihnen nur sagen: Das verwundert mich jetzt sehr.

(Zuruf von der SPD: Uns nicht! – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Erstens wissen Sie genau – ich habe natürlich den Überblick über die Verfahren in den 16 Ländern –,

(Abg. Renate Rastätter GRÜNE: Können wir die haben?)

dass man in einer Reihe von Ländern genau das gemacht hat, was wir auch gemacht haben: Windhundverfahren. Aber interessanter ist doch die Frage: Was wäre in diesem hohen Hause los gewesen, wenn ich gesagt hätte, wie Nordrhein-Westfalen das gemacht hat: Überhaupt nur Antragsteller dürfen – –

(Abg. Drexler SPD: Grundschule!)

– Das stimmt ja gar nicht mit den Hauptschulen. Das ist ja überhaupt nicht wahr.

(Abg. Drexler SPD: Grundschulen!)

Nun stellen Sie sich mal vor, ich hätte dieses Programm auf Grundschulen konzentriert! Sie wären die Ersten gewesen, die hier Zoff gemacht hätten.

(Abg. Drexler SPD: Wieso denn? Darüber hätte man sich unterhalten können!)

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

Zweitens: Stellen Sie sich bitte vor, wir hätten gesagt: Der Bund gibt einen Zuschuss von 90 %,

(Abg. Drexler SPD: Bis 90 %!)

aber wir, damit wir mehr daraus machen, reduzieren das auf 70 % je Schule. Sie wären die Ersten gewesen – der Chef persönlich wäre wieder ans Rednerpult gegangen –, die gesagt hätten, dass das nicht geht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Nein! Jetzt müssen wir selber zahlen!
– Abg. Zeller SPD: Das ist eine Behauptung!)

– Nein, das ist keine Behauptung, mein lieber Herr Zeller. In einem Antrag der SPD vom 25. März 2004 – darin fragen Sie alles Mögliche ab, Begründung für alles, was Sie wissen wollen – ist unter Abschnitt II ausgeführt:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen,*

a) von einer Änderung der Landesrichtlinie zur Umsetzung des Investitionsprogramms der Bundesregierung „Zukunft Bildung und Betreuung“ abzusehen ...

(Zurufe von der CDU: Ja!)

Deshalb: Zur Politik gehört auch, heute zu wissen, was man letztes Jahr gesagt hat. Es ist gerade ein Jahr her.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Ich kann es Ihnen gerne geben, Herr Drexler.

(Zuruf von der SPD: Damals war das meiste schon gelaufen!)

Genauso sehen es auch die Städte und Gemeinden. In einem Brief des Städtetags vom 11. April dieses Jahres, also vor wenigen Tagen, steht folgende Passage:

Ein für alle Schulträger gleichermaßen akzeptables und nachvollziehbares Unterscheidungskriterium für die Bedarfsbeurteilung und damit die Antragsbehandlung kann nur der jeweilige Zeitpunkt der Antragstellung sein. Staatlicherseits darüber hinaus Kriterien für die Prüfung und gegebenenfalls Änderung der gemeinsamen Bedarfsfeststellung von kommunalen Schulträgern und ihren Schulen einzuführen, widerspräche dem kommunalen Selbstverständnis. Es hätte im Übrigen zum selben Antragsüberhang geführt. Es wäre womöglich nur anders verteilt.

– Rechte Hand Kommunen, linke Hand SPD!

(Abg. Drexler SPD: Ich lese Ihnen nachher auch etwas vor!)

Ich kann gut verstehen, dass es jetzt in einer Reihe von Städten und Gemeinden Enttäuschung gibt. Ich kann gut verstehen, dass viele, die Pläne gemacht haben, fragen: Warum gibt es das Geld nicht? Jeder hätte wissen müssen, dass überall, nicht nur bei uns, sondern auch in Niedersachsen, Bayern, Nordrhein-Westfalen – obwohl sie das Programm

auf die Grundschulen konzentrieren –, das gleiche Problem da ist. Wenn es ums Bauen geht, gibt es immer mehr Bedarf, als Geld zur Verfügung steht.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Rastätter?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Nein, ich bin am Ende

(Zurufe von der SPD: Och!)

mit meiner Rede.

Ich kann verstehen und finde es auch in Ordnung – abgesehen von allen Emotionen –, dass Sie sich jetzt für die nächsten Monate warm laufen.

(Abg. Drexler SPD: Wir sind schon warm! – Zuruf von der FDP/DVP: Och! – Heiterkeit)

Ich rate Ihnen aber sehr, auch mit Blick auf politische Kultur: Überlegen Sie, bevor es zum Streit kommt, wo es längst Gemeinsamkeiten in der Beurteilung gab! Überlegen Sie, was los gewesen wäre, unabhängig davon, welche Kriterien die Kultusministerin Schavan erfunden hätte. Es hätte kein Kriterium gegeben, bei dem Sie nicht behauptet hätten: Sie sitzt halt im Bremserhäuschen; sie ist halt von gestern

(Abg. Drexler SPD: Das würde ich nie sagen!)

mit ihrem Familienbild. Insofern kann ich Ihnen nur sagen: Genau so machen wir weiter: klare Prioritäten, klare Kriterien, klare Instrumente im Einvernehmen, und wir versprechen nicht mehr, als wir halten können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Drexler.

(Zurufe von der CDU: Noch zwei Minuten!)

Abg. Drexler SPD: Ich habe noch mehr Redezeit.

Frau Ministerin, ich kann Ihnen aus einem Brief des Oberbürgermeisters von Karlsruhe – ich glaube, er gehört der CDU an – zitieren, der massive Vorwürfe gegen Sie erhoben hat. Er hat Sie gefragt, warum Sie, als Sie bemerkt haben, wie ungünstig das zum Beispiel für den nordbadischen Raum läuft, nicht reagiert haben.

(Abg. Alfred Haas CDU: Weil Sie das nicht wollten! – Unruhe bei der SPD)

– Jetzt plötzlich ist es die SPD! Klasse! Das ist ja toll! Aus Angst vor der SPD hat man diesen Antrag nicht diskutiert! Ganz tolles Ergebnis!

(Beifall bei der SPD)

Ich habe gedacht, Sie hätten hier in diesem Haus eine Mehrheit von neun Stimmen. Aber das ist das Beste, wenn man hört: aus Angst vor der SPD.

(Drexler)

Ich will Ihnen sagen, warum Sie das nicht gemacht haben, Frau Ministerin: Sie haben das völlig unterschätzt. Sie haben immer gesagt, es gebe keinen Bedarf. Auch heute kam wieder die Aussage, es gebe keinen Bedarf. 914 Anträge! 914 Projekte! Das ist ein riesiger Bedarf in Baden-Württemberg, und der ist durch diese Antragspraxis manifestiert.

(Lebhafte Unruhe)

Um die müssen wir uns kümmern. Doch dazu haben Sie nichts gesagt. Auch die Koalitionsfraktionen haben dazu nichts gesagt. Wie steht es denn jetzt mit einem Landesprogramm? Wir stellen heute den Antrag, die Regierung zu beauftragen, ein Landesprogramm vorzulegen. Dazu haben Sie alle nichts gesagt.

Der Herr Ministerpräsident hat heute Morgen drei Bedingungen genannt. Die erste Bedingung lautete: Wir fordern den Bund auf, mehr Mittel bereitzustellen. Zweite Bedingung: Das, was zurückfließt, soll der Bund dem Land Baden-Württemberg geben.

(Zuruf von der CDU: Sind Sie da dagegen?)

Und drittens: Wenn das alles nicht klappt, dann sind wir grundsätzlich bereit, mit den Kommunen über einen anderen Lösungsweg zu verhandeln. – Das ist gar nichts. Gar nichts ist das! Man will „verhandeln“.

Wir stellen heute den Antrag, die Landesregierung zu ersuchen, ein Programm aufzulegen. Wir schlagen Ihnen nicht einmal vor, wie Sie das machen sollen, sondern sagen nur, wie wir es uns vorstellen könnten: innerhalb des KIF die Umschichtung – durch das Moratorium im Abwasserbereich werden Mittel frei – in Höhe von jährlich 25 Millionen € über vier Jahre hinweg – das wären zusammen 100 Millionen –, und zusätzlich, so unser Vorschlag, jährlich 25 Millionen € aus dem Verkauf von Immobilien des Landes. Dieses Geld soll in Bildung und Schulen investiert werden. Das ist ein Vorschlag.

(Beifall bei der SPD)

Sie können einen anderen bringen, aber es kann doch nicht sein, dass Sie nichts tun, obwohl der Ministerpräsident im Vorfeld seiner Regierungserklärung herumläuft und von einem flächendeckenden Angebot von Ganztagschulen spricht. Ich habe die Pressemitteilung aus Karlsruhe, die aus Anlass eines CDU-Empfangs erstellt wurde, hier. Da wurde eine Erwartungshaltung geweckt. Ihre Kommunalpolitiker fordern Sie auf, ein Programm aufzulegen. Auch die Oberbürgermeister und die Städte, die möglicherweise noch etwas machen wollen, fordern Sie auf, ein Programm aufzulegen. Also machen wir das, versuchen wir das. Wir können nicht bis 2007 warten, bis das alles abgearbeitet ist.

Im Übrigen gibt es auch gar keinen Hinweis darauf, dass Länder Geld zurückgeben, und zweitens würde das Geld – das habe ich vorhin schon erklärt – in einem solchen Fall nicht in ein Land fließen, sondern dann in den Bundeshaushalt zurückfließen. Dann müsste der Bund wiederum mit allen Ländern darüber verhandeln, was mit dem möglicherweise zurückgeflossenen Geld passiert.

Deswegen: Stimmen Sie unserem Antrag zu, zum einen Mittel für zusätzliches Personal zur Verfügung zu stellen

und zum anderen der Ankündigung des Ministerpräsidenten zu folgen und ein Landesprogramm aufzulegen. Das halten wir für eine vernünftige Reaktion des Landesparlaments. Denn alle Ressentiments bezüglich der Ganztagschule sind ja jetzt offensichtlich abgebaut.

Ich möchte noch etwas zur Verteilung der IZBB-Mittel sagen, Frau Ministerin. Warum sind Sie eigentlich nicht auf die Idee gekommen, wie Rheinland-Pfalz zu sagen: „Bei uns gibt es einen größeren Bedarf; wir fangen einmal mit 70 % an“? Dann hätten wir allein 50 bis 70 Millionen € mehr zum Verteilen gehabt. Warum haben Sie sich nicht für 65 % entschieden? Sie glauben doch nicht, dass irgendjemand auf der linken Seite aufgestanden wäre und gesagt hätte: Nein, wir nehmen einen hohen Prozentsatz, damit nur wenige in den Genuss der Vergünstigung kommen.

Das alles ist nicht gemacht worden. Man hat nur ein paar-mal darüber diskutiert.

Jetzt will ich Ihnen nur noch sagen: Es gibt einen Antrag der SPD-Fraktion vom Januar 2004. Wahrscheinlich haben Ihre Leute da hinten den nicht dabei oder Ihnen den unterschlagen.

(Zuruf des Abg. Alfred Haas CDU)

Unter Ziffer 6 dieses Antrags wurde die Forderung erhoben, dass in allen Regionen des Landes Schulen vom Investitionsprogramm der Bundesregierung „Zukunft Bildung und Betreuung“ profitieren sollten. In der Begründung des Antrags steht, dass ein flächendeckendes Netz entstehen solle. Das war unsere Haltung.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie damals unserer Auffassung gewesen wären, dass es einen Bedarf gibt, dann hätten wir so reagieren können und müssten jetzt nicht eigenes Geld nehmen – obwohl wir zuständig sind. Dann hätten wir viel mehr Geld zur Verfügung gehabt. Andere Bundesländer haben das bis 70 % heruntergefahren. Ich sage Ihnen: Die 914 Anträge im Land wären auch gestellt worden, wenn nur 60 oder 70 % der Investitionskosten gefördert worden wären. Jetzt müssen wir ein eigenes Programm auflegen. Wir schlagen vor, ein Angebot 50 : 50 zu machen. Das liegt ein bisschen über der normalen Schulhausbauförderung. Das ist unser Vorschlag. Wir sagen aber nicht, dass man es beschließen soll. Wir wollen nach der heutigen Regierungserklärung den Landtag aufrufen, die Regierung zu einem solchen Programm aufzufordern. Dann sehen wir, was die Regierung macht.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Ministerin Dr. Schavan.

(Zuruf von der SPD: Schon wieder?)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Ja, wenn der Chef zweimal rausgeht.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will noch zu zwei Fragen Stellung nehmen.

(Ministerin Dr. Annette Schavan)

(Abg. Göschel SPD: Es wird nicht besser! – Abg. Wichmann SPD: Ich denke oft an Piroshka! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD)

Zu der einen Frage, die ja in der öffentlichen Diskussion immer wieder eine Rolle spielt: Warum gibt es eigentlich unterschiedliche Anteile in den vier Regierungspräsidien,

(Abg. Wintruff SPD: Sehr große! Gewaltige!)

haben diese unterschiedlich gearbeitet? Ferner zu Ihrem Vorwurf, Nordbaden sei benachteiligt.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Wintruff: Sehr benachteiligt! Sehr benachteiligt! – Weiterer Zuruf von der SPD: Südbaden!)

– Südbaden. – Erste Feststellung: Stand heute, also von 2003 bis 2005, sind in Württemberg mehr Anträge nicht zum Tragen gekommen als in Baden.

(Abg. Wintruff SPD: 9,4 % für Nordbaden!)

– Diese Zahl stimmt überhaupt nicht.

(Abg. Wintruff SPD: 9,4 %!)

Es gibt alle möglichen Zahlen, aber eine einzige Zahl kommt nie vor: 9,7.

(Abg. Wintruff SPD: 9,4 %!)

Zweitens: Wenn man einen Vergleich zwischen eingereichten Anträgen und bewilligten Anträgen in allen vier Regierungspräsidien vornimmt, stellt man fest, dass es keine einzige benachteiligte Region gibt.

(Oh-Rufe von der SPD – Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

Drittens: Die Alternative wäre gewesen – diese Frage hat man mir nach der ersten Runde vorgelegt –: Sollen wir eine Quote festlegen, sodass alle Regierungspräsidien gleichermaßen bedient werden?

(Abg. Junginger SPD: Guter Gedanke!)

Hierzu sage ich Ihnen: Das hätte man tun können. Das hätte aber bedeutet, dass Schulen und Schulträger, die so weit sind, nicht berücksichtigt werden können, weil die Quote erschöpft ist.

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Deshalb: Keines der Modelle, die man anwenden kann, wird hundertprozentig von allen akzeptiert.

(Abg. Göschel SPD: Aber jetzt ist es hundertprozentig daneben!)

Aber in der Abwägung bin ich nach wie vor davon überzeugt, dass es richtig war, keine Quoten vorzugeben, dass es richtig war, den Zuschussatz des Bundes nicht herabzusetzen. – Übrigens hätte sich dadurch nicht das Geld vermehrt, Herr Drexler. Die Summe wäre gleich geblieben.

(Abg. Drexler SPD: Ja natürlich, aber mehr wäre –!
– Abg. Wintruff SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

Und Sie wissen genau, dass es dann vermutlich eine Reihe von Anträgen nicht gegeben hätte, weil der Prozentsatz für die Schulträger zu niedrig gewesen wäre.

(Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, gestatten Sie eine – –

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Deshalb stehe ich zu der Auffassung, dass auch das keine wirkliche Alternative gewesen wäre.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Sie haben sie verplant, und jetzt haben Sie gar nichts!)

Deshalb bin ich auch davon überzeugt: Wenn schon – und so war es hier – ein Land zur Verfügung gestellte Gelder für die Städte und Gemeinden weiterzuleiten hat, dann ist es ein Gebot der politischen Fairness, nicht eigene Kriterien dranzuhängen, sondern den Kriterien zu entsprechen, die derjenige wollte, der das Geld zur Verfügung gestellt hat.

(Beifall bei der CDU – Abg. Wacker CDU: Das war doch abgestimmt! Das war doch mit den Kommunen abgestimmt! – Zuruf von der SPD: Stimmt doch gar nicht! Die Kommunen haben ja von Ihnen die Kriterien! Was reden Sie denn da? – Glocke des Präsidenten)

Stellv. Präsident Birzele: Frau Ministerin, – –

(Abg. Drexler SPD: Frau Ministerin, würden Sie noch eine Frage beantworten?)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Dr. Annette Schavan: Nein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Oh-Rufe von der SPD – Abg. Drexler SPD: Das hätte ich bei den Zahlen auch nicht gemacht! – Abg. Wintruff SPD: Das sagt alles! Die Realität ist eine andere!)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/3979.

(Abg. Drexler SPD zu Abg. Fischer SPD: Wir zwingen sie zur Abstimmung!)

Abschnitt I des Antrags Drucksache 13/3979 ist mit der Aussprache erledigt. – Gegen diese Feststellung erhebt sich kein Widerspruch.

Wird zu Abschnitt II Abstimmung gewünscht? –

(Abg. Fischer SPD: Ja!)

Wer Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/3979 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Lachen des Abg. Drexler SPD – Abg. Drexler SPD: Das ist unglaublich!)

Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

(Stellv. Präsident Birzele)

Damit ist Tagesordnungspunkt 5

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Erledigt!)

erledigt.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: So viel zum Thema Wahrheit!)

Tagesordnungspunkt 6 ist abgesetzt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

- a) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Rückzug der Landesregierung aus der Förderung der erneuerbaren Energien – Drucksache 13/2376**
- b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Aufgabe des Ziels der Landesregierung, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion zu verdoppeln – Drucksache 13/2514**

Das Präsidium hat für die Begründung zu a und b eine Redezeit von fünf Minuten und für die Aussprache eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, festgelegt.

Das Wort erhält Herr Abg. Knapp.

Abg. Knapp SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der neue Ministerpräsident Oettinger hat heute Morgen gesagt, er bekenne sich zum Energiemix und er bekenne sich zu den erneuerbaren Energien. Er hat aber nicht gesagt und wirklich in keiner Weise ausgeführt, was er dafür tun will und wie er sich dazu bekennt. Er hat vor allem auch nicht gesagt und nicht erkennen lassen, was die erneuerbaren Energien in Wirklichkeit für ihn sind. Ich glaube, er hat nicht verstanden, dass erneuerbare Energien nicht nur Stromversorgung bedeuten, sondern dass man im Bereich der erneuerbaren Energien auch das Thema Gebäudeheizung abarbeiten muss und dass man im Bereich der erneuerbaren Energien auch über den Verkehr reden muss.

Ich möchte nun erst an dritter Stelle zur Stromversorgung und zunächst einmal zur Gebäudesanierung und Gebäudeheizung kommen.

Dabei wird im Land Baden-Württemberg wirklich absolut nichts gemacht, damit die erneuerbaren Energien vorankommen. Wir wissen, dass in diesem Bereich neben der gesamten Biomassenutzung und neben Dingen wie Pelletsheizungen und Pelletsproduktion auch das Thema Gebäudesanierung und das Thema „Energetische Sanierung“ bedacht werden müssen. Wenn man weiß, dass das Förderprogramm für die energetische Sanierung der Gebäude in den letzten beiden Jahren von ungefähr 7,5 Millionen € auf wirklich lächerliche 0,8 Millionen €, also 800 000 €, für das gesamte Land Baden-Württemberg zusammengestrichen worden ist, dann wird einem klar, dass in diesem Bereich für die erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg nichts, aber auch gar nichts gemacht wird.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Der zweite Punkt, der oft vergessen wird, wenn man über erneuerbare Energien redet, ist der gesamte Bereich des Verkehrs. Hier geht es auch massiv um den Ausstoß von CO₂, weil dort ganz direkt Öl verbrannt und damit auch ganz direkt CO₂ ausgestoßen wird.

Es gibt ein gemeinsames Projekt von Daimler-Chrysler und VW, das sich mit Biofuel und Sunfuel beschäftigt. Wir behaupten ja immer – heute Morgen hat der Herr Ministerpräsident auch darauf hingewiesen –, wir wollten stark sein in Innovation und Forschung. Und wir behaupten immer, wir seien dort stark. Wir sagen das übrigens auch und unterstützen das auch. Aber es gelingt uns nicht, dies auch in Arbeitsplätze in Baden-Württemberg umzusetzen.

Die Firma Choren, die dieses Projekt gemeinsam mit VW und Daimler-Chrysler umsetzt – Daimler-Chrysler mit Sitz in Sindelfingen bzw. in Stuttgart –, sitzt nicht in Baden-Württemberg, sondern in einem der neuen Bundesländer. Das heißt, wir haben zwar die Investoren in die Firma und die Investition in die Zukunft, aber diese Investition findet nicht in Baden-Württemberg statt.

Man erkennt daran auch: Im Bereich Verkehr und im Bereich Biofuel und Sunfuel wird in Baden-Württemberg gar nichts gemacht. Vielmehr muss ich sogar sagen: Dieses Thema hat der Ministerpräsident heute Morgen nicht einmal gestreift. Er hat noch nicht einmal daran gedacht, überhaupt darüber zu reden. Er hat es mit keinem Wort gestreift.

Ich möchte jetzt zum dritten und aus unserer Sicht auch wichtigsten Thema der erneuerbaren Energien kommen, nämlich zur Stromversorgung. Hier muss man sagen – ich glaube, das kann man ganz locker so sagen –: Im Land ist alles, was mit erneuerbaren Energien im Zusammenhang mit Stromversorgung zu tun hat, Fehlanzeige. Es gibt nichts, was vom Land für diese Art der erneuerbaren Energien gemacht wird. Alles, was im EEG steht, wird vom Bund gemacht und ist vom Bund geregelt worden – jeweils gegen die Stimmen von CDU und FDP im Bund. Alle Gesetze, die dazu kamen, wurden von der CDU und der FDP abgelehnt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Wie verhält sich denn die jetzige Umweltministerin?)

– Wir wollen einmal schauen, wie sich die neue Umweltministerin – sie ist im Moment gar nicht da – dazu verhält.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Die war ja damals im Bundestag!)

– Ach so, sie war ja damals im Bundestag. Das ist klar, ja.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Die muss ja auch mitgestimmt haben!)

Schauen wir uns jetzt einmal an, was sich bei der Wasserkraft tut. Da gab es hier sogar die absurde Situation, dass der jetzige Ministerpräsident, als er noch Fraktionsvorsitzender der CDU war, zusammen mit unserem Fraktionsvorsitzenden eine Pressemitteilung herausgegeben hat, in der stand, das Land bzw. die Landesregierung möge bitte zustimmen, dass die Große Wasserkraft in Rheinfeldern auf die Schiene gesetzt werden könne. Das war, wenn ich mich

(Knapp)

recht erinnere, zumindest in meiner Zeit als Abgeordneter die erste gemeinsame Pressemeldung der beiden Fraktionsvorsitzenden. Das wurde von der Landesregierung trotzdem abgelehnt. Rot-Grün in Berlin hat es geschafft, das auf die Reihe zu bringen. Das Kraftwerk Rheinfelden kann gebaut werden. Von der CDU und der FDP/DVP wurde das aber immer abgelehnt. Das muss man einmal sagen.

(Zuruf von der SPD: So viel zum Thema „Regenerative Energien“ bei euch!)

Also absolute Nullmeldung. Die Fraktionsvorsitzenden haben zugestimmt, die Regierung hat das jedoch im Bundesrat abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Alzheimer!)

Auch die Kleine Wasserkraft kann aufgrund dessen, dass der Bund die Modernisierungskomponente ins EEG hineingebracht hat, dort, wo es unstrittig ist, ausgebaut werden. Dies ist nur dem Bund zu verdanken.

(Beifall bei der SPD)

Bei der Biomasse brummt es überall dort, wo Einspeisevergütungen winken, also wo die Regelung über das EEG erfolgt. Bei Biogas ist bei den Bauern ein massiver Ausbau festzustellen, sodass es sogar schon Wartezeiten bei der Bestellung von Biogasanlagen gibt.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Auch nur wegen EEG!)

– Auch nur wegen des EEG. Alles, was Stromversorgung ist, kommt aus dem EEG, vom Bund. Bei der Photovoltaik verdreifacht sich das in jedem Jahr. Auch hier nur EEG.

Bei der Windkraft ist es sogar noch viel absurder. Da wird vonseiten des Landes sogar verhindert, dass hier Investitionen stattfinden. Sie wollen ja keine Windkraft. Ich bin einmal gespannt, wie sich der neue Ministerpräsident Oettinger verhält, ob auch er einen Kampf gegen die Windkraft führt oder ob er wenigstens hier die privaten Investitionen, die es ja geben soll, wo das Geld vorhanden ist, zulässt.

Ein weiteres Thema ist die Geothermie. Es wurde gesagt, dass die Geothermie ein Förderschwerpunkt ist. Ich bin gespannt, wie das mit der Geothermie funktioniert. Denn das ist im wahrsten Sinne des Wortes nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein, wenn man das Hot-Dry-Rock-Verfahren nimmt. Sie haben Geothermie als einen Förderschwerpunkt genannt. In Wirklichkeit haben Sie jedoch nur 2 Millionen € für zwei Jahre in den Haushalt eingestellt. Alles andere sind ja nur Ausfallbürgschaften und – das wurde in der Pressemitteilung so dargestellt – Verpflichtungsermächtigungen für 2007 vorbehaltlich der Haushaltssituation.

(Zuruf von der SPD: Lippenbekenntnisse von der Landesregierung!)

Ich bin einmal gespannt, was sich bei der Geothermie wirklich tut: 2 Millionen auf zwei Jahre, Förderung von 350 Ein- und Zweifamilienhäusern für das gesamte Land Baden-Württemberg, sonst nur Ausfallbürgschaften, wo man mit hoher Wahrscheinlichkeit davon ausgehen oder zumindest

hoffen kann, dass sie nicht eintreten werden. Das sind eigentlich nur Luftnummern. Hier ist wirklich nichts dahinter,

(Abg. Dr. Caroli SPD: Armselig hoch zehn!)

weil es nur auf dem Papier steht und mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht gebraucht wird. Wenn Geothermie ein Förderschwerpunkt ist, dann verstehe ich die Welt nicht mehr.

(Zuruf von der SPD: Heiße Luft!)

Was heute Morgen zum Thema Atomausstieg gesagt wurde, nämlich dass man keinen Atomausstieg, sondern einen direkten Umstieg von Atomenergie in erneuerbare Energien möchte, war lächerlich.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Meine Damen und Herren, das ist für mich ein absoluter Oberhammer. Wie soll das eigentlich funktionieren? Wie soll das Land Baden-Württemberg auf einen großen Energieversorger, der ja eine private Aktiengesellschaft ist, dahin gehend Einfluss nehmen, dass dort die Atomanlagen weiterlaufen und dass mindestens die Hälfte des Gewinns – so wird immer argumentiert – in den Ausbau der erneuerbaren Energien fließt? Wie will man so etwas sicherstellen, wenn man keinen direkten Einfluss mehr hat? Herr Oettinger sagt, die Hälfte müsse herüberfließen. Alles, was heute vom Land in die Geothermie fließt, ist weniger, als der Vorstandsvorsitzende als Jahresgehalt bekommen hat. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie dort Einfluss nehmen können.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Des Weiteren frage ich Sie, wie Sie in dieser Situation mit dem Atomkraftwerksbetreiber – das ist die EnBW – auf der einen Seite mit dem Ergebnis verhandeln wollen, dass er die erneuerbaren Energien ausbaut, also eine Art Deal machen wollen, auf der anderen Seite jedoch gleichzeitig über die Kraftwerke der EnBW weiterhin die Atomaufsicht ausüben wollen. Es geht doch gar nicht, dass wir auf der einen Seite den Deal machen: „Wir fordern euch auf, das Ganze länger laufen zu lassen; ihr müsst dann aber auch investieren“, während auf der anderen Seite jede Investition in die Sicherheit sofort an den Restinvestitionen, am Gewinn abgeht. So will man Atomaufsicht betreiben! So etwas ist völlig indiskutabel. Das wird auch nicht funktionieren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können auch nach der Rede von Ministerpräsident Oettinger heute Vormittag sagen: Das eigentliche Risiko für den Ausbau der erneuerbaren Energien, das eigentliche Standortrisiko für Baden-Württemberg ist diese Landesregierung und sind die sie tragenden Fraktionen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Göschel SPD: Nur heiße Luft als Energiegewinn!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Frau Abg. Dr. Brenner.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Jetzt werden die Dinge wieder ins Lot gerückt!)

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Opposition wirft in ihren Anträgen der Landesregierung ideologische Scheuklappen vor.

(Abg. Dr. Caroli und Abg. Göschel SPD: Zu Recht!)

Dazu muss ich sagen: Ihre sind auch nicht schlecht, denn Sie sehen vor lauter Windrädern den Wald nicht mehr.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP – Abg. Seimetz CDU: Sehr gut!)

Der Bundesverband Windenergie hat in der Presse ja verlauten lassen, er setze auf Ministerpräsident Oettinger, damit man demnächst den Schwarzwald und die Schwäbische Alb mit möglichst vielen Windrädern voll stellen könne.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wo steht das? „Voll stellen“ hat niemand gesagt! – Zuruf des Abg. Drautz FDP/DVP)

Die Landschaft soll dann wahrscheinlich der Schwarzwaldverein schützen. Aber Sie können annehmen, dass er dann auch noch einige Mitstreiter findet.

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Naturräumliche Gegebenheiten ignorieren Sie völlig, denn Binnenland ist nicht Windenergieland. Hier fehlt die Windhöflichkeit,

(Zuruf der Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD)

hier fehlt die Stetigkeit für die Grundlastfähigkeit,

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Weil die guten Standorte nicht zugelassen werden! – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

und die technisch mögliche Leistung der Windräder wird bei uns im Durchschnitt – das ist erwiesen – nur zu etwa 15 % erreicht.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Die Windhöflichkeit ist doch untersucht!)

Mir liegen im Übrigen auch Angebote von Windfonds vor, die 14,45 % Rendite im Jahr versprechen. Da merkt selbst der Dümmste, dass daran etwas faul ist.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Zum Schluss wird das Kapital ausgeschüttet!)

Außerdem frage ich mich, wann Herr Trittin endlich die Windkraftstudie der dena herausrückt. Sie besagt nämlich, dass die Versorgungssicherheit wegen der unzuverlässigen Windkraft schon heute gefährdet sei und dass das europäische Hochspannungsnetz überlastet sei.

(Abg. Döpper CDU: So! Genau!)

Bläst der Wind nicht, wie im Sommer 2003, braucht man Kohle- und Atomstrom, bläst er zu stark, zum Beispiel in Norddeutschland, sind die Netze überlastet.

Selbst der Chef von REpower Systems – dabei handelt es sich ja wirklich nicht um einen „CDU-Laden“ – rät dazu, die Laufzeiten der Atommeiler wenigstens zu verlängern, damit zu akzeptablen Kosten Ersatz geschaffen werden kann.

Man kann in den nächsten Jahren nicht einfach drei von fünf Kraftwerksblöcken abschalten, ohne dass man hierfür Ersatz hat, wenn man zu 60 % am Strom durch Kernkraft hängt. Man kann Ziele haben – das ist richtig –, aber man sollte dann schon im Bereich seiner Möglichkeiten bleiben.

(Beifall bei der CDU – Abg. Seimetz CDU: Richtig!)

Zu den Möglichkeiten: Bei der Wasserkraft liegen die großen Potenziale sicherlich am Rhein – nicht nur in Rheinfelden, sondern auch in Iffezheim und Gamsheim scheint doch einiges möglich zu sein. Wir haben 1 263 Wasserkraftanlagen, die im Windräderrücklicht völlig untergehen. Ist das etwa nichts?

Sie sagen, wir würden nichts tun. Lesen Sie einmal die Stellungnahme zu unserem Antrag Drucksache 13/4030 vom April dieses Jahres. Was halten Sie denn nun von unserem „Klimaschutz-Plus“-Programm? Wir fördern Biomasse, Blockheizkraftwerke, die Heizenergie und Strom liefern. Wir fördern Wärmepumpen, Pelletsanlagen, Solaranlagen, und dies mit 9 Millionen € pro Jahr.

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

9 Millionen € sind nicht gerade nichts, Herr Knapp.

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Was auch wichtig ist: In diesem Programm werden Energiesparmaßnahmen im Bereich von Beleuchtung, Belüftung und Kälte gefördert, das heißt Anlagen, die zu weniger Energieverbrauch führen. Das ist ein Bereich, den die Bundesregierung nun völlig brachliegen lässt. Wir sind hierbei nicht auf spezielle Techniken fixiert. Nur die Bundesregierung maßt sich an, schon heute zu wissen, wie wir in 20 Jahren Energie produzieren.

Wir sind jetzt in die Geothermieförderung eingestiegen – ein großes Potenzial bei uns. Wir fördern die Tiefengeothermie, die für die Stromversorgung infrage kommt.

(Zurufe der Abg. Göschel und Dr. Caroli SPD)

Wir haben ein Flächenprogramm für die oberflächennahe Geothermie aufgelegt. Im Moment haben wir etwa 2 700 Erdwärmesonden, und wir möchten, dass noch viel mehr hinzukommen. Die Erdwärme reduziert im Übrigen unsere Abhängigkeit vom Öl und mindert den CO₂-Ausstoß. Das finde ich wirklich gut.

Wir gehen davon aus, dass die aus Biomasse produzierte Strommenge in den nächsten zehn Jahren annähernd verzehnfacht werden kann. Das ist eine sehr anspruchsvolle Vorgabe, aber sie kann erreicht werden.

(Dr. Carmina Brenner)

Der Landwirtschaftsminister führt jetzt federführend alle Institutionen im Bereich der Forschung zusammen, die sich mit Bioenergie befassen. Wir haben eine ganze Reihe von hervorragenden Instituten im Land, beispielsweise das Institut für Technische Thermodynamik in Stuttgart, das ZSW oder die KEA in Karlsruhe. Sie sollten sich einmal die Jahresberichte dieser Institute ansehen; denn darin steht alles, was für eine zukunftsfähige Energieversorgung im Bereich Strom, Wärme und Kraftstoffe nötig ist.

Nur ein paar Stichworte: Erzeugung von wasserstoffreichen Brenn- und Synthesegasen. Das heißt, man will schadstoffarme Gase für alle Anwendungszwecke aus einem ganz breiten Spektrum von Biomasse herstellen. Ziel ist die Herstellung eines sauberen Gases für emissionsfreie Kraftwerke. Die Brennstoffzelle wird ebenso wie die Photovoltaik und die dezentrale Kraft-Wärme-Nutzung erforscht. Es wird bei den Großbatterien geforscht, und wir werden im Rahmen der Zukunftsoffensive IV mit 10 Millionen € in die Anwendungsforschung bei nachwachsenden Rohstoffen und Bioenergie einsteigen.

Wir werden also genau das tun, was in einer im Auftrag der Grünen erstellten sehr interessanten Studie des Öko-Instituts in Freiburg gefordert wird. Aber während Sie sich in Studien verausgaben, stellen wir hier konkret Geld ein, nämlich 10 Millionen €.

(Lachen des Abg. Boris Palmer GRÜNE – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wir haben das nicht abgelehnt, Frau Kollegin! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Holz spielt eine große Rolle, zum Beispiel in Form von Hackschnitzeln oder Pellets. Ich halte sehr viel von Pellets, denn da, wo wir Sägewerke haben, liegt das Rohmaterial in Form von Sägemehl vor, ohne dass man teure Zwischenbearbeitungsschritte braucht. Meiner Meinung nach ist es sowieso ein volkswirtschaftlicher Unsinn, Pellets aus Österreich einzuführen. Wenn man jetzt die Kosten durch die Maut hinzurechnet, ist der Transportkostenanteil so hoch wie der Materialwert, und wir können das auch selber machen.

Ich freue mich, dass nun einige große Pelletpressen in Betrieb gehen oder schon gegangen sind, zum Beispiel die Anlage in Buchenbach,

(Zuruf des Abg. Dr. Witzel GRÜNE)

sodass wir mit einheimischem Material unter Reduzierung der Transportwege diesen Energieträger nutzen können. Im Moment gilt dies natürlich erst für den Wärmesektor, aber – wir haben im Rahmen der Feinstaubdiskussion auch über den großen Anteil der Ölheizungen als Verursacher gesprochen – wir können hier zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, wenn Ölheizungen künftig durch Pelletsheizungen ersetzt werden können.

Aber Pellets, Hackschnitzel und die übrige Biomasse eignen sich auch für die Stromproduktion im Grundlastbereich. Auch da liegen noch Potenziale. Genau hier tun wir etwas: Wir setzen Geld ein, wir führen Kompetenzen zusammen, wir fördern den Technologietransfer. Außerdem gibt es hier bestimmt auch Möglichkeiten für dezentrale Kraftwerke,

Herr Witzel, von denen ich auch sehr viel halte, zum Beispiel betrieben mit Biogas oder mit Brennstoffzellen.

Deswegen sollte man sich nicht in unsinnigen Vorwürfen ergehen, sondern konstruktiv mitarbeiten. Es steht nämlich sehr viel Arbeit an – allerdings für Fachleute und nicht für Ideologen.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE – Abg. Dr. Caroli SPD: Sie sprechen wie der Blinde von der Farbe! Arroganter Unsinn!)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es fällt jetzt gar nicht so leicht, nach dem Gemälde menschlicher Leidenschaften, das Herr Knapp in den Raum gestellt hat, wieder die Linie zu finden. Ich bin auch kein Referats- oder Sachgebietsleiter, der die Fülle der Dinge auflisten könnte, die auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien gemacht werden.

Als Politiker haben wir uns ein Ziel gesetzt – und Sie haben Recht, wenn Sie hier nachfragen –: Wir haben uns gefragt – das kam auch in der heutigen Regierungserklärung deutlich zum Ausdruck –: Erreichen wir das von uns gesteckte Ziel, den Anteil der erneuerbaren Energien zu verdoppeln, oder erreichen wir es nicht?

Zunächst einmal wollen wir an diesem Ziel festhalten.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Zunächst einmal? Wieso „zunächst einmal“?)

Das soll nicht etwa in dem Sinne geschehen, wie Sie, Herr Caroli, jetzt meinen, nämlich nach dem Motto

(Zuruf des Abg. Kaufmann SPD)

„Nachdem sie das Ziel aus den Augen verloren haben, haben sie es umso beharrlicher verfolgt“. Vielmehr halten wir an diesem Ziel fest, weil die Gründe, die für diese Zielsetzung sprechen, nach wie vor uneingeschränkte Gültigkeit haben.

Das heißt zum einen, dass wir die Potenziale der erneuerbaren Energien weiterhin für eine nachhaltige Energieversorgung nutzen.

Zum anderen bedeutet es, dass wir nicht nur auf Forschung und Entwicklung setzen können, sondern dass wir den Transfer brauchen, damit auch ein entsprechender quantifizierbarer Nutzen entsteht.

Drittens haben wir als Industrienation – das ist absolut richtig – auch eine Verantwortung für Umwelt und Klima.

Viertens dienen Forschung, Entwicklung und Transfer unserer Wirtschaft in Baden-Württemberg, schaffen hier Arbeitsplätze und geben vor allem auch Exportmöglichkeiten. Das alles hat für uns einen absolut unveränderten Stellenwert.

(Beifall bei der FDP/DVP)

(Hofer)

Ich räume auch ein, dass die Gutachten zeigen, dass wir alle noch mehr Fördermittel, mehr Geld aus dem Haushalt brauchen könnten. Wir alle wissen, dass der Haushalt hier Grenzen setzt. Das wissen Sie alle; und alles, was wir darüber hinaus sagen, ist Rabulistik. Und weil die Gelder knapp sind, müssen wir darauf achten, dass wir Prioritäten setzen und dass wir erneuerbare Energien vor allem dort einsetzen, wo in Baden-Württemberg unsere Stärken liegen.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Sehr richtig!)

In Baden-Württemberg haben wir nicht alle Stärken. An der Ostsee ist es sehr schön; die haben mehr Wind. Auch bei uns ist es schön, aber wir haben mehr Geothermie. Wenn wir weniger Geld haben – das würde jeder in seinem Privathaushalt genauso machen –, müssen wir das Geld dort einsetzen, wo die Kosten-Nutzen-Relation am besten ist.

(Abg. Drautz FDP/DVP: So ist es, Herr Witzel! – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Richtig!)

Auch die Gutachten haben zu einer verstärkten Nutzung der Großen Wasserkraft geraten. Dafür haben wir uns doch alle eingesetzt, Herr Knapp. Wir haben sogar einen interfraktionellen Antrags gestellt, damit nicht nur kleine, sondern auch große Kraftwerke gefördert werden.

(Zuruf des Abg. Göschel SPD)

Glücklicherweise ist das auch gelungen.

Die zweite Empfehlung war die eines breiten Einstiegs in die geothermische Wärme- und Stromerzeugung. Genau das tun wir.

Als Drittes wurde zur Nutzung der Biomasse geraten – als „Allrounder“, den man nutzen kann für

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wärme und Strom!)

Wärme und Strom, auch für Betriebsmittel,

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Auch Kraftstoffe kann man daraus machen!)

also statt Benzin und Kraftstoff. Genau das tun wir.

Nun könnte man vielleicht noch sagen, wir täten nicht genügend. Aber wir stellen unser Licht ja immer etwas unter den Scheffel. Wir sind sehr dicht an diesem Verdopplungsziel dran. Das möchten wir der Öffentlichkeit auch einmal sagen. Wir sind gar nicht so schlecht.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: So ist es!)

Manchmal muss man fragen: Warum sind wir so gut, und keiner sagt es uns?

(Beifall bei der FDP/DVP – Lachen bei der SPD und den Grünen)

1997 hatten wir als Ausgangsposition 6 %, und 12 % wollen wir erreichen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Wir haben 2002 8 % erreicht, und mit der Großen Wasserkraft – übrigens kommen mit Gamsheim und Iffezheim,

wie Frau Brenner sagte, noch einmal 120 Megawatt hinzu – werden wir weit über 10 % kommen.

(Abg. Drexler SPD: Sie haben doch dagegen gestimmt!)

Wenn wir eine solche Punktlandung etwa bei der Nettonullneuerschuldung hinbekommen würden, würden wir uns auf die Schulter klopfen. Wir kommen ganz dicht an unser Verdopplungsziel heran.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Das ist doch nicht Ihr Verdienst, Herr Hofer! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Abschließend möchte ich, weil Sie unsere Förderung der Geothermie so herunterreden – wir betonen sie erst seit kurzem so stark –, noch sagen: Das sind 6 Millionen €. 3 Millionen € werden von der EnBW hinzugegeben.

(Abg. Drexler SPD: Sie stimmen im Bundestag dagegen!)

Leute, das ist doch nicht „nichts“! Das sind doch enorme Zahlen. Sie brauchen nur einmal in den Rundfunk hineinzuhören; da wird fast jeden Tag dafür geworben, die Oberflächengeothermie zu nutzen. Im Grunde genommen machen wir das, was Sie ständig fordern. Das Einzige, was Sie ärgert, ist die Tatsache, dass das nicht von Ihnen, sondern von uns kommt.

(Beifall der Abg. Kleinmann FDP/DVP und Seimetz CDU – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Da muss ich mich doch fragen, was da eigentlich gilt.

Ich hätte noch einige Punkte zur Biomasse, die wir genauso einsetzen können. Sie ist ständig vorhanden, zu jeder Zeit und an jedem Platz, während Sie Wind allenfalls permanent machen können; er ist aber nicht immer vorhanden, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit der Abg. Kleinmann FDP/DVP und Röhm CDU – Abg. Seimetz CDU: Die machen schon Wind!)

Wenn der Wind fehlt, meine Damen und Herren, müssen Sie Ersatzkraftwerke bereitstellen, die die fehlende Energie erzeugen. Wir alle wissen, dass die Windenergieerzeugung bundesweit im Abwind ist. Sie wird noch gefordert und gefördert, aber Sie wissen genau, dass in der Zwischenzeit jeder erkannt hat, dass es eine Überförderung gibt und dass mit dem Setzen auf Windenergie Probleme für die Sicherheit unserer Versorgung entstehen. Wenn Sie auf 50 % Windenergie setzen und der Wind einmal ausfällt, dann haben Sie keinen Strom und müssten plötzlich Ersatzkraftwerke, die Sie gar nicht schaffen können, anschalten.

Deshalb wollen wir auf Energieformen setzen, die unsere Stärke sind, aber nicht auf etwas, was Sie sich einmal in den Kopf gesetzt haben und bei dem Sie nun eine Weile brauchen, bis Sie wieder davon loskommen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat 1999 ein wichtiges Ziel beschlossen: Bis zum Jahr 2010 soll der Anteil der erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg verdoppelt werden. Das ist ein ehrgeiziges Ziel.

Wir Grünen haben gesagt, wir unterstützen das. Wir sind ja keine Neinsager; wichtige Sachen werden von uns unterstützt.

Jetzt, im Jahr 2005, ist etwa Halbzeit. Deshalb ist jetzt auch die Zeit, eine erste Bilanz zu ziehen. Frau Brenner, es geht ja nicht darum, was gefördert wurde und wie viel Geld in die Programme geflossen ist, sondern solche Ziele wie das Verdopplungsziel setzt man sich, um sie zu erreichen. Daher muss man jetzt prüfen, ob das Verdopplungsziel tatsächlich erreicht wird.

Herr Hofer, im Gegensatz zu Ihnen habe ich da eine andere Sicht der Dinge.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Nämlich?)

Ich habe mit dem Antrag Drucksache 13/4030 nachgefragt, wie weit wir mit dem Erreichen des Verdopplungsziels sind. Die Ergebnisse im Jahr 2002 sehen ganz gut aus: im Basisjahr 5,6 %, im Jahr 2002 8 %. Wenn man 11 % erreichen will, sieht das ganz gut aus. Das gilt aber nur auf den ersten Blick.

Wenn man sich die Daten näher anschaut, dann sieht es laut Energiebericht so aus

(Abg. Dr. Witzel hält den Energiebericht 2004 des Wirtschaftsministeriums hoch. – Abg. Hofer FDP/DVP: Das ist Bund! Das ist nur Papier!)

– das ist Landesstatistik; das ist der Energiebericht des Landes, Herr Hofer; reden Sie sich nicht raus! –: Wir hatten im Jahr 1998 ein schlechtes Wasserjahr. Wir hatten 1999 ein besseres Wasserjahr. Wir hatten im Jahr 2000 ein noch besseres Wasserjahr. Dieser Zuwachs an Wasser, das den Rhein und alle anderen Bäche heruntergeflossen ist, hatte zur Folge,

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ist der Rhein ein Bach?)

dass Ihre Statistik durch viel Regen in den Folgejahren – 1998 war es schlecht, 2000 war es deutlich besser – geschönt wurde.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Ein Geschenk des Himmels! – Abg. Hofer FDP/DVP: Es ist doch sehr schön, dass es wieder geregnet hat!)

Wenn Sie in den aktuellen Energiebericht reingucken, finden Sie eine Fußnote: Bei Strom aus Wasserkraft im Jahr 2003 ist ein Minus von 25 % zu erwarten. Damit sind wir bei der erneuerbaren Stromerzeugung beinahe wieder auf dem Stand des Jahres 1998.

Meine Damen und Herren, fast alles, was Sie hier an Statistiken vorlegen, um den Zuwachs bei den erneuerbaren Energien zu belegen, haben Sie dem Wettergott zu verdanken.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Eben!)

Vielleicht stellen Sie im Wirtschaftsministerium mal einen Regenmacher ein, der noch mehr Regen schafft.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Wollen Sie so das Verdopplungsziel erreichen? Oder Sie singen jeden Morgen im Ministerium: „Wann kommt der große Regen?“ Da gibt es ja einen alten Schlager. Das wäre doch eine gute Möglichkeit.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Kollege Dr. Witzel, sie haben als Berater einen Pfarrer! Das brauchen sie nicht!)

Herr Hofer, die Statistik spricht nicht für Sie. Weitermachen wie bisher hilft nicht; wir müssen mehr tun, um das Verdopplungsziel zu erreichen. Dazu sind verschiedene Schritte notwendig.

Ich möchte im Rahmen der knappen Zeit drei Punkte benennen:

Erstens: Geothermie. Die Geothermie ist von der CDU als der große Hoffnungsträger entdeckt worden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Wir begrüßen es auch, dass die Fündigkeitsrisiken jetzt abgesichert werden, damit Investoren größere Sicherheit haben und deshalb in die Geothermie investieren.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP)

Sie kommen damit einem alten Antrag von uns nach. Herzlich willkommen im Klub!

Ich darf gleichzeitig sagen, was auch in der Antwort der Landesregierung über die Erfolgsaussichten der Geothermie steht. In Drucksache 13/2514 steht auf Seite 5, dass „mittelfristig mit relevanten Beiträgen der Geothermie in einem zukünftigen Energiemix nicht zu rechnen“ ist. Das heißt also, wir werden noch etwas Zeit brauchen. Dann kann die Geothermie einen wichtigen Beitrag leisten. Die Geothermie allein kann aber nicht das erbringen, was für das Erreichen des Verdopplungsziels notwendig ist.

Zweiter Punkt: Biomasse. Wir haben heute Morgen vom neuen Ministerpräsidenten gehört, dass er Ja zum Holz sagt. Gut, wir sagen auch gerne Ja zum Holz. Denn Holz ist wichtige Biomasse. Und Biomasse ist der Energieträger, der in Baden-Württemberg die Menge der erneuerbaren Energien bringen kann. Wir müssen hier einen Schwerpunkt setzen. Wir müssen dafür sorgen, dass die Biomasse nicht nur für Wärme verfeuert wird, sondern dass wir aus Biomasse auch Strom machen. Das ist ein wichtiger Punkt. Deshalb sagen auch wir Grünen Ja zum Holz und Ja zu Strom aus Biomasse.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Dr. Witzel)

Ich möchte auch noch einen dritten Punkt ansprechen: die Windkraft, die ja hier im Haus immer strittig diskutiert wird. Die Windkraft hat ohne Zweifel nicht nur an der Küste, sondern auch in guten Lagen von Schwarzwald und Schwäbischer Alb hohe Ertragschancen. Auch dort kann man Windstrom ernten, und zwar in gleicher Menge wie an der Küste. Notwendig ist aber jetzt, dass die guten Standorte auch tatsächlich genutzt werden können. Die jetzige Regionalplanung verbaut aber gerade diese Chancen.

Ich darf aus einer aktuellen Presseerklärung des Bundesverbands Windenergie zitieren – da geht es um den Regionalverband Südlicher Oberrhein –:

Obwohl an rund 100 herausragenden Standorten der Region das Kriterium Windhöflichkeit gegenüber anderen Belangen Vorrang haben soll, folgt der Regionalverband diesem selbst gesteckten Ziel nicht und schließt die besten Standorte wegen zu hoher Sichtbarkeit vollständig aus.

Meine Damen und Herren, wenn wir so an die Windkraft herangehen, dass wir sagen: „Wenn man die Windräder sieht, dann müssen sie verboten werden; wir bauen sie nur dorthin, wo sie nicht gesehen werden“, dann wird die Windkraft keinen Beitrag leisten. Daher ist es wichtig, dass hier eine andere Regionalplanung kommt, dass die Regionalplanung auch wirklich windhöfliche Standorte ausweisen kann. Dann wird die Windkraft ihren Beitrag leisten und auch einen wichtigen Beitrag zum Verdopplungsziel erbringen können.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen sowie der Abg. Göschel und Wichmann SPD)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Minister Pfister.

Wirtschaftsminister Pfister: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie in dieser Debatte wenigstens einmal für einen Augenblick alle energiepolitischen Nebelkerzen beiseite legen, dann werden Sie erkennen, worauf es generell in der Energiepolitik des Landes in den nächsten Jahren und Jahrzehnten ankommt: aus meiner Sicht auf einen vernünftigen Energiemix. Jetzt will ich nicht darüber sprechen, wie dieser Energiemix im Einzelnen zusammengesetzt sein wird. Das werden wir vielleicht in der nächsten Runde machen.

Aber eines ist aus meiner Sicht klar: Wir sollten versuchen, den Anteil der Energie aus fossilen Kraftwerken tendenziell zurückzudrängen. Dafür sprechen die bekannten ökologischen Gründe.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: SO₂, CO₂!)

Aus meiner Sicht ist klar, dass wir auch über das Jahr 2020 hinaus nicht auf Kernkraft verzichten können, auch wenn wir sie nicht mehr in dem Umfang benötigen, wie das heute der Fall ist. Vor allem aber ist eines klar: Um dies zu kompensieren, muss in einem solchen Energiemix der Anteil der regenerativen Energien auf jeden Fall steigen.

Das war ja auch der Grund, weshalb die Landesregierung nicht nur schon in der vorletzten Regierungserklärung, sondern auch heute noch einmal deutlich gemacht hat, dass wir einen zunehmenden Anteil regenerativer Energien an der Stromerzeugung wollen. Weil dies so ist, kann keine Rede davon sein, dass sich die Landesregierung in der Vergangenheit aus der Förderung der erneuerbaren Energien zurückgezogen hätte

(Abg. Schmiedel SPD: Sie bekämpfen sie!)

oder gar das Verdopplungsziel aufgegeben hätte.

(Abg. Göschel SPD: Wo keine Förderung ist, kann man nichts zurückziehen!)

Ich weiß, dass dieses Verdopplungsziel ein ehrgeiziges Ziel ist. Das hängt auch mit Kosten zusammen; darauf wurde zu Recht hingewiesen. Das hängt mit Kosten im Forschungsbereich zusammen. Niemand wird ernsthaft bestreiten, dass Baden-Württemberg gerade im Forschungsbereich eine Spitzenposition in Deutschland und in Europa hat. Aber das hängt natürlich auch mit Markteintrittsbedingungen zusammen, die auch mit Kosten verbunden sein werden.

Aber die entscheidende Frage, über die wir heute sprechen – Kollege Hofer hat es auf den Punkt gebracht –, ist nicht nur die Frage, ob wir diese Verdopplung wollen, sondern ob wir auf dem richtigen Weg sind, ob wir in den letzten fünf Jahren, wie Sie behaupten, nun wirklich überhaupt nichts getan haben oder ob in den letzten Jahren nicht tatsächlich auch etwas erreicht worden ist. Wenn man diese Frage beantworten will, ist es am besten, man schaut sich die Zahlen an.

(Abg. Hofer FDP/DVP: So ist es!)

Da sieht es eben so aus, dass wir im Basisjahr mit einem Anteil der regenerativen Energien an der Stromerzeugung von 6 % gestartet sind. Das bedeutet: Das Ziel muss eine Verdopplung auf 12 % im Jahr 2010 sein. Wir sind heute – mir liegen die neuesten Zahlen vor – bei 8,2 % gelandet. Das heißt im Klartext: Wir brauchen noch 3,8 Prozentpunkte, um unser Ziel im Jahr 2010 zu erreichen. Das ist keine leichte Aufgabe. Das Ziel ist aber erreichbar, wenn man es wirklich will. Die Landesregierung will dieses Ziel erreichen, und wir werden dieses Ziel erreichen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Ich bin deshalb so optimistisch, weil in der Zwischenzeit nicht nur Zielformulierungen stattgefunden haben, sondern auch neue Instrumente hinzugekommen sind. Bei regenerativen Energien sprechen wir hauptsächlich über die Grundlast. Wir haben ja einen Energiemix. Wenn auf der einen oder anderen Seite etwas wegfällt, sei es Kernenergie oder Energie aus fossilen Kraftwerken, muss in erster Linie die Grundlast ausgeglichen werden. Deshalb – verzeihen Sie – will ich nicht auf alle möglichen Formen der regenerativen Energien eingehen, sondern vor allem die Energien herausnehmen, die wir im Grundlastbereich besonders gut einsetzen können und die für Baden-Württemberg besonders günstig sind. Das ist eine Grundwahrheit.

Ich habe keine Lust, gegen die Windkraft zu polemisieren – darum geht es mir nicht –, aber ich weiß natürlich auch,

(Minister Pfister)

dass der aktuelle Anteil der Windkraft an der Stromerzeugung in Baden-Württemberg 0,3 % beträgt.

(Abg. Knapp SPD: Weil man den Ausbau verhindert!)

– Passen Sie auf, Herr Knapp! Mag ja sein, aber der Anteil beträgt nur 0,3 %. Stellen Sie sich einmal eine Sekunde vor, wir wären bereit, den Anteil der Windkraft in den nächsten drei bis fünf Jahren zu verzehnfachen. Dann wären wir bei einem Beitrag von 3 % an der Stromerzeugung, müssten hierfür aber 150 bis 170 zusätzliche Windräder in Baden-Württemberg aufstellen. Das kann man alles machen. Wenn Sie aber andere Möglichkeiten haben, zum Beispiel Wasserkraft, Biomasse oder in Zukunft auch Geothermie, die für Baden-Württemberg viel typischer und außerdem wesentlich effizienter sind, wären wir „bescheuert“, wenn wir diese Möglichkeiten nicht stärker nutzen würden.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Warum passiert dann nichts?)

Kommen wir zur Großen Wasserkraft. Die Große Wasserkraft ist und bleibt das starke Standbein der regenerativen Energien, wenn es um den Beitrag zur Erzeugung von Strom geht. Ich habe noch ganz genau in Erinnerung, dass alle Fraktionen dieses Landtags einstimmig dafür plädiert haben, in Zukunft neben der so genannten Kleinen Wasserkraft auch die Große Wasserkraft zu fördern, also alles über 5 Megawatt Leistung. Alle waren dafür.

(Abg. Knapp SPD: Die Landesregierung hat es im Bundesrat blockiert!)

Wir waren deshalb dafür, Herr Kollege Knapp, weil wir ganz genau wussten, dass durch den Einbezug der Wasserkraft exzellente Chancen bestehen, die zu den 12 % noch fehlenden 3,8 Prozentpunkte bis zum Jahr 2010 tatsächlich zu erreichen. Darin sind wir uns völlig einig.

(Abg. Knapp SPD: Richtig! Und wie hat die Landesregierung in Berlin abgestimmt?)

Deshalb ist es absolut in Ordnung, dass es das EEG gibt, weil ich da eine Möglichkeit sehe. In der Zwischenzeit ist übrigens klar, dass Rheinfelden kommt; das ist beschlossene Sache. Es wird aber nicht nur Rheinfelden kommen. Das Laufwasserkraftwerk Albbrock-Dogern wird genauso hinzukommen. Ich bin auch sehr sicher, dass für weitere Standorte am Oberrhein – Iffezheim, Gamsheim – Planungen laufen und eine fünfte Turbine bereitgestellt werden soll.

Wenn Sie dies alles zusammen betrachten, werden Sie feststellen, dass allein die Wasserkraft in Zukunft in der Lage sein wird, den zusätzlichen Schub zu bringen, den wir noch brauchen, um das Verdopplungsziel zu erreichen.

Biomassenutzung – ich will es nicht wiederholen – ist ein typisches Energiepotenzial für Baden-Württemberg. Weil wir ein sehr walddreiches Land sind, werden wir diese Biomasse nutzen, und zwar nicht nur für Strom, nicht nur für Wärme, sondern auch für den Kraftstoffsektor. Es gibt genügend Beispiele, die zeigen, dass Biodiesel auch im Kraftstoffsektor, also im Verkehrsbereich, eine zunehmende Bedeutung haben wird.

Jetzt sind aus den anderen Häusern – Ministerium Ländlicher Raum, Umweltministerium – Zahlen vorgetragen worden, die alle dazu beitragen, dass dieses Ziel erreicht werden kann. Ich will das jetzt überhaupt nicht im Einzelnen wiederholen.

Ein Bereich, den ich aus umweltpolitischen Gründen noch einmal herausgreifen will, ist das Altbausanierungsprogramm. Ich halte das für eine exzellente Angelegenheit. Mir tut es in der Seele weh, dass aus den bekannten Gründen gerade in diesem Bereich gekürzt werden musste.

Worum geht es? Wann immer wir über Umweltpolitik sprechen – auch im Zusammenhang mit der Energiepolitik –, sollten wir uns vor Augen halten: Würden wir in der Lage sein, sämtliche Altbauten in Baden-Württemberg zu sanieren – energetisch wohlgemerkt –, dann würde das theoretisch bedeuten, dass wir auf diese Art und Weise den CO₂-Ausstoß um 75 % – um 75 %! – reduzieren könnten und im Energiebereich gleichzeitig ein enormes Einsparpotenzial hätten,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Warum kürzt man dann ausgerechnet da?)

ganz abgesehen davon, dass dies ein gigantisches Beschäftigungsprogramm für das Handwerk wäre.

Deshalb weise ich, obwohl dieser Bereich nicht zum Wirtschaftsministerium gehört, darauf hin, dass ich das Altbausanierungsprogramm – –

(Abg. Knapp SPD: Das ist bei Ihnen im Ministerium!)

– Nein, eben nicht.

(Abg. Göschel SPD: Nicht mehr!)

Dafür ist das im Umweltministerium zuständig.

(Abg. Knapp SPD: Nein, das Innenministerium!)

– Ja. Für den Bau ist jetzt wohl das Innenministerium zuständig.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ja!)

Also, ich plädiere jedenfalls für dieses Programm – ich glaube, da sind wir uns einig –, weil das wirklich ein tolles Programm ist, mit dem man sowohl eine energetische Nutzung erreichen kann als auch umweltpolitischen Aspekten Rechnung tragen kann.

Nächster Punkt: Erdwärme. Natürlich ist es wahr, dass die Erdwärme keine Angelegenheit ist, die übermorgen nutzbar ist – das weiß auch ich –, aber, verehrte Damen und Herren, ich komme noch einmal auf den Energiemix zurück. Ich will mich mit dem Verdopplungsziel bis 2010 ja gar nicht zufrieden geben. Denn wir haben ja immer noch die Vorstellung, dass wir auch im Jahr 2020, im Jahr 2040 und im Jahr 2050 in eine Situation kommen, in der wir in diesem Energiemix bestimmte Ressourcen ein Stück weit auch ersetzen wollen, wenn auch nicht unbedingt in dem Umfang, der bis 2010 nötig ist. Aber im Jahr 2050 muss mehr als eine Verdopplung erreicht sein. Deshalb war es eine richti-

(Minister Pfister)

ge Entscheidung der Landesregierung, auf die Erdwärme zu setzen, und zwar sowohl auf die oberflächennahe als auch auf die tiefe. Da sind Millionen eingesetzt worden.

Übrigens: Unterschätzen Sie die EVUs nicht! Am Beispiel Erdwärme haben Sie gesehen, dass sie sich finanziell beteiligen. Ich habe wenig Zweifel – aber das wird man noch im Einzelnen klären müssen –, dass sich die EVUs auch in Zukunft sehr wohl – in welcher Form auch immer – finanziell beteiligen werden, wenn es darum geht, solche alternative Energien bereitzustellen. Denn selbstverständlich wissen auch die EVUs, dass der Trend in diese Richtung geht und sich der Energiemix in Zukunft verändern wird. Es war also eine richtige Entscheidung, die Erdwärmenutzung zu fördern. Davon werden wir profitieren; da sind Millionen eingesetzt worden. Das ist aus baden-württembergischer Sicht ein riesiges Potenzial – ein riesiges Potenzial! –, das wir selbstverständlich nutzen müssen, wenn nicht heute, dann eben spätestens übermorgen.

Wir brauchen Geld – das ist wahr –, wenn es um den Markteintritt geht. Die Stichworte hierzu lauten Photovoltaik und Brennstoffzelle. In beiden Bereichen – Photovoltaik und Brennstoffzelle – sind wir absolut in der Champions League, meine Damen und Herren, was den Forschungsbereich angeht. Wenn Sie die Hannover-Messe oder die entsprechenden Institute in Ulm besuchen, wird Ihnen überall bestätigt, dass wir in beiden Bereichen absolut in der Champions League sind. Es wird aber jetzt darauf ankommen, den Markteintritt entsprechend zu begleiten. Dazu brauchen Sie Kleingeld, und nicht zu wenig.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Deshalb komme ich noch einmal darauf zurück: Dies wird über den Landeshaushalt allein nicht geschultert werden können, so gern ich das täte. Wir werden das in diesen Dimensionen nicht schultern können. Deshalb sage ich noch einmal: Ich setze hier auf eine Partnerschaft auch mit den EVUs.

Kurz gesagt, meine sehr verehrten Damen und Herren: Ich bin davon überzeugt, dass die Zukunft den regenerativen Energien gehört. Ich bin nicht davon überzeugt, dass wir damit auf Sicht von zehn Jahren zum Beispiel den Anteil der Kernenergie ersetzen könnten. Das ist aber kein Grund, auf regenerative Energien zu verzichten. Ganz im Gegenteil, wir müssen unsere Maßnahmen mit dem Blick auf die Jahre 2050, 2060 treffen.

Eines ist klar: Eine Energiepolitik künftiger Jahre, eine Energiepolitik künftiger Jahrzehnte ohne regenerative Energie ist für mich überhaupt nicht vorstellbar. Deshalb wird diese Landesregierung alle Möglichkeiten nutzen,

(Abg. Göschel SPD: Außer Geld!)

um nicht nur das Verdopplungsziel bis 2010 zu erreichen, sondern darüber hinaus noch mehr für die regenerativen Energien zu tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Birzele: Das Wort erhält Herr Abg. Knapp.

Abg. Knapp SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Sie haben gerade gesagt, man solle die Nebelkerzen beiseite legen.

(Minister Pfister: Ja!)

Ich glaube, das sollte man fairerweise einmal machen.

(Minister Pfister: Ja!)

Trotzdem muss man einfach einmal auf die Tatsachen eingehen. Sie haben gesagt – auch die Kollegin Brenner hat es gesagt –, wir sollten ideologiefrei an dieses Thema herangehen.

(Minister Pfister: Ja!)

Gehen wir doch einmal an die Windkraft wirklich ideologiefrei heran. Bei der Windkraft gibt es zwei Hauptthemen. Das eine ist: Bei uns in Baden-Württemberg haben wir Windhöffigkeit – Kollege Witzel hat es gesagt – im Schwarzwald und auf der Schwäbischen Alb.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: In den Naturschutzgebieten!)

Mit über sechs Metern pro Sekunde ist die Windhöffigkeit dort im Durchschnitt so hoch wie an Küstenstandorten.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Aber das sind Naturschutzgebiete!)

Wir haben die Windhöffigkeit. Man sollte also nicht so tun, als ob bei uns nicht die Voraussetzungen vorhanden wären. Aber bei uns werden Anlagen an diesen Standorten verhindert, meine Damen und Herren.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist unlogisch! – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Wegen Naturschutz und Vogelschutz!)

Genau das ist der Vorwurf an Sie, Herr Minister: Sie sorgen nicht dafür, dass Investitionen von Privaten stattfinden können, da Sie wissen, dass die Einspeisevergütungen im Erneuerbare-Energien-Gesetz geregelt sind.

(Abg. Fleischer CDU: Sind Ihnen Naturschutzgebiete egal?)

Das Zweite, liebe Kolleginnen und Kollegen, betrifft das Thema Einspeisevergütung, das Sie auch immer ansprechen. Ich habe vorhin wieder den Satz gehört, die Förderung der Windenergie sei überhöht.

(Abg. Fleischer CDU: Ich weiß, was das bringt!)

Schauen Sie sich doch einmal an, was gefördert wird: Es wird nur die erzeugte Kilowattstunde gefördert. Es wird kein Invest gefördert, sondern nur die erzeugte Kilowattstunde, und die wird in einer Größenordnung umlagefinanziert,

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Abschreibung ist auch eine Förderung!)

wie dies genau bei der Wasserkraft auch stattfindet. Deshalb sage ich Ihnen: Bei der Windkraft kann man ganz si-

(Knapp)

cherlich nicht sagen, dass sie überhöht gefördert werde. Das muss man einfach einmal so sehen.

(Zurufe der Abg. Heiderose Berroth FDP/DVP und Zimmermann CDU)

Zu der Abschreibung, die Sie, Kollegin Brenner, angesprochen haben: Jede Wasserkraftanlage wird abgeschrieben, jede Biomassekraftanlage wird abgeschrieben, nur bei der Windenergie ist die Abschreibung für Sie ein rotes Tuch.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Aber das ist eine Förderung!)

Da muss man doch wirklich fragen, was das soll. Jedes Auto eines Betriebs wird als Anlage des Betriebs abgeschrieben. Nur bei der Windkraft soll die Abschreibung etwas Negatives sein.

Sie werden zur Kenntnis nehmen müssen, meine Damen und Herren – auch Sie Herr Minister; Sie haben in Teilen ja wirklich ideologiefrei gesprochen –, dass es bei den erneuerbaren Energien keinen Königsweg gibt und dass man dort wirklich alles an all den Stellen tun muss, wo es möglich ist.

(Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Einverstanden! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Ich bin der Meinung: Da tun Sie bei weitem zu wenig.

Wenn wir das Verdopplungsziel erreichen, erreichen wir es vor allem deshalb, weil der Bund das EEG erlassen hat. Sie verhindern sogar noch Investitionen, die in Baden-Württemberg stattfinden könnten.

(Abg. Fleischer CDU: Ja, wenn sie nichts bringen!)

Ich will noch einen Satz zum Abstimmungsverhalten sagen: In der Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums zu Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/2514 steht, diesem Teil des Antrags werde zugestimmt. Ich gehe also davon aus, dass dem auch wirklich alle zustimmen können, wenn wir nachher abstimmen. Das betrifft die Forderung, an dem Verdopplungsziel festzuhalten. Wir waren uns eigentlich über alle Fraktionen hinweg immer einig, dass wir das wollen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Fleischer CDU – Zuruf des Ministers Pfister)

Stellv. Präsident Birzele: Meine Damen und Herren, wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Behandlung der beiden Anträge.

Der Antrag Drucksache 13/2376 enthält einen Beschlussvorschlag. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! –

(Abg. Schmiedel SPD: Das Erste war die Mehrheit!)

Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Abschnitt I des Antrags Drucksache 13/2514 ist mit der Aussprache erledigt. – Gegen diese Feststellung erhebt sich kein Widerspruch.

Abschnitt II dieses Antrags enthält den gerade vom Kollegen Knapp angesprochenen Beschlussvorschlag. Wer diesem Beschlussvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. –

(Abg. Carla Bregenzer SPD zur CDU: Ja wo sind Sie jetzt, Kollegen? – Unruhe bei der SPD)

Gegenprobe! – Mehrheitlich abgelehnt.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wie stimmt denn der Minister? Das ist ja unglaublich! – Abg. Knapp SPD: Das war eine Empfehlung des Wirtschaftsministers! – Gegenruf des Abg. Fleischer CDU: Sachen, die überflüssig sind! Völlig überflüssig! – Unruhe)

Damit ist Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

a) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Zukunft der Stromversorgung in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2454

b) Antrag der Fraktion GRÜNE und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Neubau eines modernen Gaskraftwerks am Standort Obrigheim – Drucksache 13/2856

c) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Wirtschaftsministeriums – Umsetzung der Ausstiegsvereinbarung und des Atomgesetzes in Baden-Württemberg – Drucksache 13/2537

Das Präsidium hat für die Begründung zu a und b und für die Begründung zu c eine Redezeit von je fünf Minuten und für die Aussprache eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt.

Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Gestern war der 19. Jahrestag des Reaktorunfalls, der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Dieser Tag ermahnt und erinnert uns daran, dass es sich bei der Atomenergie um eine Risikotechnologie handelt. Für uns Grüne ist das einer der Gründe, weshalb wir aus der Atomenergie aussteigen wollen. Es gibt noch andere Gründe: Die Terrorgefahr, der auch Atomkraftwerke ausgesetzt sind, die ungelöste Endlagerfrage und anderes kommen hinzu.

Wenn in wenigen Wochen das Kernkraftwerk in Obrigheim abgeschaltet wird, ist das für uns ein großer Erfolg, für den sich auch die grüne Landtagsfraktion in den letzten 20 Jahren eingesetzt hat.

(Beifall bei den Grünen)

Mit der Stilllegung von Obrigheim stellt sich aber auch die Frage, wie in Zukunft die Stromversorgung hier im Lande sichergestellt wird – nicht deshalb, weil dem Atomkraftwerk Obrigheim eine solch zentrale Rolle zukäme, sondern weil laut Atomkonsens auch die Atomkraftwerke Neckarwestheim I im Jahr 2009 und Philippsburg 1 im Jahr 2012

(Dr. Witzel)

vom Netz gehen müssen. Zusätzlich gibt es zahlreiche fossile Kraftwerke, die ihre Altersgrenze erreichen und in diesem Zeitraum abgeschaltet werden müssen.

Die Notwendigkeit, für abgehende Kraftwerke Ersatz zu schaffen, sehen wir Grünen als eine große Chance, die Stromversorgung hier bei uns im Land ökologischer zu gestalten und neben dem Bau von Großkraftwerken auch den Anteil an dezentraler Stromerzeugung auf der Basis erneuerbarer Energien und der Kraft-Wärme-Kopplung deutlich zu erhöhen.

Meine Damen und Herren, ich will festhalten: Es geht nicht darum, die alten Großkraftwerke 1 : 1 durch neue Großkraftwerke zu ersetzen, sondern wir brauchen einen neuen Energiemix. Für diesen neuen Energiemix sind drei Punkte von besonderer Bedeutung. Ich darf sie stichwortartig nennen: erstens Effizienzpotenziale, zweitens dezentrale Kraftwerke und drittens moderne Großkraftwerke.

Ich komme zum Punkt 1: Effizienzpotenziale nutzen und Strombedarf senken. Es ist allen bekannt, dass es bei uns hohe Einsparpotenziale gibt. Bekannt sind insbesondere die Möglichkeiten der Reduzierung des Stand-by-Verbrauchs, ohne dass ein Nutzen verloren ginge. Bundesweit werden für Stand-by-Betrieb etwa 20 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr verbraucht. Das entspricht der Hälfte dessen, was in baden-württembergischen Atomkraftwerken erzeugt wird. Diese große Strommenge kann man praktisch einsparen, ohne dass es irgendwelche Folgen hätte. Da muss man darangehen.

Es gibt aber noch viele andere Möglichkeiten zum Einsparen: Stromsparlampen und effiziente Motoren sind nur zwei Stichworte. Es wird sicher möglich sein, mit der Erfindungskraft baden-württembergischer Ingenieure weitere Innovationen anzustoßen.

Wir haben daher in unserem Antrag das Ziel formuliert – man muss versuchen, es zu erreichen –, dass der Stromverbrauch jährlich um 2 % sinkt. Das wäre ein Ziel, das machbar ist und das erreichbar ist. Damit könnte man hier Innovationen anstoßen. Man könnte neue Produkte schaffen, die bei uns Beschäftigung und Arbeitsplätze sichern. Deshalb, meine Damen und Herren, muss die Nutzung der Effizienzpotenziale an erster Stelle stehen, wenn man über neue Energiepolitik redet.

(Beifall bei den Grünen)

Ich komme zu Punkt 2: dezentrale Kraftwerksstruktur und erneuerbare Energien. Wir haben bereits beim letzten Tagesordnungspunkt darüber geredet. Wir wollen den Anteil der erneuerbaren Energien ausbauen. Hierüber besteht im Grundsatz ja Konsens. Darüber, wie man das tut, gibt es noch Differenzen. Es besteht jedoch Einigkeit, dass die Biomasse eine besondere Bedeutung hat. Ich möchte betonen, dass die Biomasse nicht nur etwas ist, wodurch dezentral irgendwo ein kleines Forsthaus versorgt werden kann, sondern sie taugt auch für Großtechnik. Biomasse hat das Potenzial, um Großkraftwerke zu versorgen. Dies möchte ich am Beispiel des Standorts Obrigheim verdeutlichen.

Das Kernkraftwerk Obrigheim, das 350 Megawatt Strom liefert und etwa 300 Arbeitsplätze bietet, geht in Kürze vom

Netz. Gleichzeitig gibt es Pläne, dort ein Biomassekraftwerk zu errichten, das 5 Megawatt liefern und zehn Arbeitsplätze haben wird. Auf den ersten Blick sieht das natürlich etwas mickrig aus: 300 Arbeitsplätze im Kernkraftwerk, zehn Arbeitsplätze im Biomassekraftwerk. Man muss jedoch einen zweiten Blick darauf werfen. Um 350 Megawatt zu erzeugen und damit das jetzige Kraftwerk Obrigheim zu ersetzen, braucht man 70 solcher Kraftwerke. Die Anzahl der Arbeitsplätze würde sich somit verzehnfachen, also auf 700 erhöhen. Das wären dann mehr als doppelt so viele Arbeitsplätze wie jetzt in Obrigheim. Fazit: Wir brauchen eine Strategie, auf erneuerbare Energien, auf Biomasse umzustellen!

Natürlich werden nicht alle diese Kraftwerke in Obrigheim stehen, sondern diese können wir über den ländlichen Raum verteilen; dort gibt es genügend Holz, genügend Bedarf. Doppelte Anzahl an Arbeitsplätzen, keine Uranimporte, kein Strahlenrisiko – das alles sind Gründe, die für die Strategie sprechen, Biomasse zu einem Schwerpunkt zu machen. Diese Biomassekraftwerke können Großkraftwerke ersetzen. Deswegen – ich wiederhole mich – sagen wir Ja zum Holz und zur Stromerzeugung aus Biomasse.

(Beifall bei den Grünen)

Meine Damen und Herren, ich komme auf den dritten Punkt, moderne Großkraftwerke, zu sprechen. Bei allen Bemühungen um erneuerbare Energien und Energieeinsparungen wird es notwendig sein, einen Teil der wegfallenden Kraftwerke durch neue Großkraftwerke zu ersetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Insbesondere denken wir an moderne GuD-Anlagen. Die geplante Erdgasleitung durch das Neckartal stellt die notwendige Infrastruktur zur Verfügung, damit wir an Standorten wie zum Beispiel Obrigheim ein modernes Gas- und Dampfkraftwerk errichten können. Es gibt ja hierzu einen Landtagsbeschluss. Am 18. Dezember 2003 haben wir beschlossen, die Landesregierung aufzufordern, mögliche Investoren am Standort Obrigheim im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten des Landes tatkräftig zu unterstützen.

Meine Damen und Herren, was ist daraus geworden? Anfang dieses Jahres kam ein Stadtwerkeverbund unter Führung der Stadtwerke Schwäbisch Hall und hat gesagt: „Obrigheim wäre ein guter Standort, wir möchten dort ein Kraftwerk bauen.“ Die EnBW, die diesen Platz besitzt, hat abgeblockt und „Nein danke!“ gesagt. Die Landesregierung hat leider nichts getan. Der Landtagsbeschluss wurde von allen Fraktionen unterstützt. Die Landesregierung hat aber diese Initiative nicht unterstützt. Wir sehen das als ein klares Versäumnis und als eine Missachtung des Landtags an.

Diese Untätigkeit der Landesregierung hat fatale Konsequenzen. Die Stadtwerke haben sich jetzt umorientiert. Sie beteiligen sich nämlich an einem Kraftwerk in Hamm. Damit gehen Investitionen und Arbeitsplätze für Baden-Württemberg verloren. Das möchte ich klar und deutlich kritisieren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

(Dr. Witzel)

– Herr Zimmermann, was hat die Landesregierung in dieser Zeit getan?

(Abg. Drexler SPD: Geschlafen!)

Die Landesregierung hat sich darum gekümmert, dass die OEW ihre Beteiligung an der EnBW aufstocken, und begründete dies damit, sie wolle gleiche Augenhöhe zwischen der EdF und den OEW haben, damit Investitionen in Baden-Württemberg stattfinden.

(Zuruf von der SPD: Das war richtig!)

Das Ganze wurde aus der Landeskasse mit 20 Millionen € unterstützt. Was hat das jetzt gebracht? Wir hatten ja jetzt einen konkreten Fall. Die Aufstockung der Beteiligung der OEW hat nichts genützt. Es ist nicht für eine Investition in Baden-Württemberg geworben worden. Die Investition ist weggegangen. Das heißt, die gleiche Augenhöhe hat uns hier nichts gebracht. Die Stadtwerke sind verprellt worden und mussten woanders hingehen.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Meine Damen und Herren, das ist die Konsequenz, wenn man Energiepolitik auf einen Monopolisten ausrichtet. Wir sagen: Natürlich spielt die EnBW in der Energiepolitik eine zentrale Rolle; sie dominiert hier vieles. Aber es ist für eine zukünftige Energiepolitik wichtig, die Stadtwerke stärker in den Blick zu nehmen. Denn die Stadtwerke sind mit den lokalen Ressourcen vertrauter, wissen, wo erneuerbare Energien eingesetzt werden können; sie wissen besser Bescheid, wo Einsparpotenziale und wo Standorte für erneuerbare Energien vorhanden sind. Deshalb müssen wir die Stadtwerke stärken. Wir haben gesehen: Die Stadtwerke sind, wenn sie sich zusammenschließen, in der Lage, auch Großkraftwerke zu bauen. Deshalb brauchen wir für eine neue Energiepolitik auch die Stadtwerke. Eine solche Energiepolitik, wie ich sie Ihnen dargestellt habe, ist nachhaltig, ist innovativ, und sie stützt den Mittelstand.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Minister, Herr Witzel hat zu Recht darauf hingewiesen: Ausstieg bedeutet gleichzeitig eigentlich auch Einstieg – Einstieg auch in neue Großkraftwerke. „Großkraftwerke“ klingt besonders sympathisch, wenn es aus dem Mund eines Grünen kommt.

(Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Baden-Württemberg hat einen besonderen Bedarf, neue Großkraftwerke zu schaffen. Man schaut ins Land und sucht vergebens. Wo sind die Baustellen? Wo sind die Kräne? Wo sind die Aktivitäten?

(Abg. Zeller SPD: Fehlanzeige!)

Nichts dergleichen, obwohl wir wissen, dass es nach dem Ende des Kernkraftwerks Obrigheim in Baden-Württem-

berg im Jahr 2009 mit der Abschaltung von Neckarwestheim I weitergeht. Dann geht es Schlag auf Schlag.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Was? – Zuruf des Abg. Rückert CDU)

Gleichzeitig wissen wir, dass für ein Gaskraftwerk vier Jahre, für ein Kohlekraftwerk mindestens sechs Jahre Vorlaufzeit notwendig sind.

(Zuruf des Abg. Zimmermann CDU)

Insofern sind wir heute schon zu spät dran. Warum? Die Landesregierung gibt die Gründe in schonungsloser Offenheit bekannt.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Da ist gar niemand da!)

In der Stellungnahme zu dem Antrag Drucksache 13/2856 schreibt die Landesregierung:

Unabhängig von Standortfragen

– also nicht einmal Obrigheim allein, sondern völlig losgelöst davon –

besteht gegenwärtig in der Elektrizitätswirtschaft wenig Neigung, neue Kraftwerksprojekte voranzubringen.

(Abg. Drexler SPD: Wie kommt das Wirtschaftsministerium auf einen solchen Unsinn? – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

Woher wissen Sie das denn?

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

Weiter heißt es:

Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen sind keine Investoren in Sicht.

(Abg. Drexler SPD: Stimmt doch nicht!)

Was reden Sie eigentlich? Herr Pfister, Sie waren das ja nicht, aber Sie sind der Rechtsnachfolger im Amt des Wirtschaftsministers. Sie haften eben auch dafür.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf des Abg. Wieser CDU)

Das war Ihr Kollege Döring.

Herr Dr. Witzel hat schon darauf hingewiesen: Einige Kapazitäten haben wir schon verloren – Stadtwerke, die sich in Hamm beteiligen. Aber was lesen wir in den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 8. April? Da lesen wir: „Stromhändler plant Kraftwerksbau“.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Und das in Baden-Württemberg? Unglaublich!)

Die Südwestdeutsche Stromhandels GmbH plant den Bau eines eigenen Kraftwerks.

(Abg. Drexler SPD: Wo?)

(Schmiedel)

Zu diesem Zweck sei von 30 Stadtwerken, die zur Hälfte aus dem Kreis der SüdWestStrom-Gesellschafter stammen, eine eigene Firma gegründet worden, teilte Firmensprecherin Bettina Morlok ... mit.

Oi!

(Abg. Fischer SPD: Oh!)

Sie kennen den Namen, Herr Minister.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Gut! – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Wenn Bettina Morlok im Gespräch ist, empfiehlt es sich, die Wahrheit zu sagen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Deshalb sollten Sie nachher hier am Rednerpult auch in schonungsloser Offenheit erklären, was Sie jetzt eigentlich machen wollen.

Übrigens: Ihre Einlassung, bei Ihnen sei niemand aufgetreten, wird von Bettina Morlok auch widerlegt. Bettina Morlok sagt, es sei noch unklar, wo gebaut werde. Herr Dr. Weng – dieser Name sagt Ihnen auch etwas; in Bezug auf den Kraftwerksbau ist ja eine richtige FDP-Familie unterwegs, nur nicht hier – sagt,

(Abg. Drexler SPD: Die sind überall drin! – Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

es seien vier konkrete Standorte in der Prüfung, keiner davon in Baden-Württemberg, aber es sei noch nichts entschieden. Insofern hat Bettina Morlok Recht – sie ist ja auch ehrlich.

Sie kritisierte jedoch, dass das Land dem Unternehmen trotz Anfrage keine Angebote gemacht habe. „Wir würden uns natürlich wünschen, in Baden-Württemberg zu investieren“, sagte Morlok.

Aber das Wirtschaftsministerium sagt Nein.

(Zurufe von der SPD – Unruhe und Heiterkeit)

Jetzt ist die Frage: Warum machen Sie das eigentlich?

(Abg. Drexler SPD: Die Antwort ist doch klar! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Bei Herrn Döring war das noch anders! Da ist es noch anders gelaufen!)

Warum machen Sie jetzt eigentlich so ein „Schuwiduwitechtelmechtel“ mit Herrn Claassen von der EnBW?

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

Warum lassen Sie sich darauf ein und sagen: „Ja, wir werden mal in zwei Jahren darüber nachdenken, ob man neue Kraftwerke baut“? Warum machen Sie das eigentlich?

(Abg. Hofer FDP/DVP: Das sind doch Räuberpistolen!)

Sie machen das nur, weil Sie von der Ideologie besoffen sind,

(Abg. Hofer FDP/DVP: Was? Von Ideologie war ich noch nie besoffen!)

dass die Atomkraftwerke in Baden-Württemberg auf unendliche Frist laufen sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Drexler SPD: Das ist der Punkt! Wie bei den Ganztagschulen!)

Sie sind mit dieser Ideologie das Investitionshindernis Nummer 1. In Nordrhein-Westfalen geschieht das Gegenteil: Man baut neue Kapazitäten auf, weil man weiß, dass ein Bedarf besteht. Sie aber versuchen, alles zu verhindern, was es zu verhindern gibt.

(Abg. Drexler SPD: Genau, das ist es! – Abg. Hofer FDP/DVP: Ach was! – Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nehmen wir das Beispiel Mannheim.

(Abg. Drexler SPD: Mannheim! – Zuruf von der SPD: Immer diese Neinsager!)

Mannheim – das ist mittlerweile, auch vonseiten der Landesregierung, unbestritten –

(Abg. Drexler SPD: Ständige Jammerer!)

hat erschwerte Wettbewerbsbedingungen

(Abg. Walter GRÜNE: Immer diese Neinsager!)

wegen des baden-württembergischen Wasserpfeffnigs. Jetzt haben wir heute Morgen wieder gehört, wie Herr Oettinger ankündigte, dass man ganz intensiv darüber nachdenken würde,

(Abg. Drexler SPD: „Würde“!)

wie man denn da vielleicht einmal helfen könnte, damit in Mannheim etwas gebaut werden kann. Also, die in Mannheim wollen auch bauen. Übrigens ist das – das müssen Sie zugeben – relativ verlogen, oder?

(Minister Pfister schüttelt den Kopf. – Abg. Hofer FDP/DVP: „Relativ verlogen“ gibt es nicht!)

Wenn Sie jetzt sagen, Sie wüssten, dass in Mannheim gebaut wird, die Antwort jedoch lautet, Neubauten seien gar nicht in Sicht,

(Abg. Drexler SPD: Datum!)

das interessiere niemanden, dann muss man sagen, dass das relativ verlogen ist.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Was heißt „relativ verlogen“? Es ist entweder verlogen oder es stimmt!)

Auch die Pläne von Mannheim sind älter als die Antwort. Die stammt von Januar 2004. Da haben die Mannheimer aber schon längst ihre Planungen gemacht, da haben sie schon längst ihren Antrag auf Reduzierung des Wasserpfeffnigs gestellt. Das war im Jahr 2001.

(Abg. Drexler SPD: So ist es!)

(Schmiedel)

Und da hat die Landesregierung von Baden-Württemberg gesagt: „Schuld am Wettbewerbsnachteil von Mannheim ist nicht der Wasserpfeffig,

(Abg. Drexler SPD: Das ist das Umweltministerium!)

sondern das ist dieser Wettbewerb. Der Wettbewerb benachteiligt die.“ Es ist wirklich eine komische Auffassung von Marktwirtschaft, wenn man sagt: „Hier gibt es eine Extralast“, und dann dem Wettbewerb die Schuld an der Extralast gibt.

Nun gibt es auch ein Urteil aus dem Jahr 2002

(Abg. Drexler SPD: 2001!)

– oder aus dem Jahr 2001; jedenfalls liegt dieses Urteil auch schon Jahre zurück –, das die Landesregierung verpflichtet, neu zu beschließen. Es gibt eine Vorlage der Stadt Mannheim als unterer Wasserbehörde. Die Stadt hat hin und her gerechnet und Gutachten eingeholt, und diese kommen zum Ergebnis, dass in diesen Jahren vom Land 60 % zu viel kassiert worden sind.

(Abg. Drexler SPD: So ist es! – Abg. Ursula Haußmann SPD: Aha! – Minister Pfister schüttelt den Kopf.)

– Ja, Sie schütteln den Kopf. Sie haben doch aber Berater, die Ihnen alles bestätigen können.

(Abg. Drexler SPD: Es gibt sogar ein Gerichtsurteil, das rechtskräftig ist! – Ein Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums nickt zustimmend.)

– Also, er nickt.

(Abg. Drexler SPD: Seit vier Jahren!)

Seit vier Jahren warten die darauf, dass sie vom Land Baden-Württemberg Recht bekommen und das umgesetzt wird, was das Gericht entschieden hat.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Rückert CDU: Regen Sie sich doch nicht so auf!)

Was machen Sie? Sie machen nichts! Warum machen Sie nichts?

(Abg. Drexler SPD: Kernkraftwerk, Atomstrom!)

Er macht nichts, weil er nicht will, dass hier ein neues Kraftwerk gebaut wird. Sie wollen es verhindern. Das ist Ihre Strategie, und deshalb versuchen Sie auch jetzt wieder, wie bei Herrn Claassen von der EnBW, das auf die lange Bank zu schieben, nach dem Motto „Lassen wir mal die Bundestagswahl über uns ergehen; vielleicht ändert sich da ja etwas“. Es wird sich überhaupt nichts ändern.

Deshalb stellen wir hier in aller Klarheit fest: Baden-Württemberg kann ein wichtiger und guter Energiestandort bleiben. Dazu bedarf es der notwendigen Entscheidungen der Landesregierung, dazu bedarf es einer aktiven Rolle, und zu deren Übernahme fordern wir Sie heute auf.

Denken Sie daran: Im Spiel ist Bettina Morlok. Sagen Sie also die Wahrheit!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Heiterkeit)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Frau Abg. Dr. Brenner.

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal danke ich Ihnen, dass Sie hier mit den energiepolitischen Sprechern der Fraktionen so tapfer ausharren.

In einer Pressemitteilung vom April 2005 heißt es, die Grünen hätten eingeräumt, dass der Atomausstieg mit einer Zunahme an Treibhausgasen verbunden ist. Das finde ich Klasse: Hier steigen wir aus, und dort jammern wir über CO₂ und Feinstaub.

Der Chefökonom der Internationalen Energieagentur hat gesagt, Deutschland fehle es an einer durchdachten Strategie, wie die Kernkraft ersetzt werden könne. Er warnt auch davor, zu sehr auf Gaskraftwerke zu setzen, weil dadurch Deutschlands Abhängigkeit von Russland immer größer werde.

(Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Nirgendwo in der Welt wird die Debatte um die künftige Stromversorgung so ideologisch geführt wie bei uns in Deutschland.

(Abg. Rückert CDU: Stimmt!)

Deutschland ist Vorreiter beim Ausstieg aus der Kernenergie und ist führend beim Bau von Windrädern. Der Strommarkt wurde zwar geöffnet, aber Deutschland hat wie kein anderes Land in der EU die Strompreise für politische Ziele genutzt.

(Abg. Drexler SPD: In Baden-Württemberg sind sie am höchsten!)

Die Berliner Energiepolitik hat die Stromwirtschaft ziemlich verunsichert, sodass die Kraftwerksbetreiber die Erneuerung alter Kraftwerke nun seit Jahren vor sich herschieben. Wer ein Kraftwerk plant, muss zweierlei wissen: ob der dafür benötigte Brennstoff während der Nutzungszeit zu einem akzeptablen Preis vorhanden ist und ob die Politik zwischendurch nicht wieder einen Brennstoff als unerwünschten Primärenergieträger einstuft. Man braucht mittel- und langfristige Rahmenbedingungen, aber kein Hü und Hott.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Ihr Vorwurf, die Landesregierung ignoriere die Ausstiegsvereinbarung, ist natürlich Unsinn. Das Atomgesetz wird dort, wo es von den Ländern zu beachten ist, gesetzeskonform umgesetzt. Wenn Obrigheim demnächst vom Netz geht, dann können Sie bei Rot-Grün ja noch eine Riesenparty feiern. Trotzdem muss man das nicht für richtig halten.

(Abg. Zeller SPD: Sie sind eingeladen! – Abg. Drexler SPD: Wir waren doch gar nicht dabei!)

Genauso, wie man den Ausstieg zu beachten hat, ist auch die Liberalisierung im Strommarkt zu beachten. Das heißt,

(Dr. Carmina Brenner)

dass staatliche Stromversorger und damit auch der Einfluss des Landes passé sind. Ein Ersatz der Kernkraft durch fossile Energieträger bringt mehr CO₂ und damit mehr Probleme beim Klimaschutz. Stromimporte wären, wenn überhaupt, nur bei französischem Atomstrom möglich. Damit folgten Sie dem klassischen Sankt-Florians-Prinzip.

Übrigens spricht hier kein Mensch von neuen Atomkraftwerken, sehr wohl aber von einer Laufzeitverlängerung der bestehenden Kernkraftwerke.

(Abg. Schmiedel SPD: Sie haben sogar darüber geschrieben, nicht nur davon gesprochen! – Abg. Drexler SPD: Genau! – Weitere Zurufe von der SPD)

Wir wollen eine Laufzeitverlängerung, bis andere effiziente Möglichkeiten vorhanden sind, auch bei grundlastfähigen erneuerbaren Energien. Dass dies einige Jahre lang dauern wird, müssten angesichts der notwendigen Investitionsmittel eigentlich alle einsehen.

Bei der Forschung klinken Sie sich bei Rot-Grün leider ganz aus. Alles, was mit Atom zu tun hat, wollen Sie nicht. Sie haben, glaube ich, noch nicht begriffen, dass Kernfusion etwas anderes als Kernspaltung ist, sonst wären Sie nämlich beim Forschungsprojekt ITER dabei. Dabei werden Wasserstoffe – Deuterium und Tritium – zu Helium verschmolzen. Dabei entsteht kein Treibhausgas, und Helium könnte die Industrie brauchen. Ein Kilogramm Wasserstoff würde etwa so viel Energie wie 11 000 Tonnen Steinkohle liefern.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt aber! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel?

Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Nein. – Die EU macht mit; die USA, Russland, China, Japan und Südkorea – alle machen mit. Wir jedoch nicht, weil Rot-Grün wieder einmal gescheitert ist als der Rest der Welt.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Aber alle werden das nicht erleben, weil die Forschung noch längst nicht so weit ist!)

Sie wollen aussteigen, haben aber bis heute noch nicht gesagt, wie Sie die Kernkraft ersetzen wollen. Sie verschweigen, dass bei Ihrem Lieblingskind Windenergie Reservekraftwerke nötig sind, die unterhalb der Effizienzgrenze laufen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Das heißt, es werden doppelte Investitionen nötig, die der Stromkunde über seine Rechnung mitbezahlt.

Der erste Windparkentwickler ist schon auf die Nase gefallen. Die Aktien von Plambeck Neue Energien waren 2001 etwa 30 € wert; heute sind sie 1 € wert. Die Windausbeute war wohl nicht so, wie es in den Hochglanzprospekten versprochen wurde.

Auf den ersten großen, dauerhaft funktionierenden Offshore-Windpark warten wir noch heute, weil Ihnen zwischen durch immer wieder einmal die Buckelwale, die Heringe oder was weiß ich wer wichtiger sind.

(Lachen des Abg. Dr. Witzel GRÜNE – Zuruf des Abg. Schmiedel SPD)

Einerseits wollen Sie Obrigheim abschalten, andererseits sagen Sie, das sei ein wunderbarer Energiestandort – aber wohl nicht bei der Kohle wegen des teuren Transports und beim Gas noch nicht wegen der Leitungskapazität. Dort bräuchte man erst zusätzliche Gasleitungen. Die baut ja nicht die Landesregierung.

Eine Investorengruppe plant jetzt ein Holzkraftwerk. Der Bürgermeister von Obrigheim hat auch schon gerechnet: 290 Arbeitsplätze im KWO fallen mittelfristig weg, weitere 400 Arbeitsplätze bei Zulieferern, Handwerkern und Gastronomen, also 700 Arbeitsplätze. Das Holzkraftwerk bringt genau zehn: eine feine Rechnung und nur bei den Grünen ein Grund für eine Party!

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Ein großes Steinkohlekraftwerk kostet im Übrigen 800 Millionen €, Braunkohlekraftwerke sind noch teurer. Ein Gaskraftwerk kostet etwa die Hälfte. Wir wissen alle, welche lange Vorlaufzeit solche Investitionen brauchen.

(Abg. Schmiedel SPD: Was wollen Sie jetzt eigentlich in Baden-Württemberg?)

Sie von Rot-Grün möchten von einer Abhängigkeit in die andere.

(Abg. Zeller SPD: Was wollen Sie?)

Wenn wir unabhängiger vom Öl werden können, dann bin ich gleich dabei. Aber dass man dann in eine andere Abhängigkeit, vor allem beim Gas, gehen will, das ist schon ein heißer Ritt.

(Abg. Zeller SPD: Was wollen Sie?)

Gerade erst ist der russische Yukos-Konzern zerschlagen und wieder renationalisiert worden. Anfang Februar war aus dem Kreml zu erfahren, dass weitere ausländische Investitionen in die russische Öl- und Gaswirtschaft verboten sind.

(Zuruf des Abg. Schmiedel SPD – Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wollen Sie mal zum Thema „Stromversorgung in Baden-Württemberg“ reden?)

Erst kürzlich hat ein hoher russischer Diplomat deutschen Unternehmern gegenüber geäußert, dass Russland nicht auf sie angewiesen sei.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

– Hören Sie mir einfach zu!

(Abg. Schmiedel SPD: Aber es stimmt halt nicht!)

(Dr. Carmina Brenner)

Der Diplomat hat gesagt: Wenn Deutschland nicht mit den russischen Rohstoffversorgern Geschäfte zu deren Konditionen machen wolle, dann würden es die Chinesen und die Inder tun.

(Abg. Drexler SPD: So ist Wettbewerb!)

Ich frage mich, weshalb eigentlich die russischen Förderationsstaaten zuverlässiger sein sollen als die Ölscheichs. Haben Sie noch nicht gemerkt, dass gerade der Kampf um die Rohstoffe beim Öl und beim Gas sehr viel härter wird?

(Abg. Drexler SPD: Deswegen müssen wir ja weg von den Rohstoffen!)

Das kann Ihren Träumen von den schönen großen Gasturbinen auch in Obrigheim sehr schnell die Grundlage nehmen. Sie haben da viele fromme Wünsche, die sich durch außenpolitische Entwicklungen, auf die wir keinen Einfluss haben, sehr schnell zerschlagen können. Wenn es dumm läuft, dann kauft China das Gas auf,

(Abg. Drexler SPD: Deswegen brauchen wir andere Energieformen!)

und wir warten, bis die Windrädle mal zufällig laufen. Das ist eine schöne Energiewende!

(Beifall bei der CDU)

Dann gab es eine Große Anfrage der CDU zur Stromversorgung. Ich hoffe, Sie haben diese auch gelesen, nicht nur Ihre eigene. Sie finden dort eine ganz beeindruckende Liste von Universitäten, Fachhochschulen, Instituten, die sich alle mit der Energieversorgung befassen. Wir sind ein hervorragender Forschungsstandort, gerade auch bei den erneuerbaren Energien.

(Abg. Drexler SPD: Aber keine Arbeitsplätze!)

Wir müssen jetzt mit der Anwendung und mit dem Technologietransfer beginnen. Deshalb werden wir diese neue Zukunftsoffensive jetzt auch im Energiebereich auflegen – ich habe es vorhin gesagt – und mit 10 Millionen € dotieren. Es geht um Anwendungsforschung bei nachwachsenden Rohstoffen und bei Bioenergie. Wir werden neue Verfahren zur Konversion von Biomasse entwickeln, zum Beispiel für die Verwendung von regenerativ erzeugtem Wasserstoff, Gas-erzeugung aus Biomasse für alle Anwendungen, Strom, Wärme, was Sie wollen. Wir werden mit den Instituten analysieren, welche Auswirkungen ein verstärkter Anbau von nachwachsenden Rohstoffen auf die Landwirtschaft hat, welches Potenzial wir hier haben, wie viel wir brauchen, ob das eine Chance für die Landwirtschaft ist. Wir werden forschen, wie man fossile Rohstoffe durch nachwachsende Rohstoffe ersetzen kann, und vor allem, wie man die Speicherung bewerkstelligen kann.

Alle forschenden Institutionen sind zu einem breiten Technologietransfer verpflichtet. Das heißt, die Erfahrungen werden sofort ausgetauscht, und sie werden auch in die Anwendung weitergegeben. Es können jederzeit neue Partner hinzukommen, und es wird auch eine breite Öffentlichkeitsarbeit stattfinden, anders als bei der Bundesregierung, die die Bevölkerung nur über ihre Lieblingskinder informiert.

Wir werden diese Energiedebatte führen, und zwar unterstützt von hervorragenden Forschern und Instituten hier im Land Baden-Württemberg.

Sie von der Opposition können gerne noch ein Weilchen jammern. Sie können sich aber auch anschauen, was wir vorhaben, und machen dann einfach konstruktive Vorschläge. Ich sage hier ausdrücklich, dass jeder fachlich konstruktive Vorschlag willkommen ist, auch von der Opposition.

(Abg. Drexler SPD: Sie stimmen doch alles nieder! Das haben wir doch heute gesehen! Sie stimmen doch alles nieder!)

Aber willkürliche Ausstiegstermine und wenige rot-grüne Lieblingsthemen bringen uns wirklich nicht weiter.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Hofer.

(Abg. Drexler SPD: Jetzt kommt der Nächste!)

Abg. Hofer FDP/DVP: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben es gehört: In wenigen Tagen geht Obrigheim vom Netz.

(Abg. Walter GRÜNE: Sehr gut! – Beifall des Abg. Walter GRÜNE)

Sie, die Grünen, haben schon einmal ein großes, schönes, fröhliches, lustiges Fest gefeiert.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Ein Umschaltfest!)

– Darauf komme ich noch. – Ich habe dafür auch ein gewisses Verständnis, denn niemand ist so ideologisch mit dem Thema Kernkraftnutzung verbunden wie Sie.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Für niemand anders als für Sie hat gerade Obrigheim einen derart hohen Symbolcharakter. Da kann ich durchaus verstehen, dass Sie da einfach mal richtig eine Sause machen wollten.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Richtig! – Beifall des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Nun wollen Sie das Ganze aber doch nicht als Abschaltfest, sondern mehr als Umschaltfest bezeichnen. Bei einer solchen Wortwahl muss man schon genauer hinhören. Da wird es dann schon ein bisschen unehrlich, weil Sie sich, wie ich meine, mit dem Wort „umschalten“ schon ein bisschen vor der Realität drücken. Wir schalten um – so ist das wohl zu verstehen – in eine schöne Energiezukunft, schön und kuschelig, wie wir es bei den Grünen gewohnt sind.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: „Kuschelig“ habe ich nicht gesagt! – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich Sie bitten, die Unterhaltungen draußen zu führen.

Abg. Hofer FDP/DVP: Aber ich muss Ihnen sagen: Sie dürfen nicht darüber hinwegsehen, dass man es doch ab und zu in diesem hohen Hause auch mit der Realität halten muss. Diese ist nicht attraktiv, aber sie holt einen meistens ein.

(Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Politik heißt ja auch, die Realität wahrzunehmen und nicht wie die Grünen die hohe Kunst zu beherrschen, die Realität zu verdrängen.

Jetzt bleiben wir einmal bei der Realität. Diese war ja unbestritten. Bleiben wir einmal vor Ort in Obrigheim. Frau Brenner hat darauf hingewiesen: Statt 600 Arbeitsplätzen – wenn man die in der Umgebung damit verbundenen noch hinzunimmt – und 350 Megawatt sind es jetzt noch zehn Arbeitsplätze und 5 Megawatt. Sie, Herr Witzel, haben gesagt: auf den ersten Blick mickrig. Ich kann Ihnen nur sagen: auf den zweiten und dritten auch. Da können Sie den Obrigheimern zehnmal sagen: Wir können das im Bundesgebiet ver Hundertfachen oder von mir aus auch vertausendfachen. Ich habe Verständnis dafür, dass Sie Ihr Fest aus Sicherheitsgründen nicht in Obrigheim, sondern mit Sicherheitsabstand in Mosbach gefeiert haben. Das ist das Erste.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Walter GRÜNE:
Weil Sie nicht eingeladen waren?)

Das Zweite: Nun sagen Sie mit Recht: Wir müssen immer übergeordnet denken. Ihre Landesvorsitzende hat ja auch gesagt: Eigentlich tun mir die Obrigheimer Leid, aber mein Gott, wir müssen, wie wir es gewohnt sind, großräumig denken.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Strukturwandel!)

Nun denken wir mal großräumig.

(Zuruf des Abg. Walter GRÜNE)

Ich kann Ihnen nur sagen: Die Realität ist, dass Sie jetzt nicht nur mit Holzhackschnitzeln reagieren können, sondern dass Sie, wie vorhin auch Herr Schmiedel dankbar registriert hat – ich übrigens auch –, sagen: Wenn ich etwas Großes vom Netz nehme, dann kann ich nicht etwas Mickriges dagegensetzen, sondern dann muss ich etwas ähnlich Großes wieder dagegensetzen. Das kann nur Gas oder Kohle sein, also fossile Rohstoffe, von denen Sie alle sagen: Da werden bald nicht mehr genügend vorhanden sein, und außerdem wird ihre Nutzung mit einem hohen Maß an zusätzlicher CO₂-Belastung verbunden sein. Alle Fachleute sagen – das bestreiten nicht einmal Sie –: zwischen 10 und 30 Millionen Tonnen zusätzliches CO₂, wenn man Ihrem Atomausstieg folgt.

Nun sagen Sie immer: Das wollen auch wir nicht, aber hier müssen wir es halt hinnehmen, weil wir die Ideologie haben. Da sage ich: Nein. 10 bis 30 Millionen Tonnen zusätzliches CO₂ bleiben in der Luft. Das können Sie nicht wegdiskutieren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Witzel?

Abg. Hofer FDP/DVP: Natürlich.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Bitte sehr, Herr Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Herr Hofer, haben Sie meine These verstanden, nicht 1 : 1 vorzugehen und ein Großkraftwerk durch ein anderes, sondern ein Großkraftwerk durch eine größere Anzahl kleinerer Kraftwerke zu ersetzen, zum Beispiel, dass man die Kapazität von Obrigheim ersetzt, indem man landesweit 70 Biomassekraftwerke baut?

Abg. Hofer FDP/DVP: Herr Witzel, das habe ich verstanden. Ich will auch nicht nur schwarz-weiß denken. Natürlich kann man sich überlegen, ob man, wenn man große Jumbos wegnimmt, wieder gleich große Jumbos hinstellen muss. Sie werden aber zugeben müssen, dass Sie, wenn Sie 400 oder 800 Megawatt wegnehmen, nicht in das andere Extrem gehen können: Wir machen das mit 1 000 Holzhackschnitzelkraftwerken mal 5 Megawatt. Das nimmt Ihnen doch keiner ab. Herr Schmiedel war doch sehr glücklich, dass Sie Ihr Credo „Small is beautiful“ zugunsten einer größeren Einheit etwas zurückgenommen haben.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Das habe ich nicht bestritten!)

Ich bin Realist, was die Nutzung der Atomkraft anbelangt. Natürlich muss man dort auch Realität walten lassen. Wir wissen, dass es eine Nutzung ist, vor der viele Sorge haben. Die Mehrheit der Bevölkerung ist nach wie vor der Meinung, man sollte nicht auf Kernkraft setzen. Wenn die Mehrheit der Bevölkerung dieser Meinung ist, kann man das nicht einfach wegwischen. Das ist völlig klar.

Zum Zweiten bleibt die Entsorgung – zum Teil absichtlich – problematisch, aber – Absicht oder nicht – es ist eine Problemstellung.

Das Dritte ist, dass man staatspolitisch, wenn man in einer Regierung einen Konsens getroffen hat, nicht, wenn man eine andere Regierungsmehrheit hat, sagt: Ätsch, das gilt alles nicht mehr, wir drehen uns um 180 Grad.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Wir würden auch den Atomkonsens beibehalten!)

Ich kann auch die Ostverträge nicht einfach umdrehen. Das heißt, das hat schon eine gewisse Bedeutung, die man nicht verkennen darf. Man kann aber – der Herr Ministerpräsident hat es heute Morgen gesagt – die Laufzeiten verlängern und sich überlegen, ob es sinnvoll ist, Volksvermögen in Milliardenhöhe zu vergeuden.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Da solltet ihr nur investieren!)

Ob die Dinge, die technisch und wirtschaftlich absolut in Ordnung sind, noch einige Jahre länger laufen, diese Frage ist berechtigt und kann von einer neuen Regierung gestellt werden.

(Hofer)

(Abg. Drexler SPD: Sie sind ein Investitionshindernis!)

Ich hoffe, die neue Regierung wird das tun.

(Abg. Drexler SPD: Hoffentlich nicht!)

Es gibt ein Szenario, das besagt: Wenn man das nur geringfügig verlängert, sodass man zum Beispiel statt gegenwärtig 60 % nur noch 15 % Kernkraft hat, wird man statt 123 Milliarden € nur noch 85 Milliarden €, also fast 40 Milliarden € weniger, Kosten haben.

Nun weiß ich, dass manche in der Diskussion sagen: Deutschland muss als Industrienation – Kosten hin oder her – Vorbild sein. Dazu sage ich: Bringen Sie uns erst einmal vom letzten Platz in der EU weg, bevor Sie von uns verlangen, dass wir bei den Kosten Vorbildcharakter haben!

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Ein weiterer Punkt zur Realität.

(Abg. Drexler SPD: Wo ist Baden-Württemberg auf dem letzten Platz? Das stimmt doch nicht!)

Wir werden bis zum Jahr 2020 – nicht nur wegen der Kernkraft – 5 500 Megawatt ersetzen müssen und bis zum Jahr 2030 7 500 Megawatt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, Herr Abg. Hofer hat das Wort.

Abg. Hofer FDP/DVP: Ich mache diesen Standort nicht schlecht, aber jeder weiß, dass wir Probleme haben.

(Abg. Drexler SPD: Jammern Sie nicht ständig!)

Wir haben keine Küstennähe und keine Kohlenreviernähe. Wir haben hohe Transportkosten. Wir haben den Wasserpennig, von dem ich heute Morgen gehört habe, dass man ihn auch infrage stellen kann.

(Abg. Drexler SPD: Nein, in Rede, nicht infrage!)

Das finde ich sehr gut. Wir haben auch bei der Gasversorgung keine optimale Position. Die Gaswerke werden dort erstellt, wo die internationalen Leitungen münden. Wir dürfen uns keiner Illusion hingeben. Sie von der SPD bauen kein eigenes Kraftwerk, wir bauen keines, und auch der Landtag baut keines, sondern die Wirtschaft, die im internationalen Wettbewerb steht, baut es. Wenn wir überhaupt eine Konzeption brauchen – ich sage Ihnen am Schluss noch, welche unsere ist –, dann brauchen wir innerhalb von Deutschland, innerhalb der Bundesrepublik, ein einheitliches und geschlossenes Konzept. Nur auf Abschalten und neue Energien zu setzen und nicht zu sagen, wie man die jetzigen Energiequellen ersetzt, ist eben kein reales Konzept. Da haben Sie eine Bringschuld.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Jetzt noch ein letzter Punkt, auf den ich hinweisen möchte: Hier werden ja Räuberpistolen erzählt. Da wird der stauenden Bevölkerung klargemacht, die EnBW habe nur die

Großen im Sinn und die armen Stadtwerke würden außen vor gelassen. Mein Freund Richard Drautz und ich waren zusammen am Stand der EnBW, an dem der Bundeskanzler zusammen mit Herrn Putin gegen den Fußball getreten hat – übrigens: wir haben jeder drei Tore geschossen und dürfen jetzt zum Fußballspiel –, und an diesem Stand war Rheinfelden abgebildet. Dort wurden wir darauf hingewiesen, dass gegenwärtig 90 Stadtwerke mit der EnBW in engen Verhandlungen über kooperative Lösungen stehen. Allein an diesem Tag waren 40 Stadtwerke aus Baden-Württemberg und über Baden-Württemberg hinaus dort und haben über Beteiligungsmöglichkeiten gesprochen, und Sie tun so, als würden die nur an sich denken und würden so etwas nicht machen. Registrieren Sie auch hier die Realität! Denn sie wird Sie – egal, ob Sie das wollen – irgendwo einholen.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Ich wage eine Prognose: Der Tag ist nicht weit, an dem keinen Menschen mehr interessieren wird, was Sie oder wir gesagt haben. Nachher interessiert nur noch das Kostenargument, wie wir es übrigens auch bei der Abfallwirtschaft erlebt haben. Ich erinnere daran, dass Sie alle gegen Müllverbrennung argumentiert haben. Heute macht das keiner mehr; heute ist das üblich, heute nennt man das thermische Abfallbehandlung. Wir werden Kostenprobleme bekommen, und dann können Sie nur darauf hoffen, dass man sich an Sie nicht mehr erinnert.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD – Beifall des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Letzte Bemerkung noch: Ich habe neulich gelesen, Sie neigten zu einer Regierungsbeteiligung. Ich könnte mir vorstellen, dass Sie sogar Ihren Atomausstieg über Bord werfen würden, wenn Sie nur mitregieren könnten.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Heiterkeit bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Witzel.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, ich bin von einigen hier missverstanden worden.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Das ist Absicht! – Minister Hauk: Ihre ganze Politik ist missverständlich! – Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Ich habe mich nicht dafür ausgesprochen, nur Kleinkraftwerke zu bauen, um Großkraftwerke zu ersetzen, sondern habe vielmehr erklärt, es komme auf einen intelligenten Mix an. Ich denke, wir haben auf diese Weise auch die Chance, wirklich zu Innovationen zu kommen, indem wir kleine Kraftwerke marktfähig machen, aber auch große Kraftwerke bauen.

(Minister Hauk: Gas- und Kohlekraftwerke! – Abg. Dr. Carmina Brenner CDU: Gas wird teuer!)

Wie das im Detail aussieht, können wir jetzt hier nicht diskutieren.

(Dr. Witzel)

Ich will auf zwei Punkte in dieser Debatte eingehen.

Der erste Vorschlag lautete: Lasst doch einfach die Atomkraftwerke länger laufen, und dann können wir in die erneuerbaren Energien etwas später einsteigen.

(Abg. Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Wir müssen sehen: Die Atomkraftwerke sind abgeschlossen, und gegen abgeschriebene Kraftwerke zu konkurrieren ist schwierig. Wenn die erneuerbaren Energien also am Markt groß werden sollen, wofür Sie, Herr Zimmermann, ja eintreten, zum Beispiel, wenn es sich um Geothermiekraftwerke handelt,

(Abg. Zimmermann CDU: Unterstützen Sie das!
Wir haben noch nicht eine positive Stimme von Ihnen gehört!)

und diese gegen abgeschriebene Atomkraftwerke konkurrieren müssen, dann werden alle Investoren die Finger zurückziehen und sagen: Das schaffen wir nicht.

(Abg. Scheuermann CDU: Das ist doch lachhaft, was Sie hier vertreten! – Minister Hauk: Lachhaft!)

Das heißt, die Forderung, die Atomkraftwerke länger laufen zu lassen, ist eine Innovationsbremse.

(Minister Hauk: Das ist doch gar nicht wahr! – Abg. Zimmermann CDU: Das Gegenteil ist der Fall!)

Wenn gerade gesagt wurde, uns fehle das Wirtschaftswachstum –

(Abg. Zimmermann CDU: Das Gegenteil ist der Fall! – Weitere Zurufe von der CDU)

Wenn uns das Wirtschaftswachstum fehlt, dann ist gerade eine Innovationsbremse schädlich. Wir sehen dagegen im anstehenden Umbau des Kraftwerkparcs Chancen, auch Chancen für Investitionen in neue Kraftwerke, und solche Investitionen brauchen wir ja derzeit.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU, u. a. des Abg. Zimmermann – Unruhe – Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Die verstehen das nicht!)

– Wenn Sie jetzt einmal ruhig werden, Herr Scheuermann, dann sollten wir jetzt einmal über CO₂ reden. Es ist unbestritten richtig: Wenn wir Atomkraftwerke abschalten

(Abg. Alfred Haas CDU: Sogar die Zuschauer verlassen den Saal!)

und durch Kraftwerke für fossile Energieträger ersetzen, wird vorübergehend mehr CO₂ emittiert. Aber die Frage ist: Wie wird es auf Dauer sein? Kriegen wir das Klimaproblem in den Griff?

(Unruhe)

Wir müssen sehen: Weltweit deckt die Atomkraft etwa 2,5 % des gesamten Energieverbrauchs. Der Forderung, die Atomenergie zum Zwecke des Klimaschutzes auszubauen,

(Zuruf des Abg. Hofer FDP/DVP)

ist entgegenzuhalten, dass es auf der anderen Seite riesige Einsparpotenziale gibt. Die Enquetekommission des Bundestags spricht von einem Einsparpotenzial von 30 bis 40 % in der Bundesrepublik. In anderen Ländern ist das Einsparpotenzial teilweise erheblich höher. Wenn man diese Einsparpotenziale mit Atomkraft decken wollte, müsste man die Atomkraft wahnsinnig stark ausbauen, ...

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, darf ich um mehr Ruhe im Saal bitten.

Abg. Dr. Witzel GRÜNE: ... um eine vergleichbare Einsparung zu erreichen, wie sie durch Effizienzgewinne zu erzielen ist. Das geht ja nun nicht. Die Terrorgefahr, der Missbrauch von Atomenergie für Bomben würde ansteigen. Die Uranvorräte wären in wenigen Jahrzehnten aufgebraucht. Das heißt, diese Strategie führt in die Irre.

Wenn wir wirklich Klimaschutz betreiben wollen, müssen wir unsere Wirtschaft auf einen Effizienzpfad bringen. Da ist es richtig, die Energie etwas knapper zu machen. Dann werden die Innovationen in Richtung Effizienz vorankommen. Auf diese Weise werden wir Energie effizienter einsetzen, und dann werden wir nach einer Übergangszeit mehr CO₂ einsparen können, als dies durch die Nutzung der Atomkraft möglich war. Deshalb ist der Atomausstieg langfristig die nachhaltige Strategie.

(Beifall bei den Grünen sowie des Abg. Fischer SPD)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Pfister.

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Jetztet!)

Wirtschaftsminister Pfister: Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

(Abg. Gustav-Adolf Haas SPD: Jetztet!)

Oberstes Ziel jeder Energiepolitik, auch in der Zukunft, muss sein, eine Energie zu haben, die erstens sicher verfügbar ist, die zweitens wirtschaftlich ist, auch unter Kostengesichtspunkten, und die drittens umweltverträglich ist. Wenn ich diese Messlatte anlege, will ich Zweifel anmelden, ob diese Ziele erreichbar sind, falls der in Berlin beschlossene Ausstieg aus der Atomenergie so käme.

(Abg. Regina Schmidt-Kühner SPD: Eine Frage des Endlagers!)

Mein Vorwurf an die Bundesregierung in Berlin ist, dass ein Ausstieg beschlossen wurde, ohne dass auch nur annäherungsweise in genügendem Umfang Konzepte vorgelegt worden wären, die aufzeigen, wie dies alles zu kompensieren wäre.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Genau!)

Dies gilt natürlich für Baden-Württemberg in besonderem Maße. Es ist kein Wunder, dass gerade in Baden-Württemberg und in Bayern der Anteil der Kernenergie an der Stromproduktion seit Jahrzehnten besonders hoch ist. Das

(Minister Pfister)

ist kein Zufall. Das hängt nicht mit der Politik in Baden-Württemberg oder Bayern zusammen, sondern das hängt damit zusammen, dass wir revierferne Länder sind,

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

die natürlich unter ganz anderen Umständen zu ihrer Stromproduktion kommen müssen als NRW oder ein Küstenstaat. Deshalb ist dieser Ausstiegsbeschluss für Baden-Württemberg tatsächlich besonders dramatisch.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Ja!)

Niemand hat mir in dieser ganzen Diskussion auch nur annäherungsweise erklären können, wie ein Kernenergieanteil von 60 % an der Stromproduktion mittel- oder zumindest langfristig ersetzt werden könnte.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Zuruf des Abg. Fleischer CDU – Abg. Zimmermann CDU:
Nicht mit 10 000 Windrädern schaffen die das!)

Es kommt dazu: In einer Situation, in der wir verzweifelt schauen, dass Arbeitsplätze geschaffen werden,

(Abg. Fleischer CDU: Wertschöpfung! Investitionen!)

dass Wertschöpfung im Lande verbleibt, dass wir unsere Energieautarkie bewahren,

(Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

stellt eine solche Entscheidung für Baden-Württemberg ein Riesenproblem dar; das ist klar. Aber ich will an dieser Stelle schon einmal feststellen: Dieses Problem haben wir uns in Baden-Württemberg nicht selbst geschaffen, sondern dieses Problem hat uns Rot-Grün geschaffen und sonst niemand anders, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Wir sollten vielleicht einmal überlegen, worüber wir eigentlich sprechen. Bis über das Jahr 2030 hinaus wird es so sein, dass Sie, wenn Sie alles zusammennehmen – ich glaube, Kollege Hofer hat schon darauf hingewiesen –, allein in Baden-Württemberg eine Größenordnung von 7 500 Megawatt Leistung ersetzen müssen, wenn wir den Status quo wieder erreichen wollen.

(Zurufe der Abg. Beate Fauser FDP/DVP und Schmiedel SPD)

Da sind die 5 Megawatt, von denen Sie gesprochen haben, natürlich eine bescheidene Zahl.

(Abg. Zimmermann CDU: Da bräuchten wir rechnerisch 80 000 Windräder! Rechnerisch! – Abg. Fleischer CDU: 80 000 Windräder!)

Das kostet Arbeitsplätze. Darüber ist gesprochen worden.

Jetzt komme ich insbesondere auf Sie zurück, Kollege Schmiedel. Jetzt will ich einfach einmal versuchen, die Möglichkeiten, die wir in Baden-Württemberg haben, ein bisschen durchzuspielen. Ich warne vor der Illusion, dass

man gewissermaßen durch Knopfumdrehen als Ersatz für das Atomkraftwerk Obrigheim ein Gaskraftwerk da hinstellen könnte.

(Abg. Drexler SPD: Das hat doch niemand gesagt!)

– Es ist jedenfalls eine alte Forderung von grüner Seite – daher kenne ich das –, dass in Obrigheim als Ersatz für dieses Atomkraftwerk, dessen Betrieb ja mit Sicherheit jetzt Ende Mai auslaufen wird, ein Gaskraftwerk erstellt werden könnte.

Jetzt will ich nur davor warnen, dass man meint, dies gewissermaßen durch Knopfumlegen erreichen zu können.

(Abg. Dr. Witzel GRÜNE: Nein! Man muss es machen! Man muss investieren, natürlich!)

Dieser Landtag von Baden-Württemberg baut kein Gaskraftwerk, und auch die Grünen bauen kein Gaskraftwerk. Auch der Wirtschaftsminister baut kein Gaskraftwerk.

(Abg. Boris Palmer GRÜNE: Aber wir sind doch auf Augenhöhe in der EnBW! – Abg. Drexler SPD: Wir sind auf Augenhöhe!)

– Langsam, langsam! – Wenn jemand ein Gaskraftwerk baut, dann baut es die Wirtschaft, ein Energieversorgungsunternehmen.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Die EnBW und die Stadtwerke! – Zuruf des Abg. Boris Palmer GRÜNE)

Was ist die Voraussetzung dafür, dass irgendein Wirtschaftsunternehmen in Obrigheim ein Gaskraftwerk baut? Voraussetzung ist, dass eine entsprechende Erdgasleitung vorhanden ist. Diese Erdgasleitung ist, wie Sie wissen, bis zur Stunde noch nicht vorhanden.

(Abg. Drexler SPD: Die wird gerade gebaut!)

– Also gebaut wird sie noch gar nicht.

(Abg. Drexler SPD: Geplant und dann gebaut!)

Geplant ist sie. Hoffentlich wird sie gebaut, Herr Kollege. Aber auch dies ist eine Entscheidung, die nicht der Landtag von Baden-Württemberg treffen wird, sondern die Ruhrgas und Wingas treffen werden. Das sind die beiden Träger einer solchen Erdgasleitung. Sie warten im Augenblick übrigens noch das Energiewirtschaftsgesetz ab, denn das Energiewirtschaftsgesetz ist im Strombereich jetzt in Ordnung, soweit ich das sehe, aber im Gasbereich ist die Energiewirtschaft nach diesem Gesetz noch nicht in Ordnung. Das geht aus dem Energiewirtschaftsbericht hervor.

(Beifall der Abg. Beate Fauser und Hofer FDP/DVP)

Sie werden dies auf jeden Fall noch abwarten. Dann wird man sehen, ob die beiden Träger Ruhrgas und Wingas diese Erdgasleitung tatsächlich bauen oder nicht. Aber diese Leitung ist die entscheidende Voraussetzung dafür – das werden Sie doch zugeben –, dass in Obrigheim ein Gaskraftwerk gebaut werden kann, sonst überhaupt nichts.

(Minister Pfister)

Zweitens: Kommen wir zum Thema Kohle. Über das Thema Klimaschutz ist heute viel gesprochen worden. Ich nenne nur noch einmal eine Zahl: Hätte es Obrigheim in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht gegeben, dann wären in diesem Zeitraum rund 90 000 Tonnen CO₂ zusätzlich in die Luft geblasen worden. Ich will damit sagen: Wer glaubt, er könnte diese 7 500 Megawatt auch nur teilweise durch Kohle ersetzen, der kann das Protokoll von Kyoto sofort vergessen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Drexler SPD: Sie haben doch ein Gutachten in Ihrem Haus!)

Es gibt ein Gutachten, auf das Sie von den Grünen und der SPD sich, glaube ich, in den Anträgen auch beziehen, zu dem Thema „Struktur und Entwicklung der zukünftigen Stromversorgung Baden-Württembergs“. Ich vermute, Herr Kollege Drexler, das meinen Sie.

(Abg. Drexler SPD: Unter Berücksichtigung des Klimaschutzes! – Abg. Schmiedel SPD: Und des Atomausstiegs!)

Dieses Gutachten besagt: Bei einem Ausstieg aus der Kernenergie kann erst ab dem Jahr 2050 das Ziel des Kyoto-Protokolls annähernd erreicht werden, meine Damen und Herren.

(Abg. Drexler SPD: Dann meinen Sie ein anderes Gutachten!)

Ich sage Ihnen: Wir können nicht mehr bis zum Jahr 2050 warten, um die Vorgaben von Kyoto zu erfüllen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

Diese Frage ist viel zu drängend für uns alle. Ich will an diesen beiden Beispielen nur deutlich machen: Man sollte sich keinen Illusionen hingeben, was es bedeutet, dass Sie jetzt diesen Ausstiegsbeschluss gefasst haben. Ich sage es ohne Zorn und Eifer: Ich halte diese Entscheidung dieser rot-grünen Bundesregierung, diesen Ausstieg durchzuführen, für falsch. Ich werbe für Mehrheiten dafür, dass dieser Beschluss nach dem Jahr 2006 rückgängig gemacht wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Drexler?

Wirtschaftsminister Pfister: Immer, Frau Präsidentin. Von Herrn Drexler sowieso.

Abg. Drexler SPD: Herr Minister, Sie haben sich ja gerade über den Klimaschutz ausgelassen. Warum hat Baden-Württemberg den Klimaschutz nicht so vorangetrieben wie andere Länder, obwohl Sie günstigere Bedingungen hatten? Im Gegensatz zu anderen Bundesländern haben Sie lediglich eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes um 0,4 % erreicht, während andere – ich gebe zu, natürlich durch Abschaltung von Altanlagen in den neuen Bundesländern – ih-

ren Ausstoß um fast 19 % reduziert haben. Hier war ein Großteil der DDR-Altanlagen mit eingerechnet. Wir haben nicht reduziert. Wir müssten bei 70 000 Tonnen sein, aber wir produzieren 79 000 Tonnen CO₂. Insofern hätten wir schon vorher etwas für den Klimaschutz machen müssen. Das wäre glaubwürdiger gewesen.

(Zurufe)

Wirtschaftsminister Pfister: Völlig einverstanden, kein Widerspruch. Ich weiß nicht, ob Sie beim letzten Tagesordnungspunkt anwesend waren. Unter diesem Tagesordnungspunkt haben wir über genau diese Frage gesprochen. Ich möchte es wiederholen, nicht als Nachhilfe, sondern weil das ein wichtiges Thema ist.

(Abg. Drexler SPD: Als Hilfe!)

Wir haben über das Altbausanierungsprogramm diskutiert. Das ist ein Spitzenprogramm, das riesige Möglichkeiten bietet,

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Deshalb haben Sie es gekürzt!)

die CO₂-Emissionen tatsächlich um 70 % zu mindern, wenn wir das in großem Stil machen. Ich muss allerdings dazu sagen: Es gibt hier ein Nadelöhr, und dieses Nadelöhr sind die Finanzen, ist der öffentliche Haushalt. Ich habe aber dafür geworben, im Interesse einer energetischen Verbesserung und einer Verbesserung der Umweltsituation dieses Altbausanierungsprogramm in besonderer Weise zu fördern.

Meine Damen und Herren, ich möchte nun auf den Energiestandort Baden-Württemberg eingehen. Herr Kollege Schmiedel, als Sie vorhin gesprochen haben, dachte ich, ich wäre im falschen Film. Sie haben ausgeführt – ich habe mir das aufgeschrieben –, dass irgendwelchen Stadtwerken oder Energieversorgungsunternehmen, die an das Wirtschaftsministerium herangetreten seien und gebeten hätten, in Baden-Württemberg investieren zu dürfen, seitens des Wirtschaftsministeriums verboten worden sei, zu investieren. Das ist natürlich glatter Unsinn.

(Abg. Schmiedel SPD: Untätigkeit!)

Ich sage Ihnen jetzt einmal ganz objektiv, was in Baden-Württemberg passiert – auch darüber ist in der letzten Debatte gesprochen worden –: Es ist sicher, dass das Kraftwerk Rheinfelden und jeweils eine fünfte Turbine an zwei anderen Standorten gebaut wird. Das ist inzwischen gesichert. Darüber hinaus werden in Baden-Württemberg wohl im Bereich Karlsruhe oder Mannheim – also nicht in Obrigheim – aus den bekannten Gründen relativ kurzfristig zwei Kraftwerke gebaut, und zwar mit einer Leistung von 1 200 bis 1 300 Megawatt. Auch das ist gesichert.

(Abg. Drexler SPD: Wer soll die bauen?)

Damit ist klar, dass in Baden-Württemberg investiert wird.

Nun komme ich zum Thema Stadtwerke. Da haben Sie darauf hingewiesen – was mich auch sehr gewundert hat –, dass offensichtlich im Wirtschaftsministerium jemand sitze

(Minister Pfister)

– möglicherweise der Minister –, der den Stadtwerken verbiete, in Baden-Württemberg zu investieren. Ich sage Ihnen, dass derzeit kein Stadtwerk an das Wirtschaftsministerium herangetreten ist mit dem Willen, in Baden-Württemberg zu investieren. Jedem Stadtwerk, das ins Wirtschaftsministerium kommt und hier investieren will, lege ich einen roten Teppich aus, egal, ob es 100-, 200-, 400- oder 800-Megawatt-Anlagen errichten will.

Weil dies so ist, Kollege Schmiedel – –

(Abg. Schmiedel SPD telefoniert mit seinem Handy.)

– Herr Kollege Schmiedel, Sie sollten jetzt nicht telefonieren.

(Abg. Drexler SPD: Doch! Wir werden das jetzt rauskriegen! Das war die nächste der Behauptungen, die Sie hier aufstellen! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Kollege Schmiedel, bitte telefonieren Sie draußen.

Wirtschaftsminister Pfister: Herr Kollege Schmiedel, ich finde das ungehörig.

(Abg. Schmiedel SPD: Alles kommt ans Licht!)

Weil das so ist, habe ich dem Kollegen Schmiedel angeboten und biete es auch anderen an, die Stadtwerke aus Baden-Württemberg und die SüdWestStrom GmbH ins Wirtschaftsministerium einzuladen und dann in Anwesenheit des Kollegen Schmiedel jedes Stadtwerk abzufragen, ob es in Baden-Württemberg entsprechend investieren will. Ich will, dass in Baden-Württemberg investiert wird.

(Abg. Drexler SPD: Wir auch!)

Wir werden unter Ihrer Beteiligung mit jedem einzelnen Stadtwerk sprechen; dann werden wir sehen. Wir werden auch dafür werben, in Baden-Württemberg zu investieren.

(Abg. Drexler SPD: Das müssen wir auch!)

Aber im Augenblick – das will ich Ihnen noch einmal sagen – ist eine entsprechende Bitte nach meiner Kenntnis an das Wirtschaftsministerium nicht herangetragen worden.

Meine Damen und Herren, ich sage es noch einmal: Wer in Baden-Württemberg investieren will, darf dies tun. Wir sind dafür sehr dankbar und werden jedem, der dies tun will, einen roten Teppich auslegen.

(Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Einen roten Teppich?)

Ich hoffe sehr, dass es uns jetzt gelingt – darüber ist noch nicht gesprochen worden, Stichwort Energiekostensituation –, das neue Energiewirtschaftsgesetz zum 1. Juli 2005 auf den Weg zu bringen. Wir haben dadurch ein größeres Maß an Wettbewerb. Wir haben bei den Netzzugangskosten in nicht unerheblichem Maß die Möglichkeit, auf die Dämpfung der Kostenentwicklung bei den Energiekosten, insbesondere bei den Stromkosten, entsprechend Einfluss zu nehmen.

Weil dies so ist, wird es auf Folgendes ankommen – ich will es zusammenfassend noch einmal darstellen –:

Erstens: Wir brauchen einen Energiemix in Baden-Württemberg, bei dem auch über das Jahr 2020 hinaus nicht auf Kernenergie verzichtet werden kann.

Zweitens: Wir brauchen Wertschöpfung im Land, wir brauchen also Investitionen im Land. Dazu wird die EnBW entsprechende Investitionen vornehmen. Darauf habe ich hingewiesen.

Drittens – ich sage es noch einmal –: Jedes Kraftwerk, jeder Betreiber – ob Stadtwerk oder nicht –, der in Baden-Württemberg investieren will, kann hier investieren. Ich werde jedem einen roten Teppich auslegen,

(Abg. Drexler SPD: Das muss nicht sein! Er kann auch gelb-blau sein! Hauptsache, es wird gemacht!)

denn ich will, dass in Baden-Württemberg auch in Zukunft Arbeitsplätze und Wertschöpfung gewährleistet sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Abg. Schmiedel.

Abg. Schmiedel SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, ich habe von meinen Vorwürfen überhaupt nichts zurückzunehmen. Sie haben sie durch Ihre Einlassungen bestätigt. Der ganze Nebel, der mit Fragen wie „Lässt sich die Leistung, die durch den Atomausstieg wegfällt, ersetzen?“, „Wie lässt sie sich ersetzen?“, „Was kostet das?“ geworfen wird, soll doch nur verschleiern, dass Sie – jetzt drücke ich es einmal gelinde aus – als Regierung in der Vergangenheit untätig waren.

(Beifall des Abg. Gaßmann SPD – Zuruf von der SPD: So ist es!)

Ich habe nicht gesagt, Sie hätten es verboten. Das haben Sie nicht zu verbieten. Aber Sie waren untätig. Das ist der erste Punkt.

(Abg. Drexler SPD: Nicht unfähig, aber untätig!)

Das Großkraftwerk Mannheim hat einen begründeten Antrag auf Reduzierung des Wasserpennings gestellt. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Gerichtsverfahren, Entscheidung 2001: Es muss neu entschieden werden. Es war falsch entschieden worden.

(Abg. Drexler SPD: Abgelehnt!)

Mannheim lässt ein Gutachten für jedes einzelne beteiligte Unternehmen erstellen – ein Riesenaufwand. Man kommt zu dem Ergebnis: 60 % zu viel kassiert. Seitdem schlummert das. Die Landesregierung macht nichts, sie handelt nicht, obwohl Sie, Herr Minister, genau wissen, dass die Geschäftsführer einen Kohlekraftwerksblock mit 600 Megawatt und einen Gaskraftwerksblock mit 400 Megawatt planen. Das ist aber davon abhängig, ob sie künftig und für die Vergangenheit durch den Wasserpennig in diesem Umfang belastet werden.

(Schmiedel)

Sie sagen, da werde gebaut, das sei ganz sicher. Wir waren doch dort. Uns wurde gesagt, gar nichts sei sicher. Solange es keine Entscheidung über den Wasserpennig gibt, ist überhaupt nichts sicher.

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

Warum entscheiden Sie nicht über den Wasserpennig? Erster Fall.

(Abg. Drexler SPD: Vier Jahre!)

Zweiter Fall: Sie sagen, an Sie sei niemand herangetreten. Jetzt muss ich mich doch wirklich wundern. Ich weiß ja nicht, was mit Briefen passiert, die an Ihr Haus gehen.

(Abg. Drexler SPD: 12. 4.!)

„Herrn Minister Ernst Pfister“ – die Adresse stimmt.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Absender: Dr. Friedrich Weng. Man kennt sich doch.

(Abg. Drexler SPD: Genau!)

Ich weiß auch gar nicht, warum man Ihnen sogar von Dr. Weng keine Briefe vorlegt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Friedrich Weng? Da verwechselt er etwas! Der heißt Wolfgang Weng!)

Wir haben in der Zwischenzeit – weil Sie sagen, es sei überhaupt nichts –

(Zuruf des Ministers Pfister)

Ich kann Ihnen nicht den ganzen Brief vorlesen; das wäre zu lang.

(Minister Pfister: Welches Datum?)

– 12. Oktober 2004.

(Abg. Drexler SPD: 2004! Das ist schon lange her!
– Abg. Birzele SPD: Das kann er nicht mehr wissen, das ist schon zu lange her!)

Dieses Schreiben kann eigentlich nicht noch immer im Geschäftsgang sein; dazu liegt es schon ein bisschen zu lange zurück.

(Zurufe – Unruhe)

Jetzt stellen Sie sich hier hin und sagen, Ihnen sei überhaupt nicht bekannt, dass jemand Kraftwerke in Baden-Württemberg bauen wolle.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ja was schreibt er denn?)

In dem Brief steht:

Wir haben in der Zwischenzeit von unseren Kunden Absichtserklärungen für eine Kraftwerksbeteiligung in einer Höhe von 150 Megawatt vorliegen und gehen davon aus, dass sich dieser Wert in den nächsten Wochen auf 200 bis 250 Megawatt erhöhen wird.

Als wir kürzlich mit den Stadtwerken und Herrn Weng gesprochen hatten, war bereits von 400 Megawatt die Rede

(Abg. Drexler SPD: 400 Megawatt!)

für eine erste Investition mit der Absicht, eine zweite darauf folgen zu lassen. Jetzt kommt die Frau Brenner ebenso wie Sie daher und redet von „Marktliberalisierung“ und „schlechtem Standort“. Sie sagt, niemand wolle hier investieren, wir seien benachteiligt

(Abg. Drexler SPD: Lauter Quark! Und da gibt es Leute, die das tun wollen!)

und lauter solchen Käse. Hier geht es um konkrete Investitionen, und die sind auch begründet, weil die Stadtwerke sagen: „Wir wollen uns nicht von den Monopolisten im Strombereich abhängig machen und wollen stattdessen in Baden-Württemberg einen Grundstock an eigener Versorgung schaffen.“ Dann gehen diese Leute ins Ministerium – es heißt ja „Wirtschaftsministerium“, und da denken sie: „Das hat ja etwas mit Wirtschaft zu tun, vielleicht hilft man uns da“ –

(Abg. Drexler SPD: Da hilft man nicht, da wird nur blockiert!)

und dann werden sie heimgeschickt. Wir veranstalten also eine Pressekonferenz und beklagen das. Daraufhin kommt eine Reaktion aus Ihrem Hause, Herr Minister, die lautet, wir verbreiteten heiße Luft und es gäbe überhaupt niemanden, der etwas bauen wolle. Nun sagen Sie aber doch, Sie würden alle einladen und dann weitersehen. Sie sind also Gefangener Ihrer eigenen Ideologie, die da lautet:

(Zuruf des Abg. Drexler SPD)

„Wir wollen auf jeden Fall die Option der Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke aufrechterhalten, und zu diesem Zweck verhindern wir neue Investitionen in Baden-Württemberg.“

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Drexler SPD: So ist es! Genau! Schmiedel als Marktwirtschaftler sagt es einfach mal!)

Das ist die Grundlage Ihrer Politik.

Jetzt gibt es also eine neue Runde. Sie haben gesagt, Sie wollten jetzt aktiv werden.

(Abg. Drexler SPD: Dann machen Sie es doch einmal!)

Im Übrigen hat Frau Brenner in einem natürlich Recht: Wer in Baden-Württemberg ein Kraftwerk bauen will, der braucht Brennstoff. Wenn er ein Gaskraftwerk bauen will, dann braucht er Gas, und dann braucht er die EnBW. Eines will ich schon noch einmal in aller Deutlichkeit sagen: Wir haben die Regierung von Anfang an darin unterstützt – und sie sogar, gegen Sie, ein bisschen geschoben –, diesen OEW-Deal zu machen, in der Erwartung, dass das, was Herr Oettinger damit verbunden hat, auch Realität wird, dass sich nämlich durch die gleiche Augenhöhe auch Landesinteresse in der Geschäftspolitik der EnBW niederschlägt.

(Schmiedel)

(Zuruf des Abg. Drexler SPD – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das haben wir ein bisschen geschickter gemacht als Sie!)

Das ist dann auch die Nagelprobe, ob die EnBW – die als Monopolist ja sozusagen auf dem Gas sitzt – eine solche Investition in Baden-Württemberg ermöglicht oder verhindert. Daran bemessen wir natürlich auch den Stellenwert, den Herr Oettinger hat und den er mit seinem Namen und mit diesem Projekt verbunden hat. Wir erwarten das. Deshalb kann man das jetzt nicht als Argument vorschieben. Wir erwarten von der Regierung, dass sie jetzt dabei aktiv wird, in Baden-Württemberg neue Kraftwerke möglich zu machen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Das Wort erteile ich Herrn Minister Pfister.

Wirtschaftsminister Pfister: Meine Damen und Herren, verehrter Herr Schmiedel! Nur um das aufzuklären: Es geht um diesen Brief von Herrn Dr. Weng vom 12. Oktober 2004, den Sie gerade vorgetragen haben. Herr Dr. Weng hat – das weiß ich noch ganz genau – diesen Brief an das Wirtschaftsministerium geschrieben, in dem er unter anderem um ein Gespräch gebeten und darauf hingewiesen hat, dass sich die SüdWestStrom GmbH in der Zukunft in der von Ihnen vorgetragene Weise engagieren möchte. Daraufhin habe ich Herrn Dr. Weng ins Wirtschaftsministerium eingeladen. Es hat ein Gespräch stattgefunden, an dem ich unbedingt hätte teilnehmen sollen und wollen. Leider ist dieses Gespräch dann nicht mit mir zustande gekommen, und deshalb habe ich den Herrn Staatssekretär gebeten, dieses Gespräch zu führen. Das war im Februar dieses Jahres.

In diesem Gespräch ist über die Energielandschaft in Baden-Württemberg gesprochen worden; es ist aber kein konkreter Investitionswunsch – das will ich ausdrücklich sagen – in irgendeiner Größenordnung im konkreten Sinne an uns herangetragen worden.

(Abg. Schmiedel SPD: Der stand doch schon im Brief drin!)

Dann habe ich in einem nächsten Schritt Ihre Mitteilung aus der Landespressekonferenz gelesen, in der Sie ja noch einmal gesagt hatten, dass Stadtwerke an das Wirtschaftsministerium herangetreten seien und Investitionswünsche gehabt hätten. Nachdem ich das gelesen hatte, habe ich sofort Herrn Dr. Weng wieder ins Ministerium eingeladen – und habe übrigens auch Sie dazu eingeladen –, um von SüdWestStrom, um von den Stadtwerken jetzt an Ort und Stelle zu hören, ob und wo sie investieren wollen. Dieses Gespräch wird in absehbarer Zeit stattfinden.

Ich will Ihnen noch einmal deutlich sagen: Ich werde jedem Unternehmen, das in Baden-Württemberg investieren will, einen roten Teppich auslegen. Aber ich sage noch einmal: Dieses Gespräch muss zunächst stattfinden, und ich kann nur dann reagieren, wenn ein konkreter Wunsch an mich herangetragen wird. Das war bisher jedenfalls nicht der Fall.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Seimetz CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie noch eine Nachfrage des Herrn Abg. Drexler?

Wirtschaftsminister Pfister: Gerne.

Abg. Drexler SPD: Auf Seite 2 dieses Schreibens steht:

Wir wollen Sie über unser Vorhaben informieren, gleichzeitig aber auch anfragen, ob Sie Projekte in Baden-Württemberg kennen, an denen wir uns beteiligen können.

(Abg. Fleischer CDU: Wie viele Aktenordner hat denn der Schriftwechsel?)

Das ist eine ganz konkrete Frage.

Als Nächstes steht da:

Der Bau eines eigenen Kraftwerks ist ebenfalls eine Option. Gibt es in Baden-Württemberg Kraftwerksstandorte? Wie schätzen Sie die Akzeptanz ein, und wie steht die Landesregierung zu einem solchen Projekt?

Das sind doch ganz konkrete Fragen von jemandem, der offensichtlich einige Millionen im Hintergrund hat und in Baden-Württemberg investieren will. Das steht in diesem Schreiben doch drin.

Wirtschaftsminister Pfister: In diesem Gespräch – bei dem ich nicht dabei war; das Gespräch hat der Herr Staatssekretär geführt – wurde aber deutlich gesagt – ich habe mich erkundigt –, dass Baden-Württemberg jederzeit bereit ist, solche Dinge zu machen.

Ich habe nur darauf hingewiesen, dass ein konkretes Projekt der Stadtwerke X oder der Stadtwerke Y im Sinne von Investition oder auch Beteiligung in diesem Gespräch nicht an uns herangetragen worden ist.

(Zurufe der Abg. Drexler und Zeller SPD)

Jetzt lassen Sie uns doch in aller Ruhe dieses nächste Gespräch mit Dr. Weng führen. Es ist ja bereits terminiert bzw. wird terminiert. Dann wird man ja sehen, ob und in welchem Umfang konkrete Investitionen gewünscht sind oder nicht. Ich kann hier nur zusagen: Wenn konkrete Investitionen gewünscht werden, werden wir uns dem selbstverständlich stellen.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage des Herrn Abg. Schmiedel?

(Zurufe der Abg. Seimetz CDU und Kleinmann FDP/DVP)

Wirtschaftsminister Pfister: Aber gerne.

Abg. Schmiedel SPD: Herr Minister, können Sie verstehen, dass ich es nicht zulassen kann, dass Sie Herrn Dr. Weng hier als eine allgemeine Plaudertasche darstellen, ...

Wirtschaftsminister Pfister: Nein, das habe ich ja nicht getan. Entschuldigung!

Abg. Schmiedel SPD: ... wenn Sie Zusammenhänge und Entwicklungen im Strombereich diskutieren?

Wirtschaftsminister Pfister: Nein, das habe ich nicht getan.

Abg. Schmiedel SPD: Ich war bei diesem Gespräch auch nicht dabei, aber Herr Dr. Weng.

(Zurufe von der CDU: Frage! – Weiterer Zuruf von der CDU: „Ist Dr. Weng eine Plaudertasche?“)

– Die Frage kommt gleich. – Herr Dr. Weng hat uns über das Gespräch berichtet. Was er uns berichtet hat, entspricht mitnichten dem, was Sie jetzt berichtet haben.

(Minister Hauk: Frau Präsidentin, wie sieht es mit der Frage aus? – Weitere Zurufe von der CDU)

Auch Sie waren nicht dabei; aber Herr Dr. Mehrländer war dabei. Meine Frage: Was würden Sie denn davon halten, wenn Herr Dr. Mehrländer jetzt nach vorne ginge – wohl wissend, dass Bettina Morlok zuhört – und über das Gespräch berichten würde? Denn Bettina Morlok hat exakt dasselbe gesagt, was Herr Dr. Weng gesagt hat: Man habe konkret um Unterstützung gebeten, aber es sei keine Unterstützung angeboten worden.

(Zurufe von der CDU: Frage! – Abg. Alfred Haas CDU: Das könnt ihr doch hinterher besprechen! – Weiterer Zuruf von der CDU: Wo ist die Frage, Herr Schmiedel? – Unruhe)

Meine Frage ist: Was halten Sie davon, wenn Herr Dr. Mehrländer als Gesprächsteilnehmer jetzt hergeht und einfach einmal sagt, was geschehen ist?

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wirtschaftsminister Pfister: Ich schlage Ihnen etwas vor: Das größte Maß an Wahrheit und Klarheit werden wir dann bekommen, wenn wir uns erneut mit Herrn Dr. Weng zusammensetzen und Sie dabei sein werden.

(Abg. Fleischer CDU: Das ist doch viel zu viel der Ehre!)

Dann werden wir alle diese Fragen in aller Offenheit besprechen.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Herr Minister, gestatten Sie eine weitere Nachfrage?

Wirtschaftsminister Pfister: Nein.

Stellv. Präsidentin Christa Vosschulte: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung der Anträge.

Kann ich davon ausgehen, dass in allen drei Anträgen der Abschnitt I durch die Aussprache erledigt ist? –

(Zurufe von der SPD und den Grünen: Ja!)

Das ist der Fall. Dann ist so beschlossen.

Dann stelle ich Abschnitt II des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2454, zur Abstimmung. Wer Abschnitt II zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II des Antrags Drucksache 13/2454 ist mehrheitlich abgelehnt.

Ich stelle Abschnitt II des Antrags der Fraktion GRÜNE, Drucksache 13/2856, zur Abstimmung. Wer diesem Abschnitt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Abschnitt II dieses Antrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Dann stelle ich Abschnitt II des Antrags der Fraktion der SPD, Drucksache 13/2537, zur Abstimmung. Wer diesem Abschnitt zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Auch der Abschnitt II dieses Antrags ist mehrheitlich abgelehnt.

Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 8 der Tagesordnung erledigt.

Wir sind am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Die nächste Sitzung findet morgen, Donnerstag, den 28. April 2005, um 9:30 Uhr statt.

Ich danke Ihnen und wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Ich schließe die Sitzung.

Schluss: 17:30 Uhr